



Plenarprotokoll

50. Sitzung

Donnerstag, 25. Januar 2007

Regierungserklärung zum Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein	3573	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3600
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	3573	Thomas Stritzl [CDU].....	3601
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3578	Klaus-Peter Puls [SPD].....	3602
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	3584	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3604, 3607
Lothar Hay [SPD].....	3587	Anke Spoorendonk [SSW].....	3605
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3592	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	3606, 3607
Lars Harms [SSW].....	3596	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	3608
Sitz des Landesverfassungsgerichts	3600	Leukämiefälle im Raum Geesthacht/Elbmarsch	3608
Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1182 (neu)		Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1165	

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren..... 3608
 Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3610
 Ursula Sassen [CDU]..... 3612
 Olaf Schulze [SPD]..... 3614
 Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3615
 Lars Harms [SSW]..... 3616
 Jutta Schümann [SPD]..... 3618

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung..... 3619

Kooperation von Jugendhilfe und Schule..... 3619

Bericht der Landesregierung
 Drucksache 16/1072

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren..... 3619
 Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3620
 Niclas Herbst [CDU]..... 3622
 Sandra Redmann [SPD]..... 3623
 Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3624
 Lars Harms [SSW]..... 3625

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss..... 3627

Landesfamilienbüro 3627

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren..... 3627
 Frauke Tengler [CDU]..... 3628
 Ulrike Rodust [SPD]..... 3629
 Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3630
 Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3631
 Lars Harms [SSW]..... 3632

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung..... 3634

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz - GKV-WSG) im Bundesrat ablehnen..... 3634

Antrag der Fraktion der FDP
 Drucksache 16/1183

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3634, 3641
 Ursula Sassen [CDU]..... 3636
 Jutta Schümann [SPD]..... 3636
 Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3638
 Lars Harms [SSW]..... 3639
 Wolfgang Kubicki [FDP]..... 3640

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren..... 3642

Beschluss: Ablehnung..... 3644

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Es ist - nachdem wir gestern das 25-jährige Patenschaftsjubiläum mit der Gorch Fock gefeiert haben - unsere 50. Sitzung in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße Sie dazu alle sehr herzlich und hoffe, dass Herrn Arp nichts passiert ist.

(Heiterkeit)

Es ist erwähnenswert, dass zu dieser 50. Sitzung alle Abgeordneten anwesend sind und auch die Regierung vollständig vertreten ist, auch wenn es noch nicht so aussieht. Es ist niemand abgemeldet.

Auf der Tribüne begrüßen wir gleich die Gäste, die kommen werden; sie sind noch nicht da. Daher rufe ich Tagesordnungspunkt 1 a) auf:

Regierungserklärung zum Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Diejenigen, die hier sind, haben den Abend offensichtlich gut überstanden. Wir wissen das bei den anderen noch nicht, aber wir werden das sicherlich erfahren. Insofern wird es heute ein guter Tag.

1,4 Milliarden € für die Wirtschaft und die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein in den nächsten sieben Jahren.

1,4 Milliarden € für den von der Großen Koalition 2005 eingeleiteten Politikwechsel hin zu mehr Innovation, zu mehr Wachstum und zu mehr Beschäftigung.

1,4 Milliarden € für Investitionen in die Zukunft unseres Landes und in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger.

Das ist das Paket, das wir an öffentlichen Fördergeldern geschnürt haben. Mit Optimismus und Tatkraft starten wir in eine neue **Förderperiode** durch, mit der wir Schleswig-Holstein auf die Zukunft ausrichten.

Dieser Plan hat bei uns einen guten Namen: Wir sprechen über das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein. Mit dem **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** schaffen wir neue Perspektiven für unser Land. Wir als Landesregierung haben im Zukunfts-

programm wesentliche Förderprogramme gebündelt. Es wird von vier Säulen getragen: dem Zukunftsprogramm Wirtschaft, dem Zukunftsprogramm Arbeit, dem Zukunftsprogramm ländlicher Raum und dem Zukunftsprogramm Fischerei. Die vier Förderbereiche sind miteinander verzahnt. Die Landesregierung schafft für Antragsteller und Projektträger einen einheitlichen Rahmen und zugleich einen instrumentellen Rahmen, um unser Land in den nächsten sieben Jahren in der Förderperiode von 2007 bis 2013 zukunftsfest zu machen.

Wir haben stets den Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren betont. Nachdem wir die **Neuverschuldung** im ersten Schritt im Haushalt 2006 nahezu halbiert haben - nicht nur durch mehr Steuereinnahmen von 523 Millionen €, was gut, richtig und sehr schön für das Land ist, sondern auch durch 194 Millionen €, die wir im Haushalt selbst erwirtschaftet haben -, stellen wir jetzt unser **Investitionsprogramm** vor. Wir wollen damit die gegenwärtige positive Entwicklung strukturell unterstützen, nicht Gelder konsumieren, sondern auch Gelder investieren, die auf Jahrzehnte eine Rendite für Schleswig-Holstein versprechen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, bei unserem Regierungsantritt sah die Eröffnungsbilanz düster aus.

(Widerspruch - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das muss mal gesagt werden!)

Herr Kollege Neugebauer, wir können uns noch einmal gemeinsam hinsetzen. Das kommt mit dem Alter, dass man mit dem Kurzzeit- und dem Langzeitgedächtnis ein bisschen Probleme bekommt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Der Kollege Neugebauer erinnert sich noch an August Bebel! - Heiterkeit)

Herr Neugebauer, ich darf Ihnen noch einmal etwas sagen. Ich mache keinem einen Vorwurf. - Nun seid doch ein bisschen still und freut euch darüber, dass wir die Möglichkeit haben, hier etwas mehr zu tun.

Ich musste in meiner Regierungserklärung damals sagen, dass Schleswig-Holstein Tag für Tag rund 40 Arbeitsplätze verliert, 365 Tage im Jahr. Den Trend haben wir nicht nur stoppen, sondern auch umkehren können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir verlieren glücklicherweise nicht mehr Arbeitsplätze, sondern Arbeitslose, und zwar jeden Tag 70, 365 Tage im Jahr.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Mit Blick auf das vergangene Jahr kann ich heute sagen: Schleswig-Holstein gewinnt Tag für Tag rund 30 **Arbeitsplätze**, 365 Tage im Jahr.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich finde, da haben wir gemeinsam ordentliche Arbeit geleistet, und darüber freue ich mich, Herr Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und ich mich auch!)

Schleswig-Holstein erzielt bemerkenswerte Erfolge bei der Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit**. Sie ist innerhalb eines Jahres um 22 % zurückgegangen. Schleswig-Holstein ist Ausbildungsland Nummer eins. Wir sind das westdeutsche Bundesland mit dem höchsten Zuwachs an Ausbildungsverträgen, im Jahr 2006 waren es 6,9 % mehr als im Ausbildungsjahr zuvor.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das sind gute Nachrichten für Schleswig-Holstein, für die Menschen in Schleswig-Holstein, für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmer.

Für dieses Jahr haben wir ebenfalls ehrgeizige Ziele und gute Aussichten auf Erfolg. Die Agentur für Arbeit rechnet damit, dass die **Arbeitslosenquote** 2007 auf rund 8 % sinkt. Diese Prognose sehe ich als Bestätigung für unseren Kurs. Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein wird ein starker Antriebsmotor auf dem weiteren Weg nach vorn sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein wird zum größten Teil auch über Mittel der **Europäischen Union** finanziert. Bundesmittel, Landesmittel und kommunale Mittel sind zur **Kofinanzierung** vorgesehen. Auch, wenn es sich bei den Geldern aus Brüssel nicht um Geschenke, sondern um Gelder des europäischen Steuerzahlers handelt, setzt regelmäßig ein harter Verteilungskampf ein. In der alten Förderperiode haben sich 15 EU-Länder um 213 Milliarden € gestritten. Jetzt streiten 27 Länder um 308 Milliarden €. Der Kuchen ist damit zwar insgesamt größer geworden, das Stück für Deutschland und damit auch für Schleswig-Holstein ist aber relativ kleiner geworden, denn mehr als 80 % der Mittel fließen für eine stärkere Konvergenz der Gemeinschaft in die neuen Beitrittsländer und in die strukturschwachen Regionen der EU.

Die Konkurrenz interessanter Standorte nimmt damit weiter zu, nicht nur weltweit, meine Damen und Herren, sondern auch ganz konkret in Norddeutschland, auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Für uns heißt das: Zum einen müssen wir uns im Förderwettbewerb stärker behaupten als bisher. Das haben wir für die jetzt beginnende Förderperiode erfolgreich getan. Zum anderen müssen wir die zugesagten Fördergelder gezielter und effizienter einsetzen, um im Wettbewerb interessanter Standorte in nah und fern zu bestehen. Das werden wir mit dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein tun. Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Ich habe in einem Kommentar heute morgen gelesen, erstens was ich heute sagen werde,

(Heiterkeit)

und zweitens dass man die Sorge hat, dies würde eine Gießkanne sein. Nein, hier geht es um einen effektiven Einsatz dieser Fördermittel. Hier geht es darum, mit dem kleinsten und schwächsten Faktor, den wir haben, eine ordentliche, effektive, optimale Verzinsung für dieses Land zu bekommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Mit den Ergebnissen aus den Verhandlungen mit Bund und Ländern über die Mittelverteilung haben wir viel erreicht. Wir haben zugleich einen enormen Kraftakt auf uns genommen, damit wir in die Zukunft Schleswig-Holsteins investieren können. Denn einwerben konnten wir die Fördergelder nur, weil wir selbst ausreichend Kofinanzierungsmittel bereitstellen.

Für das **Zukunftsprogramm Wirtschaft** bringen wir so insgesamt über 720 Millionen € an öffentlichen Geldern auf. Aus Brüssel kommen dafür aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem EFRE, 374 Millionen €. Damit ist uns ein echter Sprung nach vorne gelungen. Denn wir haben gegenüber der letzten Förderperiode eine signifikante Erhöhung der EFRE-Mittel um 60 % erreicht.

Für das **Zukunftsprogramm Arbeit** stehen uns 216 Millionen € zur Verfügung. Bei der Verteilung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds mussten wir ein Stück weit zurückstehen. Aber das können wir bei der ausgezeichneten Konjunkturlage auch gut verkraften. Die Arbeitsmarktförderung werden wir auf Ziele mit höchster Priorität konzentrieren.

Für das **Zukunftsprogramm ländlicher Raum** sind über 460 Millionen € in den nächsten sieben Jahren vorgesehen. Die von der EU kommenden Gelder im Rahmen des Europäischen Landwirt-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

schaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes konnten dabei noch einmal mit 238 Millionen € auf gutem Niveau gehalten werden.

Das **Zukunftsprogramm Fischerei** verfügt über ein Budget von 32 Millionen €, mit dem wir unserer Verantwortung als Küstenland gerecht werden.

So haben wir in der Summe über 1,4 Milliarden € an öffentlichen Geldern für ein zugkräftiges Programm und werden ein Investitionsvolumen von über 3 Milliarden € bewegen. Wir toppen damit die Anstrengungen der letzten Förderperiode deutlich. Ich bin zuversichtlich, dass sich jeder investierte Euro für unser Land lohnen wird.

Meine Damen und Herren, wir wollen unserer Wirtschaft einen kräftigen Schub geben. Das Zukunftsprogramm ist eine Einladung an Unternehmerteilnehmergeist und Eigeninitiative. Die Ideen müssen aus den Regionen, müssen aus der Wirtschaft, müssen aus der Wissenschaft kommen. Mit dem Zukunftsprogramm Wirtschaft werden Innovationen und Wissen ausdrücklich als Antriebskräfte für **Wachstum und Beschäftigung** gestärkt. So wollen wir den ehrgeizigen Zielen der Lissabon-Strategie gerecht werden. Wenn die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Raum werden soll, dann wird Schleswig-Holstein nicht dahinter zurückstehen.

Meine Damen und Herren, den Standortvorteil als Land der kurzen Wege und der offenen Türen werden wir stärker in Netzwerken und Verbundprojekten nutzen, und unsere **Kernkompetenzen** werden gezielt ausgebaut. Ihre Förderung erhält eine neue Priorität. Damit haben wir mehr Geld für die maritime Wirtschaft, für unseren Schwerpunkt Life Sciences, für Energieprojekte oder etwa auch den Tourismus.

Ich stehe dazu, meine Damen und Herren: Wir machen eine Politik für das ganze Land. Neu ist nämlich: Die Mittel aus dem EFRE können nach dem Prinzip Förderung des am besten geeigneten Standorts im gesamten Landesgebiet eingesetzt werden. Das kommt uns sehr entgegen, da die leistungsstarken Regionen weit über ihre Grenzen hinaus strahlen. Wir haben neue attraktive Fördermöglichkeiten für die strukturstarken Regionen, und trotzdem bleiben die Fördermöglichkeiten für die strukturschwachen Regionen erhalten, weil wir gut verhandelt haben, Herr Döring.

Der Ausgleich zwischen stärkeren und schwächeren **Regionen** kommt bei uns nicht zu kurz. Ich will, dass sich das gesamte Land positiv weiterentwickelt, die Metropolregion im Süden, die Grenzre-

gion im Norden, die Mitte unseres Landes, die West- und die Ostküste.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, Innovationen und der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft haben für uns höchste Priorität. Das spiegelt sich auch im verantwortlichen Ministerium wider. Wir wollen Schleswig-Holstein für den globalen Wettbewerb der **Forschungsstandorte** fit machen und beste Bedingungen für die Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen schaffen. Wir sind gut aufgestellt und verfügen über Einrichtungen, die auf ihrem Sektor Spitzenleistungen erzielen. Ich denke etwa an das Institut für Meereswissenschaft, an unsere Universitätskliniken, an unsere Hochschulen, an das GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht oder an das Forschungszentrum in Borstel. Sie können wir nun noch stärker fördern.

Dass man dabei nicht unbedingt in Stahl und Beton investieren muss, hat das **Exzellenzcluster** „Ozean der Zukunft“ gezeigt. Als Forschernetzwerk hat es bundesweit höchste Anerkennung gefunden. Daneben wird unser Exklusivcluster „Entzündungsforschung“, das wir haben wollen, nicht zu kurz kommen. Dafür macht sich die Landesregierung stark. Das sind echte Ansiedlungserfolge.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wenn wir neue Einrichtungen etablieren, dann sind das für uns wichtige Meilensteine. Ich denke etwa an **wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen**. Wir schaffen mit dem Zukunftsprogramm von unserer Seite die Voraussetzungen dafür, dass das Fraunhoferinstitut für Lebenswissenschaften in Lübeck kommt und die Kapazitäten des Instituts für Siliziumtechnologie in Itzehoe auf das Doppelte ausgeweitet werden können.

Im Jahr 2013 soll Schleswig-Holstein als Technologiestandort einen mächtigen Sprung nach vorne machen. So werden wir etwa unseren Masterplan zur Ausrichtung der maritimen Technologiepolitik in die Tat umsetzen. In Büsum werden wir eine Forschungseinrichtung zur maritimen Aquakultur aufbauen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Bildung und Wissenschaft sind Sprungbretter in die Zukunft. Die Benachteiligung des Nordens bei der Ansiedlung wichtiger Innovationsstätten werden wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine Damen und Herren, Spitzenforschung gibt es in ganz Deutschland, auch bei uns, nicht nur im Süden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir fördern künftig intensiv die Wettbewerbsfähigkeit **kleiner und mittlerer Unternehmen**. Zum einen soll Schleswig-Holstein **Gründerland** bleiben - wir haben hier eine Spitzenposition im Bundesgebiet - und zum anderen wollen wir die unternehmerische Basis im Land stärken.

Wir unterstützen direkt Neugründungen, Erweiterungen und Modernisierungen von Betrieben, wenn Arbeitsplätze damit geschaffen oder gesichert werden. Dabei orientieren wir uns an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen im Land. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen Jobs, sie bilden aus und sie werden deshalb auch vom Land besonders unterstützt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Investitionsförderung der Unternehmen wird sich auch weiterhin an der Bewältigung des **Strukturwandels** ausrichten. Wir unterstützen die Wirtschaft bei Investitionen auf breiter Basis mit Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungskapital. Der bereits eingerichtete EFRE-Risikokapitalfonds für strukturschwache Gebiete funktioniert beispielhaft. Ab 2008 soll ein weiterer **EFRE-Beteiligungsfonds** mit 52 Millionen € für ganz Schleswig-Holstein bereitstehen.

Weil wir Betrieben und Beschäftigten bei uns im Land eine Perspektive geben wollen, setzen wir auch auf eine familienfreundliche Personalpolitik. Damit Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können, stehen wir Führungskräften und Entscheidern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir bauen die wirtschaftsnahe Infrastruktur aus und werten Standorte auf, um unsere erfolgreiche **Ansiedlungspolitik** fortsetzen zu können. Neue Gewerbegebiete erschließen wir nur noch punktuell. Wo Gewerbegebiete ausgewiesen sind, wollen wir sie mit Leben und Arbeitsplätzen füllen und die Auslastung erhöhen. Wir sanieren Konversionsflächen, bevor wir andere Freiräume in Anspruch nehmen. Von der Schlei-Region bis nach Sylt werden große Investitionen positiv von uns begleitet. In Eggebek und anderen Standorten unterstützen wir maßgeblich den Konversionsprozess. Auch so bewältigen wir den Strukturwandel in der Stadt und auf dem Land.

(Beifall bei CDU und SPD)

Als Handelsdrehscheibe für den **Ostseeraum** werden wir vor allem den Hafenausbau in Kiel und Lübeck unterstützen. Denn unseren Anteil am wachsenden Handel mit den Ostsee-Anrainern wollen wir weiter erhöhen. Kapazitätsengpässe können wir uns als Top-Logistikstandort nicht leisten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir stärken die **Kultur- und Tourismuswirtschaft**, weil wir die Übernachtungszahlen steigern und Tourismusland Nummer 1 im Norden sein wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das neue Tourismuskonzept hat die Landesregierung bereits vorgestellt. Dabei geht es um mehr als nur den Image-Faktor des schönsten Bundeslandes. Es geht um Lebensqualität, es geht um **Wertschöpfung** und es geht um **Arbeitsplätze**.

Meine Damen und Herren, mit dem Zukunftsprogramm Arbeit setzt die Landesregierung einen klaren Akzent auf Vorsorge, um Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. So werden wir die Qualifizierung junger Menschen stärker vorantreiben. Wir können hier von einer neuen Schwerpunktsetzung in der Landesarbeitsmarktpolitik sprechen.

Wir werden die **Jugendarbeitslosigkeit** gezielt bekämpfen und im Sinne der Generationengerechtigkeit den jungen Menschen bei uns im Land eine Perspektive bieten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Trotz ausgezeichneter Erfolge im letzten Jahr waren im Dezember 13.500 junge Menschen im Alter unter 25 Jahren ohne Job. Das will ich, das will Herr Döring, das wollen wir so nicht akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen die Ausbildungs- und Berufsreife der Jugendlichen verbessern und helfen beim **Übergang von der Schule in den Beruf**. Allein 21 Millionen € an ESF-Mitteln werden in den nächsten sieben Jahren in die Umsetzung des Konzepts „Schule und Arbeitswelt“ fließen.

In unserem Land gibt es 3.000 junge Leute ohne Schulabschluss, Jahr für Jahr. Das sind vorgezeichnete Hartz-IV-Karrieren. Auch diese werden wir nicht hinnehmen. Deshalb wird die berufsorientierte Bildung noch zu Schulzeiten an Bedeutung gewinnen. Wir gehen in die achten Klassen der Haupt- und Förderschulen und in die Berufs-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

schulen. Potenzialanalysen, Praktika und weitere Qualifizierungen werden den Schülern auf der Suche nach einer Anstellung zugute kommen.

Wir wollen in Köpfe, in Bildung und in Qualifizierung investieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dazu gehört auch die **berufliche Weiterbildung**, die anschließend den Kompetenzfeldern der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zugute kommt.

Wir stehen zum einen den Unternehmern zur Seite, bieten individuelle Beratungen und helfen bei Marktanalysen. Zum anderen wollen wir benachteiligte Personen in den Arbeitsmarkt eingliedern. Langzeitarbeitslose oder etwa Migranten haben unsere Unterstützung. Wir werden Projekte ins Leben rufen, die neuen Ansätzen folgen und die wir in Wettbewerben auswählen.

Auch scheuen wir nicht davor zurück, neue Wege zu gehen. Die Unternehmen wollen qualifiziertes Personal. Wir schaffen in enger Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen die Voraussetzungen dafür.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein muss sich als Ganzes im nationalen und globalen Wettbewerb behaupten. Unsere ländlichen Räume sind nicht nur die schönsten Deutschlands, ja Europas, sondern sie sind auch von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir bündeln enorme Ressourcen für die Zukunft unserer ländlichen Räume und richten unsere Politik neu aus. Hierbei geht es uns auch um Arbeitsplätze vor Ort. Vor allem geht es uns aber um die Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, in denen Modernisierungen anstehen und Innovation mehr Bedeutung erlangen wird.

Uns geht es um den Erhalt der Umwelt und der Landschaft, den wir gezielt mit der **Landbewirtschaftung** erreichen wollen.

Uns geht es auch um eine höhere Lebensqualität in den ländlichen Räumen, zu der wir mit der Diversifizierung der Wirtschaft beitragen wollen.

Grundvoraussetzung für das Leben und Wirtschaften insbesondere an den Küsten ist und bleibt der **Sturmflutschutz**, der auch in der kommenden Förderperiode finanzielle Mittel erhalten wird. Damit sorgen wir für Sicherheit im Land.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein gibt es rund 18.000 landwirtschaftliche Betriebe, in denen fast 50.000 Menschen beschäftigt sind. Heute ist **Landwirtschaft** in weiten Teilen Hochtechnologie und deshalb eine Zukunftsbranche. Wir setzen auf mehr Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb erhöhen wir die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen.

Schleswig-Holstein braucht starke landwirtschaftliche Betriebe, die in neue Stallungen, Lagerhallen oder in moderne Technik und **umweltschonende Produktion** investieren.

(Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Zeit ausgiebiger Nischenförderung ist vorbei. Das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit hat Vorrang. Diesbezüglich können wir in den nächsten sieben Jahren deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Wir erhalten unsere wertvolle **Kulturlandschaft** und werden die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Naturschutz und Wasserwirtschaft einen weiten Schritt voranbringen. Wir sind dem **EU-Recht**, also dem Artenschutz, der Entwicklung des Natura-2000-Netzes und der Wasserrahmenrichtlinie mit ihren anspruchsvollen Zielen, verpflichtet. Deshalb streben wir auf rund 15.000 ha einen Vertragsnaturschutz an, mit dem bedrohte Arten und Lebensräume besonders gesichert werden.

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr gut!)

Wir haben von Anfang an klargemacht: Nur mit den Menschen können wir unser Land gestalten. Das gilt auch für den **Naturraum**. Örtliche Träger wirken dabei mit, Management- und Bewirtschaftungspläne zu erarbeiten und umzusetzen. Dafür setzen wir auf lokale Bündnisse. Wir werden sie als Partner ernst nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Das Beteiligungsverfahren für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit den vor Ort verankerten Wasser- und Bodenverbänden ist hier beispielgebend.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Wir fördern **erneuerbare Energien** und richten einen neuen Fokus auf die Biomasse. Denn wir wollen den Wachstumsmarkt Biomasse konsequent erschließen, um bei der Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen eine attraktive Alternative zu haben. So stärken wir die Wirtschaftskreisläufe in den Regionen.

Und wir regieren nicht von oben herab.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aha!)

- Ja, Herr Kubicki, das ist für manchen kaum zu verstehen und zu begreifen, aber das ist so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist das einzig Neue, was wir heute hören!)

Wir verlagern - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist heute eine neue Version!)

- Nein, da Sie schon so lange in der Opposition sind, kann ich Ihre Aufgeregtheit verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir verlagern hier konsequent Entscheidungskompetenzen auf die regionalen Ebenen. Wir nennen sie **Aktivregionen**. Denn dort wird eine Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Akteuren mehr Verantwortung vor Ort für Planung und Umsetzung der regionalen Entwicklung übernehmen.

Wir schaffen den größtmöglichen Raum für Investitionen in der Fläche, weil Schleswig-Holstein als Ganzes wachsen muss.

Meine Damen und Herren, aus dem europäischen Fischereifonds werden wir 16 Millionen € erhalten. Wir zielen mit der Kofinanzierung in selber Höhe auf ein Investitionsvolumen von rund 60 Millionen €. Schleswig-Holstein hat im Rahmen eines mit den anderen Bundesländern gemeinsam erarbeiteten Programms wieder eigenständige Akzente zum Wohle unseres Fischereisektors gesetzt. Das ist unser Zukunftsprogramm Fischerei.

Unsere Fischer an Nordsee und Ostsee brauchen eine modernisierte Fangflotte, die eine rentable und nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände möglich macht.

Die **Aquakultur** in Schleswig-Holstein werden wir weiterentwickeln und fördern. Kleine und mittelständische Unternehmen sind für uns die ersten Adressaten. Wir haben neue, in die Zukunft weisende Ideen. Das reicht von der Entwicklung von neuen Anlagen zur Muschel- und Fischzucht bis zur Verbindung von Fischerei und Ökotourismus.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gut, dass wir das neue Programm haben. Denn ich kann mir Schleswig-Holstein ohne Fischerei, ohne Fischer und ohne ihre Kutter beim besten Willen nicht vorstellen. Sie gehören zum Land wie Nordsee und Ostsee.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, um es abschließend ganz klar zu sagen: Manches haben wir in Schles-

wig-Holstein in der zurückliegenden Förderperiode erreicht. Aber von Folgendem bin ich fest überzeugt: Es ist noch mehr möglich.

Und das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein macht es möglich: 1,4 Milliarden € für Schleswig-Holstein in den nächsten sieben Jahren, die ein Investitionsvolumen von mehr als 3 Milliarden € auslösen werden, geben unserem Land einen kräftigen Schub. Schleswig-Holstein als Ganzes setzt mit dem größten Förderprogramm in seiner Geschichte auf mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr Beschäftigung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Und alle Regionen werden davon profitieren. Unser Land hat derzeit Rückenwind. Nutzen wir ihn aus, nehmen wir weiter Tempo auf und kommen wir ein ganzes Stück vorwärts.

(Lang anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. - Bevor wir weiter fortfahren, begrüße ich zunächst auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Meldorfer Gelehrtenschule. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ihre sie begleitenden Lehrkräfte sind uns natürlich auch herzlich willkommen.

(Beifall)

Der Ministerpräsident hat die von der Landesregierung angemeldete Redezeit

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Locker überschritten!)

um neuneinhalb Minuten überschritten. Selbstverständlich erhöhen sich die Redezeiten der Fraktionen um diesen Zeitanteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache über die Regierungserklärung und erteile zunächst dem Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede des Ministerpräsidenten ist Vergangenheit, meine noch Zukunft.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei CDU und SPD)

(Wolfgang Kubicki)

Der Ministerpräsident hat uns eben mitgeteilt, wie er die Aussichten Schleswig-Holsteins subventionieren will. Offen ließ er, ob er die Aussichten für oder aus Schleswig-Holstein meint.

Das meiste war alter Wein in neuen Schläuchen. Denn er pries ihn wie Sauerbier an, garniert mit ein paar neuen Zahlen. Ich habe mich während der ganzen Rede gefragt, was über das hinaus, was wir bereits in den Haushaltsberatungen im Etat wiedergefunden haben, das grundsätzlich Neue gewesen sein soll, das eine Regierungserklärung rechtfertigte.

Aber 1,4 Milliarden € will die Landesregierung für diese Aussicht Schleswig-Holsteins in den nächsten sieben Jahren ausgeben, aufgeteilt auf so viele Fördertöpfe, dass für fast jeden etwas dabei sein könnte. Inhaltliche Schwerpunkte blieben versteckt. „Nicht klotzen, sondern tröpfchenweise kleckern“, lautet die Devise der Landesregierung.

(Claus Ehlers [CDU]: Da hast du nicht zugehört!)

- Herr Kollege Ehlers, auch wenn Sie von den Förderungen profitieren, wofür ich ein gewisses menschliches Verständnis habe,

(Beifall bei FDP und SSW - Lachen bei der CDU)

sollten wir uns doch an der Rede des Ministerpräsidenten und nicht am Wunschdenken orientieren.

(Beifall bei der FDP)

Das erklärt, warum sich der Ministerpräsident auf Allgemeinplätze beschränkte: Es gibt nichts Konkretes, worauf er sich hätte konzentrieren können. Kein Wunder: Die wesentliche Leistung der Landesregierung bestand ja darin, die Anträge der EU für die Ländersozialhilfe richtig auszufüllen und rechtzeitig abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Dass sich der Ministerpräsident traut, sich und seine Regierung öffentlich für derartiges Handeln zu loben, wie wir es eben erleben durften, sagt schon viel über das Niveau der Politik aus. Offensichtlich erwartet er wie auch die Große Koalition davon so wenig, dass ihn schon das Dasein dieser Regierung zufriedenstellt. Die Devise lautet: Ich bin so toll, bin so charmant, bin Peter Harry von Nordstrand!

(Beifall bei der FDP)

Es fehlen eigentlich nur noch die Laolawellen in den Reihen der CDU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Europäische Union** hat den Antrag der Landesregierung auf **Ländersozialhilfe** großzügig genehmigt. Es gibt

mehr davon und seitdem CDU und SPD gemeinsam regieren, ist scheinbar ganz Schleswig-Holstein darauf angewiesen. Wie könnte es sonst angehen, dass Schleswig-Holstein im Lichte der Erweiterung der Europäischen Union mehr Geld bekommt?

In den meisten der Beitrittsstaaten liegen die Durchschnittseinkommen immer noch unter dem deutschen Sozialhilfeniveau für Menschen, aber Schleswig-Holstein erhält trotzdem mehr Ländersozialhilfe. Das sollte uns nachdenklich stimmen. Denn das kann kein Ausweis erfolgreicher Politik sein.

Selbstverständlich weist es auch aus, wieweit die vorigen Regierungen hinter ihren vollmundigen Ankündigungen zurückblieben, die Zukunft im eigenen Land mit viel Ziel, ZAL, ZIP und Knall gewinnen zu können.

Nichtsdestotrotz macht die jetzige Regierung munter im gleichen Trott weiter. Sie nennt ihr Programm nur anders: Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein. Als Akronym, liebe Kolleginnen und Kollegen, schlage ich „ZUSH“ vor. Das ähnelt einem Geräusch, das sehr gut zum Programm passt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich ahne, was die Mitglieder der Landesregierung jetzt am liebsten dazwischenrufen würden: Dieses Mal sei wirklich alles viel besser und zielgenauer und im Rahmen eines abgestimmten Gesamtkonzeptes miteinander verzahnt.

Diese Behauptung entbehrt genau der gleichen Grundlage wie die vollmundigen Ankündigungen des Ministerpräsidenten. Warum sollte sich auch etwas ändern? - Die eine Hälfte der amtierenden Regierung war mehr als die Hälfte der alten Landesregierung und die andere Hälfte der amtierenden Landesregierung hat sich stramm auf den alten SPD-Kurs begeben. Auf so viel politische Kontinuität und Durchsetzungskraft hätte die schleswig-holsteinische SPD nach ihrem Debakel bei der Landtagswahl, lieber Lothar Hay, wohl nie zu hoffen gewagt.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe nicht erwartet, dass die CDU im Vorgriff auf kommende Wahlkämpfe so die Äquidistanz der FDP zu den beiden etwas größeren Parteien herstellen würde. Wer könnte die Durchsetzungskraft der Sozialdemokraten besser verkörpern als unser Alterspräsident Kollege Günter Neugebauer? - Er war es, der schon im April ein Zukunftsprogramm von der Landesregierung forderte.

(Wolfgang Kubicki)

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: In welcher Debatte?)

- Im April 1987!

(Beifall bei der FDP - Lachen bei CDU und SPD)

Ich zitiere aus der Drucksache 10/2051:

„Unerlässlich ist in diesem Zusammenhang ein Zukunftsprogramm Arbeit und Umwelt sowie ein Entwicklungsprogramm für den Landesteil Schleswig, die die besonderen strukturellen Probleme dieser Region berücksichtigen, sowie ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.“

(Beifall bei der FDP)

Lieber Kollege Neugebauer, das zeigt, was es nützen kann, stetig dicke Bretter zu bohren. Irgendwann ist man unten durch, aber nicht immer sind die gebohrten Löcher nützlich.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem der Ministerpräsident das neue Programm schon abgeschrieben hat, hat er es auch gleich abgeheftet, und zwar im Ordner Musik. Warum verbindet er sonst ständig seine Politik mit einem Dreiklang! Dieser Dreiklang könnte eine Harmonie sein, eine Harmonie aus Sparen, Investieren und Reformieren zum Wohl des Landes. Ist er aber nicht. Wie die Landesregierung bis jetzt heranging, ist dieser Dreiklang eine Kakophonie. Denn die Landesregierung hat bisher weder gespart noch investiert noch reformiert.

Herr Ministerpräsident, gespart hat die Landesregierung bis jetzt noch nicht. Die **Neuverschuldung** sank 2006 nur deshalb erheblich, weil die Steuereinnahmen wegen der guten Konjunktur überdurchschnittlich stark stiegen. Die Landesregierung hat hierzu nichts beigetragen.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Kollege Wadehul, die **Nettoausgaben** des Landes sanken gerade einmal um 33 Millionen €. Wenn wir berücksichtigen, dass die gute Konjunktur ganz automatisch einige Ausgabenposten senkt, hat die Landesregierung hierzu eigentlich gar nichts beigetragen. Zum Beispiel sind allein die Ausgaben für **Sozialhilfe** um etwa 50 Millionen € unter den Ansätzen geblieben. Das ist aber keine Leistung der Regierung; im Gegenteil, die Sozialhilfe ist ein Paradebeispiel eines automatischen Stabilisators, der reagiert, ohne dass die jeweilige Regierung eingreift.

Ganz nebenbei: Wäre der jetzige Innenminister als Finanzminister nicht so unverantwortlich mit dem Vermögen des Landes umgegangen, wer weiß, vielleicht hätte Schleswig-Holstein schon einen verfassungsmäßigen Haushalt, vielleicht sogar einen ausgeglichenen, so wie zum Beispiel Bayern oder Sachsen oder aber auch Mecklenburg-Vorpommern, was ich besonders beeindruckend finde.

Herr Ministerpräsident, zusätzlich investiert hat die Landesregierung auch nicht. 2006 blieben die **Investitionen** 38 Millionen € unter den Ansätzen. Selbst der Finanzminister beklagt die niedrige Investitionsquote im Landeshaushalt.

Reformiert hat die Landesregierung bisher auch nichts. Ich erinnere nur daran, dass der Staatssekretär der **Entbürokratisierung**, der Kollege Schlie, über die Medien hat verbreiten lassen, wie frustriert er sei, dass die Ministerien nicht bereit seien, auch nur ansatzweise Gedanken, die er zu Papier gebracht habe, in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese politische Kakophonie bezeichnete der Ministerpräsident eben als Aufbruch und den will er mit dem Zukunftsprogramm verstetigen. Dafür will die Landesregierung in sieben Jahren 1,4 Milliarden € öffentlicher Fördergelder ausgeben. Kollege Sauter, das hört sich nach gewaltig viel Geld an. Wenn wir das hätten, wären wir froh und zufrieden. Im Vergleich zur Lebenswirklichkeit der allermeisten Menschen ist das auch eine riesengroße Summe. Das ist nach meiner Auffassung aber die falsche Bezugsgröße, um die mögliche Wirksamkeit des Programms zu beurteilen. Deshalb will ich ein paar angemessene Vergleiche heranziehen.

1,4 Milliarden € in sieben Jahren bedeuten durchschnittlich 200 Millionen € pro Jahr. Kollege Ehlers, so weit können auch Sie mir noch folgen.

(Zurufe)

Für dieses Jahr sind 8,3 Milliarden € Nettoausgaben des Landes angesetzt, die 200 Millionen des **Zukunftsprogramms** sind noch nicht einmal 2,5 % des jährlichen finanziellen Engagements des Landes. 2004 wurden in Schleswig-Holstein brutto 10,7 Milliarden € ausgegeben, Herr Finanzminister. Das sind die neuesten verfügbaren Daten. Die 200 Millionen € des Zukunftsprogramms würden diesen Betrag der Investitionen in Schleswig-Holstein noch nicht einmal um 2 % erhöhen. Das ist übrigens weniger als ein Drittel der durchschnittlichen jährlichen Schwankungen der Investitionen in Schleswig-Holstein seit der Wiedervereinigung. Und dabei sind noch nicht einmal die Beträge des

(Wolfgang Kubicki)

Zukunftsprogramms herausgerechnet, die nach offizieller Lesart gar nicht zu den Investitionen zählen.

2005 betrug das **Bruttoinlandsprodukt** Schleswig-Holsteins 69 Milliarden €. Die 200 Millionen € des Zukunftsprogramms machen noch nicht einmal drei Promille aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Vergleiche allein erlauben selbstverständlich keinen Schluss darauf, ob das Geld sinnvoll ausgegeben werden wird. Selbstverständlich lässt sich dieser Sinn auch nicht aus der Propaganda der Regierung oder späteren Danksagungen einzelner Geförderter ableiten - das jeweilige Interesse an positiver Darstellung ist zu offensichtlich.

Aber eines zeigen die Vergleiche: Die 200 Millionen € jährlich werden die Entwicklung Schleswig-Holsteins allenfalls am Rande beeinflussen, und zwar ganz am Rande. Je größer die Zahl der Ziele und Unterprogramme ist, auf die das Geld verteilt wird, desto weniger Einfluss wird das Kleckern haben. Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten waren ja kaum Grenzen der Zahl prinzipiell förderwürdiger Zwecke herauszuhören.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so pries er das **Zukunftsprogramm Wirtschaft** vorhin als Einladung an Unternehmergeist und Eigeninitiative. Die Unternehmen werden diese Einladung selbstverständlich annehmen und Projekte ins Leben rufen, die nach den Kriterien des Zukunftsprogramms förderwürdig sind. Sie werden das mit dem gleichen großen Geschick tun, mit dem sie sich auch am Markt behaupten oder behaupten müssen. Erhebliche Mitnahmeeffekte sind vorprogrammiert. Das Schlimmste daran ist aber, dass eine der wertvollsten Ressourcen unseres Landes vom Staat in den gesellschaftlich unproduktiven Zweck der Subventionsfischerei umgelenkt und verschwendet werden wird: der Unternehmergeist und die Eigeninitiative, die der Ministerpräsident beschwor.

Außerdem soll die Förderung jetzt aufs ganze Land ausgedehnt werden. Wenn man private Projekte einzelner Unternehmen fördern will, ist das wenigstens folgerichtig, aber strukturpolitisch ist das absoluter Unsinn. Denn wer daran glaubt, **strukturschwache Regionen** mit den herkömmlichen Förderinstrumenten an die strukturstarken Regionen heranführen zu können, weil er eben glaubt, die Instrumente wären wirksam, der konterkariert doch sein Ziel, wenn er gleichzeitig den Vorsprung der strukturstarken Regionen ausbaut.

(Beifall bei der FDP)

Denn die Merkmale strukturschwach und strukturstark sind doch relative Kriterien, sie sind als Verhältnis zu einem Durchschnitt definiert. Strukturpolitisch sinnvoll hingegen ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Der Ministerpräsident trifft ins Schwarze, wenn er sagt, Schleswig-Holstein könne sich als Drehscheibe des Ostseehandels keine Kapazitätsengpässe leisten und das Land wolle deshalb die Häfen in Kiel und Lübeck ausbauen.

Genau hier wird der Unterschied zwischen dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein und einem zukunftssträchtigen strukturpolitischen Programm deutlich, das dem Land neue Perspektiven böte. Ein Erfolg versprechendes Programm würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schleswig-Holstein mit öffentlichen Projekten steigern; hingegen ist das **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** dieser Regierung größtenteils darauf gerichtet, Schleswig-Holstein im Wettbewerb der Regionen zu stärken, indem Beamte des Landes entsprechend der Signale der goldenen Zügel in den Händen von Beamten in Brüssel und Berlin darüber entscheiden wollen, welche privatwirtschaftlichen Investitionsprojekte die Wettbewerbsfähigkeit privater Unternehmen auf privatwirtschaftlichen Märkten fördern sollen.

Genau das ist in den Zukunftsprogrammen Wirtschaft, Ländliche Räume und Fischerei der Schwerpunkt.

Herr Minister Austermann, ich habe Ihnen schon bei der Subventionierung der Fluglinie Kiel-München gesagt, dass der ständige Versuch des Staates, mit öffentlichen Mitteln gegen wirtschaftliche Daten anrennen zu wollen, zum Scheitern verurteilt ist. Das Ergebnis sehen wir.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie die Zahlen zeigen, hat genau das schon bisher nicht geklappt und es wird auch zukünftig nicht klappen, in den privatwirtschaftlichen Prozess mit öffentlicher Förderung so eingreifen zu wollen, allein schon deshalb, weil es vielfach dieselben Beamtinnen und Beamten sind, die entscheiden sollen. Das liegt nicht am mangelnden Einsatz der Personen. Das liegt einfach am mangelnden Detailwissen. Beamte sind darauf spezialisiert, öffentliche Aufgaben zu erfüllen, indem sie Gesetze vollziehen. Unternehmer sind darauf spezialisiert, mit risikoreichen Investitionen Gewinne zu erwirtschaften. Beides klappt selbstverständlich nicht immer, aber noch schlimmer wird es, wenn die einen das Handwerk der anderen bestimmen sollen und umgekehrt.

(Beifall bei der FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Noch einmal: Die **Wettbewerbsfähigkeit** Schleswig-Holsteins lässt sich nicht durch öffentlich gelenkte Subventionen für einzelbetriebliche, privatwirtschaftliche Investitionsprojekte stärken.

Ich möchte daran erinnern, dass wir als Land, die vormalige Regierung, wir als Parlamentarier, Herr Finanzminister, uns vehement darüber beschwert haben, dass Länder wie Bayern und Baden-Württemberg mit einer höheren Dotierung der einzelbetrieblichen Förderung versucht haben, Unternehmen aus Schleswig-Holstein abzuwerben, weil die einfach mehr drauflegen konnten als wir. Wir sind gut beraten, wenn wir nicht als Ziel unserer Politik ausgeben würden, diese Rüge der Vergangenheit nun in einen produktiven Ansatz für Schleswig-Holstein umkehren zu wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die öffentliche Hand wird die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins nur wirksam stärken können, wenn sie sich auf öffentliche Projekte konzentriert, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schleswig-Holstein stärken, zum Beispiel den Ausbau der **Häfen**. Bessere **Fernstraßen** sind auch wichtig, zum Beispiel die A 20 mit der Elbquerung - wir haben gestern darüber debattiert -, der sechsstreifige Ausbau der A 7 und die **feste Fehmarnbelt-Querung**. Heute ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein sehr bemerkenswerter Artikel darüber erschienen, warum sich ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland so vehement dieser für ganz Europa, insbesondere für den skandinavischen Raum wichtigen Infrastrukturmaßnahme verweigert.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Dr. Garg hat gestern darauf hingewiesen, dass der Wirtschaftsminister unseres Landes in dieser Frage nach seiner Auffassung bisher kein gutes Bild abgegeben hat. Bei mir steht „versagt“. Herr Ministerpräsident, das kann vielleicht daran liegen, dass er als Wirtschaftsminister mehr Zeit mit dem fotogenen Überreichen von Subventionschecks verbringt, als mit politischer Kärnerarbeit für diese wichtigen öffentlichen Infrastrukturprojekte auch in Berlin zu werben.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Ministerpräsident, angesichts der Tatsache, dass Ihnen nach eigener Aussage an Ihrem Amt am meisten das regelmäßige Arbeiten stört, ist das verständlich, aber es ist eindeutig der falsche Schwerpunkt.

Selbstverständlich hat die Landesregierung bisher nicht alles falsch gemacht, noch nicht einmal der Wirtschafts- und Verkehrsminister. So beurteilen wir zum Beispiel die Außenwirtschaftsoffensive der Landesregierung und das Bündnis für Ausbildung als sinnvoll und haben die Landesregierung hier im Landtag unterstützt und dabei wird es auch bleiben. Es ist nicht so, dass wir eine Fundamentalopposition machen, sondern es gibt eine Reihe von Ansätzen, die wir positiv finden und die wir auch weiter unterstützen werden. Die Diskussion über das Bündnis für Ausbildung ist im Hause Konsens; darüber müssen wir gar nicht weiter streiten. Herr Ministerpräsident, ich habe vernommen, dass Sie auf der Grünen Woche einen herausragend guten Eindruck hinterlassen haben. Ich kritisiere das nicht, sondern ich finde das ganz toll.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Das muss man schon erwähnen, denn es war in der Vergangenheit nicht immer so, dass die Ministerpräsidenten unseres Landes, jedenfalls nach meiner Einschätzung, einen herausragend guten Eindruck hinterlassen haben.

(Beifall bei der FDP)

Insoweit haben wir einen Fortschritt. Mir ist aber berichtet worden, dass auf dem Schleswig-Holstein-Stand das Markenzeichen Schleswig-Holsteins, nämlich der Leuchtturm, nicht mehr vorhanden ist. Böse Zungen behaupten, Austermann habe ihn geklaut, um ihn als Leuchtturm in Schleswig-Holstein für seine Projekte aufstellen zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Zurufe)

- Herr Ministerpräsident, ich sehe mit großer Freude, dass wir uns da annähern. Die Überlegung, die FDP könnte ihre Parteiversammlungen in der Telefonzelle machen, wird sich mit weiterer Entwicklung nahtlos auf die CDU übertragen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage ja, da Sie von hier aus heute erklärt haben, es werde für die Menschen im Lande keine Politik von oben gemacht, das wird Ihre Parteifreunde in Dithmarschen, Nordfriesland, Steinburg - die fahren jetzt auch mit Steinburger Flaggen durch die Gegend, Kollege Arp; das habe ich gelesen und vernommen -, Ostholstein, Plön und Lauenburg freuen, die bisher das Gefühl hatten und das auch öffentlich erklärt haben, dass sie durch eine Politik von oben regiert würden und nicht mit einer Politik der Kommunikation.

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung werden mir gleich vorwerfen, ich versuchte, das Land schlecht zu reden. Das ist zwar üblich, aber trotzdem falsch. Ich rede nur über schlechte Regierungspolitik, die unserem Land schadet. Ebenfalls üblich wird jemand uns gleich fragen, wahrscheinlich der Kollege Dr. Wadephul, weil das standardmäßig in seine Reden gehört, welche Alternativen wir bieten, um uns umgehend vorzuwerfen, wir böten keine. Auch das ist üblich und trotzdem falsch. Unsere Alternative zum Regierungskleckern lautet klotzen, denn wenn das Land mit seinen begrenzten Mitteln das erreichen soll, was der Ministerpräsident vorhin als Ziel beschrieben hat, nämlich eine neue Perspektive für Schleswig-Holstein, dann taugt die bisherige Strukturpolitik dafür nicht.

Gemessen - wieder eine Zahl, nicht von mir, sondern von der Statistischen Arbeitsgemeinschaft der Länder - am **Bruttoinlandsprodukt** pro Kopf erreichte Schleswig-Holstein 1991 noch 79 % des Wohlstandes des reichsten Bundeslandes Hessen. 2005 waren es nur noch 75 %. Herr Kollege Wadephul, Sie werden mir zustimmen, dass das keine Aufholjagd ist, die die Distanz verkleinert hat, sondern dass sich die Distanz eher vergrößert hat. Das Land fiel also in der Vergangenheit zurück.

Das Zukunftsprogramm wird in der Regierungspropaganda zwar sehr von seinen Vorläufern abgegrenzt, aber inhaltlich unterscheidet es sich kaum. Die Landesregierung könnte das Gegenteil sehr leicht beweisen und dazu fordere ich Sie jetzt auf. Sie müsste nur die Zahl und vor allem das Förder- und Investitionsvolumen der einzelnen Projekte angeben, die zwar während der letzten Förderperiode der EU und des Programms Ziel der rot-grünen Regierung gefordert wurden, aber nun im Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein nicht mehr förderfähig wären. Das wäre doch einmal eine Zahl, an der wir sehen könnten, was sich in der Regierungspolitik substantiell verändert hat. Das können wir vielleicht im Ausschuss für Finanzen oder Wirtschaft noch einmal im Einzelnen nachfragen.

Ich bin mir sicher, es gibt solche Projekte, aber ich bin mir genauso sicher, dass sie nur einen kleinen Teil des **Förder- und Investitionsvolumens** des Programms Ziel ausmachen. Wenn aber die Art der Projekte, Kollege Wadephul, die bisher gefördert wurden, Schleswig-Holstein im **Wettbewerb der Regionen** nicht nach vorn brachten, dann werden sie es ab jetzt auch nicht tun. Deshalb schlagen wir als grundsätzliche Alternative zur weit gestreuten aber dünn gesäten Förderpolitik der Regierung vor, das Land möge seine begrenzten Mittel stärker auf

einzelne Felder konzentrieren und gerade nicht auf die einzelbetriebliche Förderung privatwirtschaftlicher Projekte,

(Beifall bei der FDP)

sondern öffentliche Projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärken. Die Unternehmen investieren dann von alleine mehr, Herr Ministerpräsident.

Es ist jetzt weder Zeit genug noch der richtige Zeitpunkt, alles das zu wiederholen, was wir in diesem Sinne in den letzten Jahren in unseren Programmen und Landtagsanträgen inklusive der Haushaltsanträge vorgeschlagen haben. Deshalb nur einige Beispiele. Es wird das Land nicht grundsätzlich voranbringen, die Be- und Verarbeitung von Kartoffeln, die Vermarktungskonzeption für die Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte oder neue Badezimmer in Hotels und Pensionen zu subventionieren. Viel hilfreicher wäre es beispielsweise, Herr Kollege Arp, das Urlaubsziel Schleswig-Holstein mit einer zentralen Kampagne noch bekannter zu machen,

(Beifall bei der FDP)

unsere Verkehrswege besser auszubauen, damit die Urlauber, die immer stärker Kurzzeiturlaube machen, nicht zeitlich so lange Anfahrt- und Abfahrtswege haben wie gegenwärtig, mehr Schulen schneller zu sanieren und den Kommunen nicht nur kein Geld wegzunehmen, sondern ihnen mehr Geld für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu geben. Gerade die kommunalen Infrastrukturinvestitionen sind es, die die Eignung einer Region als **Wirtschaftsstandort** maßgeblich steigern.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin nicht überzeugt davon, dass das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein seinen eigentlichen politischen Zweck erfüllen wird, nämlich möglichst viele Subventionsempfänger politisch an die Subventionsgeber zu binden. Dafür liefert die Große Koalition ansonsten nicht ausreichend genug ab. Ich bin überzeugt davon, dass das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein seinen offiziellen Zweck verfehlen wird, nämlich die deutliche Stärkung des Landes und insbesondere der strukturschwachen Regionen im Verhältnis zu den strukturstarken. Wer das Land um der Menschen Willen stärken will, muss anders vorgehen, eben nicht kleckern, sondern klotzen, Herr Ministerpräsident, gerade auch im Universitäts- und Hochschulbereich.

Herr Kollege Wadephul, man kann ignorantia facti betreiben, aber allein die Stellungnahme der Hoch-

(Wolfgang Kubicki)

schulrektoren zu dem, was gestern im **Hochschulgesetz** verabschiedet worden ist, muss Ihnen doch die Augen öffnen, dass die Politik, die Sie hier betreiben, jedenfalls nicht auf die Bedürfnislage der Menschen in diesem Lande trifft.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Schleswig-Holstein stark machen will, muss seinem Grundsatz treu bleiben, dass der Staat den Rahmen schafft und nur den Rahmen, den die Akteure am Markt selbst und voller Hingabe ausfüllen. Dann muss es keine Regierung mehr vorgeben, stolz darauf zu sein, als Land von anderen möglichst viel Sozialhilfe zu erhalten. Ich würde mir wünschen, Herr Ministerpräsident, wir könnten in einigen Jahren bei der nächsten Förderperiode sagen: Wir können auf die Fördermittel der EU weitgehend verzichten, weil wir aus eigener Kraft stark genug sind, die Probleme im Lande zu bewältigen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Oppositionsführer und erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Die Rede des Herrn Oppositionsführers ist jetzt Vergangenheit und das ist gut so. Ich will versuchen, ein wenig Zukunft aufzuzeigen. Kollege Kubicki hat den Mut besessen, hier heute noch einmal die Haushaltsberatungen aus dem vergangenen Jahr anzusprechen. Wir haben vorhin schon ein wenig über Kurz- und Langzeitgedächtnis gesprochen oder etwas davon gehört. Unser Kurzzeitgedächtnis ist nicht so schlecht, dass wir Ihre Haushaltsanträge vergessen hätten, lieber Herr Kollege Kubicki. Das finde ich schon mutig, dass Sie der Großen Koalition im Lande Kakophonie vorwerfen und auf das Thema Sparen kommen. Die Anträge von Ihnen genau in den Bereichen, wo wir schmerzhaft Eingriffe machen mussten, bei den Zuweisungen an die kommunale Familie, bei den Sonderzahlungen an die Beamtinnen und Beamten, die uns schwergefallen sind, da haben Sie in allen Bereichen unseren Sparkurs nicht mitgetragen. Sie sitzen im Glashaus und sollten hier nicht über Sparpolitik reden. In der Tat warten wir an der Stelle seitens der FDP auf nachhaltige Haushaltsvorschläge, die es gewährleisten, dass wir relativ schnell wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt in Schleswig-Holstein hinbekommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wenn Sie die Höhe der Mittel beklagen, die wir bekommen und das als einen Indikator dafür ansehen, dass schlechte Politik gemacht wird, sage ich Folgendes: Ich teile Ihre Auffassung, dass es unser Ziel auf Dauer natürlich nicht sein kann, möglichst viele Mittel aus Brüssel zu bekommen, bloß wenn es in der aktuellen Situation der Landesregierung gelungen ist, ein möglichst großes Stück von dem Kuchen zu bekommen, der in Brüssel zu verteilen war, dann ist dies ein Erfolg der Landesregierung, auf den wir stolz sein können und stolz sein sollten. Das ist gut für unser Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist vollkommen richtig, dass wir bei der **Haushaltskonsolidierung** einen weiten Weg vor uns haben. Ich bin übrigens der Auffassung, dass der Sparkurs noch lange nicht beendet ist, sondern wir erst am Anfang unserer Sparbemühungen stehen. Ich bin auch der Auffassung, dass der Erfolg des vergangenen Jahres - der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - die **Neuverschuldung** nahezu jetzt schon zu halbieren, eine Zwischentappe ist und dass wir innerhalb dieser Legislaturperiode gemeinsam Anstrengungen unternehmen müssen, einen verfassungsgemäßen Haushalt hinzubekommen. Gleichzeitig müssen wir die **Investitionsquote** nach oben bewegen. Hier ist Schleswig-Holstein noch zu weit hinten, und das **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein**, das heute vorgestellt worden ist vom Herrn Ministerpräsidenten, untermauert die Strategie der Großen Koalition des Dreiklanges Sparen-Reformieren-Investieren und sichert ein Stück Zukunft für Schleswig-Holstein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf dem Weg dahin kommt uns die überaus positive Wirtschaftsentwicklung zugute, die sich in Schleswig-Holstein beflügelt durch den Regierungswechsel und mit dem Ende grüner Blockadepolitik in eindrucksvoller Weise vollzieht.

Peter Harry Carstensen hat auf die konkreten Zahlen hingewiesen. Wir verlieren keine Arbeitsplätze mehr. Vielmehr entstehen täglich neue. Die Beschäftigung wächst. Das erleichtert uns die Arbeit. Es entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, gerade in dieser Zeit wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Wir werden das Land so aufstellen, dass wir auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten als den heutigen im Wettbewerb bestehen können. Das **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** ist der Garant für diese Weichenstellung. Mit ihm gestalten wir bis zum Jahr 2013 ein Förderprogramm, in dem unter Ein-

(Dr. Johann Wadehul)

beziehung aller eingesetzten Mittel von Europa, Bund, Land und Kommunen an die 3 Milliarden € bewegt werden. Das sind wahrlich keine Peanuts. Herr Kollege Kubicki, hier wird geklotzt und nicht gekleckert und das ist gut für unser Land.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Landesregierung bündelt ihre eigenständigen **Förderprogramme** im Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein. So können unter einem Dach verschiedenste Programme und Fördertöpfe zielgerichtet eingesetzt werden und es werden Synergieeffekte erreicht. Inhaltliche und abwicklungsspezifische Besonderheiten können dennoch in notwendiger Weise berücksichtigt werden. Grundlage und wesentliche Finanzierungsquelle des Zukunftsprogramms sind unter anderem EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, EFRE, in Höhe von rund 374 Millionen € für den Zeitraum 2007 bis 2013. Dies ist im Vergleich zum vorherigen Förderzeitraum eine Steigerung der Mittel in Höhe von etwa 100 Millionen €, die bei eingeschränkter Förderkulisse Schleswig-Holstein in das Regionalprogramm 2000 geflossen sind. Damit steht eine beachtliche Summe für Fördermaßnahmen zur Verfügung, die nicht vom Himmel gefallen ist. Vielmehr wurde dafür auf vielen Ebenen heftig gestritten und gekämpft.

Der Ministerpräsident hat die Ausgangssituation beschrieben. Die Anzahl der Mitgliedstaaten in der EU, die sich in der neuen Förderperiode um Fördermittel bemüht haben, hat sich fast verdoppelt, während der Fördertopf lediglich um 50 % gewachsen ist. Zudem ist der Anteil stark unterentwickelter Regionen unbestreitbar und auch bedauerlicherweise gewachsen. Deshalb gilt an dieser Stelle unserer Landesregierung ein besonderer Dank. An erster Stelle gilt er unserem Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, unserem Arbeitsminister Uwe Döring und dem Landwirtschafts- und Umweltminister Dr. Christian von Boetticher sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die notwendigen Unterlagen, Vorgänge und Formalien in akribischer Arbeit in die Waagschale geworfen haben. Sie haben in Brüssel erfolgreich für ihr Heimatland gekämpft. Dafür möchte ich ihnen allen sehr herzlich danken.

(Beifall bei CDU und SPD)

In den Dank möchte ich ausdrücklich die Europaabgeordneten unseres Landes einschließen. Insbesondere möchte ich den Kollegen Reimer Böge hervorheben, der in seiner Funktion als Berichterstatter im EU-Parlament für die Strukturfonds seine Kenntnis-

se und Erfahrungen im Sinne unseres Landes einbringen konnte. Wer sich einmal mit diesem Dschungel der Mittelverteilung und den europäischen Verknüpfungen beschäftigt hat, der weiß, was dies für eine Leistung ist. Wir müssen heute aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es für die zukünftige Förderperiode viel schwieriger wird, Mittel zu erhalten. Deshalb werden wir jetzt die Möglichkeiten optimal nutzen.

Grundgedanke der **europäischen Förderung** ist die sogenannte Lissabonstrategie, die wir in vielen Politikfeldern - nicht zuletzt in der Bildungs- und Hochschulpolitik - diskutiert und die die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon verabschiedet haben. Danach soll die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. Hauptfelder der Strategie sind die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Erneuerung und Nachhaltigkeit in den Bereichen Innovation, Wissensgesellschaft, soziale Kohäsion sowie Umweltbewusstsein. Wir greifen diese Schlüsselbegriffe in unserem Zukunftsprogramm auf und erfüllen sie mit Leben. So können und werden wir auch in Schleswig-Holstein diesen europäischen Prozess mitgestalten.

Natürlich ist die stärkste Säule das **Zukunftsprogramm Wirtschaft**. Hier sollen Existenzgründungen gefördert, vorhandene Stärken genutzt, Clusterentwicklungen ausgebaut, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen gestärkt und Qualifizierungen vorangebracht werden. Dabei gilt es, die Innovationskraft von Unternehmen zu beflügeln. Ihr Einsatz und ihre Ideen sind entscheidend.

Ein wichtiger Faktor ist die optimale Nutzung und Förderung des vorhandenen wissenschaftlichen Potenzials unseres Landes. Einige Forschungsprojekte wie das bemerkenswerte Projekt Ozean der Zukunft beweisen, dass hier im Land Spitzenforschung betrieben wird, die sich auch weltweit nicht zu verstecken braucht. Die medizinische Forschung in unseren Universitätskliniken und die Entwicklungen in der Gesundheitstechnik - hier denke ich auch an ein großes Unternehmen in Lübeck - sind weitere Glanzpunkte. Forschung und wirtschaftlicher Nutzen von Forschung liegen dicht beieinander. Neue innovative Produkte und Dienstleistungen bedeuten zukunftssichere Arbeitsplätze. Hier liegt ein großes Potenzial, das wir nutzen und gezielt fördern werden.

Wir brauchen mehr Freude und Begeisterung für **Forschung und Technologie**. Im letzten Vierteljahrhundert ist in Deutschland eine tiefe Skepsis gegenüber dem technischen Fortschritt aufgetaucht.

(Dr. Johann Wadephul)

Dadurch haben wir Boden verloren. Wir brauchen wieder einen Aufbruch. Technischer Fortschritt ist gut und notwendig. Spitzenforschung ist Zukunft für unser Land und wir müssen sie fördern. Das machen wir hier in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei der CDU)

Unser Land zwischen den Meeren ist für alle Forschungsbereiche im, um und mit Wasser und Meer prädestiniert. Wir unterstützen die Landesregierung darin, den Masterplan zur Ausrichtung der maritimen Technologiepolitik voranzutreiben. Zukunft Meer ist ein plakatives Motto, das wir mit Leben füllen wollen. Weltweit wird die **Meeresforschung** mit allem, was im weitesten Sinne damit zu tun hat, weiter an Bedeutung gewinnen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich spielen unsere großen Häfen in Kiel und Lübeck bei der Entwicklung für Schiffsverkehre im Gütertransport, aber auch im Tourismus eine wichtige Rolle, die wir stärken wollen. Wir beobachten dabei aufmerksam und zum Teil mit einer gewissen Sorge, dass sich Kreuzfahrer zum Teil von Kiel abwenden. Ich sage ganz offen, ich beobachte auch mit einer gewissen Sorge, dass Bürgermeister Saxe in der Hansestadt Lübeck bei der Suche nach strategischen Partnern für den Lübecker Hafen bei der dortigen SPD eher auf Widerstand als auf Unterstützung stößt. Weder Rostock noch Stettin noch Esbjerg schlafen!

(Zurufe von der SPD)

Es ist gut und richtig, dass wir in der Hansestadt einen mutigen sozialdemokratischen Bürgermeister haben, der hier vorangeht. Herr Kollege Baasch, alle sollten ihn auf diesem Weg unterstützen, um die Seehäfen voranzubringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Für die CDU-Fraktion ist von besonderer Wichtigkeit, dass wir den ländlichen Raum und wirtschaftlich strukturschwache Regionen nicht aus den Augen verlieren. Diese Regionen dürfen den Anschluss nicht verlieren. Neben der Grundvoraussetzung des Angebots guter und solider Schulbildung müssen im ländlichen Raum Strukturmaßnahmen gefördert werden, die den Ansprüchen der Märkte und der Menschen gerecht werden. Auch hier gilt: Ideenreichtum und Vorschläge der Betroffenen sind Schlüssel für neue Initiativen. Wenn wir ehrlich sind, dann gibt es in manchen Teilen des Landes - gerade im Landesteil Schleswig, an der Westküste und auch in manchen Dörfern in Mittelholstein - schon eine gewisse Resignation. Dort fehlen Per-

spektiven für die Zukunft. Der verfassungsrechtliche Auftrag von Landesregierung und Landtag, gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen im Land zu schaffen, ist uns wichtig. Wir brauchen um die Hansestadt Hamburg herum einen starken Wirtschaftsraum. Das gilt auch für die weiteren Zentren Kiel und Lübeck. Wir haben aber auch eine Verantwortung für den ländlichen Raum in ganz Schleswig-Holstein!

(Beifall bei CDU und SPD)

Für den strukturschwachen Raum ist der **Tourismus** häufig ein rettendes wirtschaftliches Standbein. Das neue Tourismuskonzept setzt Schwerpunkte. Herr Kollege Kubicki, wir haben vereinbart, das nächste Mal gemeinsam zur Grünen Woche zu fahren. Sie kommen dann einmal mit und schauen sich die Halle an. Wenn man sieht, wie sich die Tourismusagentur Schleswig-Holstein dort präsentiert hat, dann sieht man, dass das Werbung für unser Land war. Wenn Sie das gesehen hätten, dann hätten auch Sie das gut gefunden. Wir sollten das unterstützen!

(Beifall bei CDU und SPD)

Nun zu den sozialen Komponenten des Zukunftsprogramms Arbeit: Die beste Arbeitsmarktpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Deshalb ist die größte Säule auch entscheidend für das **Zukunftsprogramm Arbeit**. Natürlich bekommt Arbeit nur, wer arbeitsfähig und für seinen Beruf qualifiziert ist. Wir kommen immer wieder darauf zurück, was gestern auch den Schwerpunkt der Diskussion am Vormittag bildete: Gute Bildung ist der Schlüssel für einen Berufseinstieg, für einen Arbeitsplatz und damit für persönliche Entwicklungschancen und für persönliches Glück. Wir wissen aber auch, dass es trotz aller Bemühungen immer wieder Menschen geben wird, die dieses Ziel aus verschiedensten Gründen nicht erreichen. Die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser, die in Schleswig-Holstein die Größe der Bevölkerung einer mittleren Kleinstadt erreicht hat, muss uns sorgen und darf uns nicht ruhen lassen. Das sind menschliche Schicksale, für die wir alle Verantwortung tragen. Das Zukunftsprogramm Arbeit unseres Arbeitsministers Uwe Döring trägt dem Rechnung. Ob Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze, berufsfördernder Sprachunterricht für junge Migrantinnen und Migranten oder die Förderung von innovativen arbeitsmarktpolitischen Projekten; viele Einzelprojekte werden helfen, möglichst vielen jungen Menschen einen Berufseinstieg zu ermöglichen.

Ich wünsche mir in der Wirtschafts- und **Arbeitsmarktpolitik** eine noch stärkere Zusammenarbeit

(Dr. Johann Wadephul)

mit **Dänemark**. Wir haben in der Grenzregion Möglichkeiten, die bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Dänisch lernen muss in Schleswig-Holstein in Mode kommen. Ich freue mich, dass Minister Döring mit seinem kürzlichen Besuch in Dänemark einen klaren Akzent gesetzt hat. Er hat die Unterstützung meiner Fraktion, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das **Zukunftsprogramm ländlicher Raum** stützt den Strukturwandel. Mit annähernd 460 Millionen € ist dies die zweitstärkste Säule unseres Zukunftsprogramms. Schleswig-Holstein ist durch seine ländliche Struktur über Jahrhunderte maßgeblich geprägt. Schutz der Natur, Schutz vor Naturgewalten, die wir gerade in diesem Winter besonders stark erleben, und die Ausrichtung einer modernen und wettbewerbsfähigen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind die Schlüsselbegriffe für die Zukunft unseres ländlichen Raumes. Der Ministerpräsident hat die Sturmfluten zu Recht erwähnt und wir sind dankbar für die Verstärkung der Mittel dort.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] und Detlef Buder [SPD])

Doch unsere Deiche sind nicht mehr nur durch Sturmfluten, sondern aufgrund des Klimawandels möglicherweise bald auch durch Hochwasser gefährdet. Hier warten ganz neue Herausforderungen auf das Küstenland Schleswig-Holstein, denen wir uns stellen müssen. Ich bin froh, dass mit dem Zukunftsprogramm hierzu ein Anfang gemacht wird. Denn der **Klimawandel** wird gerade für Schleswig-Holstein eine besondere Herausforderung sein. Hier stehen wir vor nicht unerheblichen Aufgaben und Gefahren.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Die letzte Säule des **Zukunftsprogramms** ist die **Fischerei**. Der Herr Ministerpräsident hat auf die gezielten Maßnahmen hingewiesen, die beständig schrumpfende Fischereiflotte im internationalen Wettbewerb zu erhalten. In der Tat ist es nicht nur so, dass man sich Schleswig-Holstein ohne Kutter nicht vorstellen kann, sondern wer über die Sicherung der Welternährung nachdenkt, weiß, dass diese Aufgabe ohne eine maßvolle Fischereipolitik, die natürlich den Artenreichtum in unseren Meeren beachtet, nicht zu erfüllen ist. Deshalb mag dieser Aspekt der Fischereipolitik für unser Land vielleicht auch ein Motto für die Zukunft werden. Ich finde, was für die Bayern Laptop und Lederhose ist, das sollte für uns in Zukunft Fisch und Chips sein. Wir brauchen die Verknüpfung von Moderne und

Tradition in unserem Land und deswegen auch eine deutliche Unterstützung in diesem Bereich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Insgesamt gesehen, trotz der Skepsis und einer gewissen Rückgewandtheit der Rede des Herrn Oppositionsführers: Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein bringt unser Heimatland in den nächsten Jahren wirtschaftlich und technologisch große Schritte voran. Es eröffnet zahlreiche neue Entwicklungschancen und -potenziale. Wir rufen die Menschen in unserem Land auf, sich an diesem Prozess mit Ideen und Tatkraft zu beteiligen. So werden wir insgesamt noch erfolgreicher. Lassen Sie uns die Kräfte weiter entfesseln, die in unserem Land ruhen! Die Landesregierung hat auf diesem Weg die ausdrückliche Unterstützung der CDU-Fraktion.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Johann Wadephul und erteile für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** ist gut für die Zukunft im eigenen Land.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist unser „ziel“, das stimmt!)

Das hieß früher „ziel“, diesmal ist es ein anderer Name, aber die Zielsetzung bleibt gleich. Wir wollen das Land voranbringen, insofern sind wir mit dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir begrüßen sehr, dass für den Planungszeitraum 2007 bis 2013 1,4 Milliarden € in einem Programm zur Verfügung stehen. Wenn es uns damit gelingt, Investitionen von mehr als 3 Milliarden € auszulösen, sind wir einen entscheidenden Schritt vorangekommen.

Die **Arbeitsmarktpolitik** wird auch in den nächsten Jahren - Kollege Wadephul wies schon darauf hin - ein wichtiger Bestandteil unserer Politik in Schleswig-Holstein sein. Richtig ist: Die Arbeitslosigkeit ist im vergangenen Jahr erheblich zurückgegangen, auch dank der Vorgängerregierung, die hierzu ihren Beitrag geleistet hat. Denn in der Wirtschaft wird auch sehr viel mit Psychologie gearbeitet.

(Lothar Hay)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Trend wird sich 2007 fortsetzen. Richtig ist auch: Das ist nicht genug. Wir werden morgen hier im Plenarsaal über Langzeitarbeitslosigkeit sprechen. Die Bewältigung dieser Herausforderung wird für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Schleswig-Holsteins eine zentrale Rolle einnehmen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Arbeitslosigkeit ist ein dramatisches soziales Problem, sowohl für die direkt Betroffenen als auch für den Sozialstaat und für den sozialen Frieden. Eine sich verfestigende soziale Teilung, bei der ein erheblicher Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dauerhaft von Teilhabe an Arbeit ausgeschlossen ist, birgt Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und für die sozialen Sicherungssysteme. Das ist der Grund dafür, dass wir uns viel intensiver mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit auseinandersetzen und auch neue Wege gehen müssen, um dieses Problem langsam zurückzudrängen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Arbeitslosigkeit macht krank - psychisch wie physisch - und Arbeitslosigkeit macht arm, nicht nur während der Arbeitslosigkeit selbst, sondern auch im Alter, wenn die erworbenen Ansprüche an die Rentenversicherung nicht ausreichen. Nicht nur die Arbeitslosen sind arm, sondern auch der Staat, denn Arbeitslosigkeit ist sehr teuer und die Kosten trägt die gesamte Gesellschaft.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch - aber nicht nur - bestimmt von der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Und die sieht, wie Ministerpräsident Carstensen dargestellt hat, gut aus. Sie entwickelt sich ebenso wie die deutsche und die gesamte europäische Wirtschaft positiv.

Die Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon im Frühjahr 2000 hat das Ziel formuliert, der Gemeinschaftspolitik neue Dynamik zu verleihen und die **Europäische Union** zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt auszubauen, die sogenannte **Lissabon-Strategie**. Dabei wurde dem Bürokratieabbau eine zentrale Rolle zuerkannt. Bürokratieabbau ist wichtig, ohne Zweifel, er soll, das darf dabei nicht in Vergessenheit geraten, den Menschen dienen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Das bedeutet, dass wir weiterhin Regulationsmechanismen brauchen, die sich an unseren gesellschaftspolitischen Zielen orientieren, nicht nur am Interesse der Wirtschaft.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Denn das wirtschaftliche Interesse ist nicht automatisch eines, das allen Menschen dient.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz steigender Gewinne in einigen Branchen werden dort noch Arbeitsplätze abgebaut. Wir können das jeden Tag in den Zeitungen lesen. Trotz starker Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und der Ausweitung des Niedriglohnbereichs werden immer noch Produktionsstandorte ins Ausland verlagert. Ein Beispiel: Das verarbeitende Gewerbe, das mit 6 % einen im Bundesvergleich hohen Umsatzzuwachs hatte, baute ebenfalls im Bundesvergleich mit -2,2 % die meisten Stellen ab. Hier müssen wir die Diskussion darüber führen, dass dies nicht die richtige Wirtschaftspolitik ist und eine falsche Entscheidung von Unternehmen, ob sie nun Siemens, BenQ oder wie andere bedeutende deutsche Unternehmen heißen. Sie haben auch eine Verpflichtung, in Deutschland nach wie vor in **Arbeitsplätze** zu investieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein unterscheidet sich von der in anderen westdeutschen Ländern: Öffentliche und private Dienstleistungen sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind stärker vertreten, während Unternehmensdienstleistungen und das produzierende Gewerbe eine geringere Rolle einnehmen. In Schleswig-Holsteins Wirtschaft überwiegen weiterhin die kleinen und mittleren Betriebe. Von den 72.500 Betrieben in Schleswig-Holstein haben lediglich 328 über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sind gerade einmal 0,5 % der schleswig-holsteinischen Betriebe. Das macht uns auch etwas weniger krisenanfällig, da unsere Struktur eine etwas andere ist.

Der Weg, den wir in Schleswig-Holstein mit dem Zukunftsprogramm gehen wollen, ist richtig. Wir stärken die wirtschaftlichen Schwerpunkte, die wir haben. Unsere Kompetenzfelder sind die Life Sciences, die maritime Wirtschaft, der Energiesektor, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mikro- und Nanotechnologie, Tourismus, Ernährung, Chemie und Mineralölverarbeitung sowie Luftfahrt - und Verkehrstechnik. Das sind die Clusterbereiche, die Bernd Rohwer in der vergangenen

(Lothar Hay)

Legislaturperiode immer wieder für die Weiterentwicklung des Landes positiv hervorgehoben hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ zeigt, dass wir auch bundesweit sehr gut aufgestellt sind. Allein die **maritime Wirtschaft** umfasst 1.400 Unternehmen mit 45.000 Beschäftigten. Das ist ein Kompetenz- und Zukunftsfeld, das wir in den nächsten Jahren weiter intensiv ausbauen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Hierzu werden wir im Landtag sicherlich noch das eine oder andere zu sagen haben.

In diesen Zusammenhang - der Kollege Wadephul hat es angesprochen - gehört auch der Ausbau der beiden bedeutendsten **Ostseehäfen** in Schleswig-Holstein, in Kiel und Lübeck. Ich glaube, dass man - was Kiel betrifft - auch darüber nachdenken müsste, dass hier eine Privatisierung geplant ist. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD - Rolf Fischer [SPD]:
Sehr richtig!)

Wir stehen in einer Konkurrenzsituation auch zu Rostock. Wenn ich sehe, was in Rostock mithilfe des Landes Mecklenburg-Vorpommern, aber auch mithilfe der Bundesregierung gemacht wird, dann müssen wir auch in diesem Punkt in Berlin tätig werden und darauf hinweisen: Es gibt nicht nur einen deutschen Ostseehafen, sondern es gibt zumindest zwei weitere, die bedeutender sind als Rostock.

(Beifall bei der SPD)

Der **Tourismus** prägt im Sommer weite Teile Schleswig-Holsteins. Dennoch ist es zurzeit so, dass andere Urlaubsgebiete noch vor uns liegen. Das neue Tourismuskonzept setzt auf landesweit abgestimmtes Handeln. Es konzentriert sich besonders auf Familien und auf ältere Menschen und es wird zusätzlich gezielt Angebote im hochwertigen Sektor schaffen. Die brauchen wir auch, weil wir auch die Urlauber, die mehr Geld haben, nach Schleswig-Holstein holen wollen. Wir haben bereits 2006 dafür die Weichen gestellt und verstärkt investiert. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, uns mit einem zielgruppenspezifischen, attraktiven Angebot stärker zu profilieren.

Außer Meer und Wellness hat Schleswig-Holstein schöne Städte zu bieten. Dabei denke ich natürlich von Flensburg bis Lübeck gerade an Städte an der Ostseeküste, will aber auch Friedrichstadt und Heiligenhafen nicht verschweigen. Eigentlich könnte man alle Städte Schleswig-Holsteins nennen.

(Zuruf von der SPD: Husum!)

- Husum natürlich.

Der **Städtetourismus** muss allerdings noch stärker verankert werden. Das betrifft sowohl das Freizeitangebot als auch den Kongresstourismus. Wir können mit unserer attraktiven Lage und mit den vorhandenen Kapazitäten hier weitere Ressourcen erschließen. Dies hat der Kollege Neugebauer in der Vergangenheit schon mehrfach in Haushaltsreden gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns stärker auf eine sektorübergreifende Förderung konzentrieren. In der nun begonnenen **EU-Förderperiode** sind die Regional- und die Arbeitsmarktförderung bei gleichzeitiger Eigenständigkeit der Programmteile zum Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein zusammengeführt worden. Schleswig-Holstein erhält unter dem Strich mehr Geld als in der vergangenen Förderperiode aus den Fördertöpfen. Ich darf daran erinnern, dass wir vor noch gar nicht allzu langer Zeit hier im Landtag immer wieder die Sorge diskutiert haben, dass wir erheblich weniger bekommen würden. An dieser Stelle einen Dank an diejenigen, die in Brüssel verhandelt und zu einem solch guten Ergebnis für Schleswig-Holstein beigetragen haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich freue mich, dass es nach schwierigen Verhandlungen im letzten Jahr gelungen ist, die europäischen Mittel der neuen ELER-Verordnung zusammen mit den Bundes- und Landesmitteln für die neue sechsjährige Förderperiode ab diesem Jahr auf einem hohen Niveau zu halten. Für uns heißt Förderung des ländlichen Raumes nicht nur Förderung der Landwirtschaft. Wir sehen es etwas anders. Es geht darum, die Infrastruktur im ländlichen Raum zu fördern und zu stärken und die Entwicklung in den unterschiedlichen ländlichen Räumen voranzubringen. Das gilt für Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Verwaltungsreform bis hin zur Schule. Um die Ausrichtung dieser Förderung werden wir uns gern weiter aktiv einbringen und, wenn notwendig, auch mit unserem Koalitionspartner streiten, weil es hier um die Förderung des ländlichen Raumes insgesamt geht, damit hier Chancen für die Menschen geschaffen werden, die dort wohnen. Das bezieht die Landwirtschaft mit ein.

(Beifall bei der SPD)

Einen bereichsübergreifenden Ansatz beim **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein**, der von zentraler Bedeutung ist, habe ich gerade genannt. Wir haben aber wenig davon, wenn das Wachstum

(Lothar Hay)

der **Wirtschaft** ohne Beschäftigungswachstum erfolgt, und wir haben noch weniger davon, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen auf Kosten einer Belastung und einer Zerstörung der **Umwelt** geht. Deshalb setzen wir auf einen Ansatz, der unsere gesellschaftlichen Ziele insgesamt und nachhaltig berücksichtigt.

Der Ministerpräsident hat vorhin, was die Erschließung von Gewerbegebieten betrifft, darauf hingewiesen, dass wir uns vor allen Dingen um die Konversionsflächen bemühen müssen, und in diesem Zusammenhang ausdrücklich Eggebek genannt. Nun mag man mir nachsehen, dass dies ein Wahlkreis ist, den ich genauso wie Frau Spoorendonk und Frau Vizepräsidentin Tengler selbst vertrete. Was dort zurzeit abläuft, wenn es darum geht, diese Flächen zu erschließen, ist für mich ein Beispiel für eine nicht lobenswerte Bürokratie. Deshalb müssen wir noch einmal auf Bundesebene deutlich machen: Wir haben ein Interesse daran, dass diese Flächen möglichst schnell in Zusammenarbeit mit den örtlichen Planungsbehörden einer wirtschaftlichen Nutzung geführt werden, damit dort zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Aber ich bin guter Hoffnung, da der oberste Dienstherr der BImA, der Bundesfinanzminister Steinbrück, zumindest Eggebek aus seiner Tätigkeit als Landeswirtschaftsminister kennen müsste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam ist es der Koalition wichtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Dies gehört aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD-Fraktion zu einem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus gehört die intensive Weiterentwicklung der Gleichstellung zu unseren gesamtgesellschaftlichen Zielen. Frauen und Männer sollen gleichermaßen am Fortschritt teilhaben. Das liegt auch im Interesse der Wirtschaft. Betriebe können es sich zukünftig nicht mehr leisten, nicht nur wegen des demografischen Wandels, auf die Hälfte des möglichen Fachkräftepotenzials zu verzichten. Die Maßnahmen zur **Vereinbarung** von **Familie** und **Beruf**, die Männer und Frauen gleichermaßen betreffen, sind gut und richtig. Die Gesellschaft investiert in die Ausbildung von Frauen ebenso viele Ressourcen wie in die von Männern. Von den enormen Kompetenzen, die hieraus erwachsen, sollten Betriebe, Bildungsstätten, Forschungseinrichtungen und öffentliche Verwaltungen profitieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Damit bin ich bei dem Thema des Ausbaus von bedarfsgerechter qualifizierter Kinderbetreuung und der Verbesserung von Ganztagsangeboten in Schulen, die gerade dann wichtig sind, wenn wir mehr qualifizierte Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein in die Betriebe bringen wollen.

Die staatliche **Wirtschaftsförderung** basiert auf einer Potenzialanalyse. Sie zielt darauf ab, Innovation zu stärken, die bestehenden Einrichtungen zu koordinieren, Wissenschaft und Wirtschaft stärker zu verzahnen und Schleswig-Holstein national wie international besser aufzustellen. Aber dies darf nicht nur für die Wirtschaft gelten, es muss auch auf alle anderen Politikbereiche angewandt werden. Für die SPD-Landtagsfraktion ist, wenn es um das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein geht, dieses Thema untrennbar mit dem Thema **Bildung** verbunden. Wir haben gestern mit dem novellierten Schulgesetz eine wichtige Entscheidung getroffen. Bei der Bildung geht die Koalition mit den Ganztagsangeboten, mit den Gemeinschaftsschulen, mit den Regionalschulen einen richtigen und zukunftsweisenden Weg. Die Unterstützung individueller Stärken ist ebenso wichtig wie gezielte Förderung dort, wo Nachholbedarf ist. Bislang schöpfen wir die Begabungsreserven nicht aus, weil eine strikte Aufteilung nach nur vier Grundschuljahren dazu geführt hat, dass die soziale Herkunft, nicht aber die Begabung entscheidend für den zukünftigen Bildungsweg und damit für die künftigen sozialen und beruflichen Chancen eines Kindes ist. Das können wir uns nicht länger leisten. Hier verschenken wir Potenzial, das wir für die Weiterentwicklung und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Das Gleiche, was ich gerade eben bei der Weiterentwicklung des allgemein bildenden Schulwesens sagte, gilt für die Weiterentwicklung von Berufsschulen zu Regionalen Berufsbildungszentren. Sie werden in noch höherem Maße in der Lage sein, mit der Wirtschaft vor Ort konstruktiv zusammenzuarbeiten, und das nicht nur während der Zeit der dualen Ausbildung, sondern im gesamten Prozess lebenslangen Lernens. Die Fähigkeit, sich ständig neuen Anforderungen zu stellen, sie zu bewältigen, wird für die Zukunft unseres Landes entscheidend sein. Der betrieblichen und der außerbetrieblichen Weiterbildung kommt dabei eine Schlüsselfunktion für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu. Des-

(Lothar Hay)

halb müssen wir auch in diesem Bereich mehr tun als bisher.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Angesichts grüner Berghänge auch im Winter, auch wenn sie inzwischen zumindest im südlichen Teil des Landes und etwas weiter im Süden von Schnee überzuckert worden sind, ist der **Klimawandel** ein Thema in den Medien. Meine Sorge ist aber, dass dieses Thema wie so viele Themen, die die Medien in den letzten Jahren aufgegriffen haben, sehr schnell wieder hinten herunterfallen wird und nur für kurze Zeit ein Highlight bleibt. Die bedrohlichen Szenarien des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern haben die Wahrnehmung für die heraufziehende Klimaveränderung auch bei den Menschen geschärft, die dieses Thema bisher erfolgreich verdrängt haben. Warten, bis andere ihr Verhalten ändern, ist falsch. Deshalb müssen wir, die wir als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zwischen den Meeren leben, mehr als bisher und mehr als andere tun. Wir brauchen nicht erst Sturmfluten, um dies zu begreifen. Wir müssen nicht erst den „Schwarm“ lesen, um die Bedrohung der weltweiten Fischerei durch Überfischung zu begreifen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mensch, hast du den gelesen?)

In diesem Zusammenhang kommt gerade dem Thema **Küstenschutz** beim Anstieg des Meeresspiegels eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wissen, dass es nicht damit getan ist, die Deiche zu erhöhen. Wir müssen uns in allernächster Zukunft mit einem Programm beschäftigen, das das Land an der Nordseeküste und an der Ostseeküste in den Flussniederungen hochflutensicher macht. Das wird sicherlich ein Milliardenprogramm werden. Das gilt aber auch für Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Insofern ist auch der Bund gefordert, dies als nationale Aufgabe zu begreifen. Wir sollten uns hier gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Schwerpunkt, den der Ministerpräsident genannt hat, ist die Förderung der Fischerei. Ich halte das für richtig, weil wir ein Land sind, das nicht nur eine Tradition hat, sondern weil das mit uns verknüpft ist. Deshalb müssen wir auch ein Interesse daran haben, dass es in Nord- und Ostsee nicht so weitergeht, dass unsere Fischereiflotte an vielen Tagen des Jahres im Hafen liegen muss, weil die Fangquoten durch eine falsche **Fischereipolitik**,

die in erster Linie von Brüssel zu verantworten ist, so gering sind.

Nun könnte man denken, dass die **Aquakultur** einen Ausweg schafft. Sie ist der richtige Ansatz. Aber wir sollten bei der Förderung von Aquakultur aufpassen, dass wir auch ökologische Erfordernisse beachten. Es bringt uns nichts, in Aquakulturen Fisch zu produzieren, der aufgrund der räumlichen Enge und falsch verstandener Produktionsweise eine hohe Belastung mitbringt. Wir wollen Fisch aus Aquakultur, der ein hochwertiges Lebensmittel darstellt. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Die Ansätze gilt es in Schleswig-Holstein zu fördern.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was auch entscheidend zur Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen kann - das hat der Kollege Baasch für den Lübecker Raum erkannt, weil dort auch einige ländliche Strukturen vorhanden sind -, ist die Produktion von **Biomasse**. Wer wie der Kollege Wadephul und wie ich auf der Grünen Woche war, hat gesehen, welchen Raum Biomasse dort inzwischen einnimmt. Das ist ein Potenzial, das wir in Schleswig-Holstein noch viel stärker ausnutzen müssen. Das macht uns von Erdgaslieferungen aus dem Osten unabhängig, wir schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und sichern die Landwirtschaft in ihrer Produktionsweise. Das ist der richtige Weg, den wir in Schleswig-Holstein noch stärker einschlagen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe vorhin von der Nachhaltigkeit unserer Politik gesprochen. Dazu gehört natürlich auch die **Finanzpolitik**, mit der wir uns ganz intensiv im Dezember beschäftigt haben. Eine Fortsetzung des zügigen Schuldenabbaus ist der richtige Weg, damit wir künftig noch besser in der Lage sind, dort zu fördern, wo es notwendig ist, zum Beispiel im gesamten Bildungsbereich und bei anderen Schwerpunkten. Eine Abkehr von diesem Weg wäre vollkommen falsch, sie würde uns über kurz oder lang die gleichen Probleme bescheren, wie wir sie heute haben.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Die Zukunft Schleswig-Holsteins muss von integrierten Politikprozessen und Nachhaltigkeit geprägt sein. Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktprogramme, Bildung und Umweltpolitik werden noch stärker ineinandergreifen. Ein Nebeneinander kann den Herausforderungen von Globalisierung, demografischem Wandel, technischer Entwicklung und gesellschaftlichem Wachstum nicht gerecht werden.

(Lothar Hay)

Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein wird uns in den nächsten Jahren ein gutes Stück voranbringen. Dies ist allerdings kein Grund, um sich zurückzulehnen. Es gibt nicht nur die ewig Gestrigen, es gibt auch die ewig Morgigen, hat der Schriftsteller Erich Kästner einmal gesagt. Dies ist besonders nach positiven Steuerschätzungen nicht ungefährlich.

Also starten wir mit einem guten Zukunftsprogramm in der Gegenwart und arbeiten gemeinsam an der positiven Entwicklung für Schleswig-Holstein, um erfolgreich in der Zukunft anzukommen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Lothar Hay. - Auf der Tribüne begrüße ich Auszubildende an der Polizeischule Eutin. - Herzlich willkommen im Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gestaunt, als ich gehört habe, was in dem Zukunftsprogramm alles drinstecken soll und wie viel zusätzliche Gelder es geben soll. Irgendjemand hat es der Presse gesteckt: Die schleswig-holsteinische Landeszeitung titelt „Milliarden-Spritze für den Norden“, mit dem Hinweis auf 1,4 Milliarden € wird der Eindruck erweckt, es komme zusätzliches Geld nach Schleswig-Holstein. Tatsache ist, dass es in den kommenden sieben Jahren genauso viel sein wird, wie es in den vergangenen sieben Jahren war, wenn man die Inflationsrate berücksichtigt. Das ist identisch. Es waren 1,3 Milliarden €, jetzt sind es 1,4 Milliarden €.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Investitionsquote, die dieses Land hat, ändert dieses Programm überhaupt nichts; das alles steht in den Haushalten und in der mittelfristigen Finanzplanung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist überhaupt nichts neu, wenn man die Quantität dieses Programms ansieht.

Es ist schon erstaunlich, dass der Landtag heute über eine Regierungserklärung diskutieren soll, die heute Morgen bereits in der Zeitung stand. Es ist also gestern alles schon verkündet beziehungsweise der Presse gesteckt worden. Ich empfinde das, was hier stattfindet, als Veräppelung des Parlaments. Das muss ich einmal deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde trotzdem, dass es sich lohnt, darüber zu reden.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Das ist in Ordnung!)

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass in der Zeitung zu lesen ist, dass in Büsum eine Einrichtung für maritime Aquakultur geplant ist. Das klingt, als fördere die Landesregierung jetzt eine neue Einrichtung. Tatsache ist, dass ich diese Einrichtung schon vor zwei Jahren besucht habe. Erstaunlich! Wir lernen immer dazu.

(Zurufe - Heiterkeit)

Kommen wir zu dem Zukunftsprogramm! Der erste Teil ist das **Zukunftsprogramm ländliche Räume**. Dieses Programm ist durch große Veränderungen in der EU-Agrar- und Umweltpolitik geprägt. In der Tat gibt es nicht mehr Geld, sondern weniger Geld, aber es gibt neue Förderrichtungen. Entscheidend ist, dass die Landwirtschaft ab 2013 die jetzigen vielen einzelnen Förderungen nicht mehr bekommt. Stattdessen wird es dann eine einheitliche Flächenprämie geben. Der Bauernverband findet das schlecht, wir finden das gut.

(Claus Ehlers [CDU]: Nein! Das ist in Ordnung!)

Die kommenden sieben Jahre sind ein Übergangszeitraum und es wäre sinnvoll, wenn die Landesregierung die sieben Jahre nutzte, sich auf die neue Situation einzustellen. Leider tut die Landesregierung nichts dergleichen, sondern hält an den alten Förderbedingungen fest, sodass 2013 das böse Erwachen kommt. Das finden wir ausgesprochen dumm und schlagen Ihnen vor, dass Sie das ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite große Änderung betrifft die **Naturschutzpolitik**. In den nächsten sieben Jahren müssen die Natura-2000-Gebiete, die ausgewiesen worden sind, mit entsprechenden Maßnahmen ausgefüllt werden. Hinzu kommt die Wasserrahmenrichtlinie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

(Karl-Martin Hentschel)

Um das Artensterben zu stoppen, sollen die Fließgewässer und Seen in Schleswig-Holstein weitgehend wieder in einen natürlichen Zustand versetzt werden. Das ist ein Riesenprogramm, das viel Geld erfordert. Nun könnte man es so gestalten, dass man integrierte Agrar- und Umweltprogramme auflegt, also praktisch den Bauern Geld gibt, um damit gleichzeitig den Umweltschutz zu fördern und die Programme umzusetzen. Das ist auch die Idee, die hinter den neuen EU-Programmen steht. Leider macht die Landesregierung nichts dergleichen. Sie setzt stattdessen das fort, was früher gemacht worden ist - was jetzt aber anders möglich wäre -: Sie subventioniert die Bauern. Die Bedingungen an Umwelt- und Tierschutzkriterien sind abgeschafft worden und parallel fördert man die Umwelt. Das ist nicht schlau, das ist dumm, weil man damit mehr Geld mit weniger Wirkung ausgibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zum **Zukunftsprogramm Fischerei**. An diesem Zukunftsprogramm hat mich positiv überrascht, dass die Aquakulturförderung fortgesetzt wird. Das ist richtig, denn wir werden in den nächsten Jahrzehnten dazu kommen, dass wir - ähnlich wie wir Fleisch nicht mehr jagen, sondern in Tierzucht produzieren - auch keinen Fischfang mehr betreiben werden, sondern die Fische überwiegend in **Aquakultur** produzieren. So wird es sein. Heute stammt schon die Hälfte aller Meerereszeugnisse aus Aquakulturen.

Worauf es ankommt, ist, dass wir unser Potenzial nutzen und - darauf hat Lothar Hay hingewiesen - dass das ökologisch geschieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso, wie wir bei der Tierzucht Skandale hatten, weil wir erst lernen mussten, wie man ökologisch und tiergerecht Tierzucht betreibt und vermeidet, dass unser Fleisch mit Medikamenten und Chemikalien hinterher vergiftet ist,

(Claus Ehlers [CDU]: Eben haben Sie sich noch für Massentierhaltung ausgesprochen!)

müssen wir das auch bei der Aquakultur lernen und darauf achten, dass wir ökologisch vernünftige Produktionsbedingungen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Programm für den Fischfang beurteile ich allerdings nicht so positiv. Mittlerweile haben wir nur noch ein Zehntel der Dorschfänge wie vor 30 Jahren, weil die Nordsee praktisch leer gefischt ist. Die EU hat wieder einmal Quoten angesetzt, die so hoch sind, dass sie gar nicht gefangen werden kön-

nen. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unsinnig, dass Sie jetzt ein Programm auflegen, um eine neue Fischfangflotte zu produzieren. Was soll das Ganze? Wenn Sie so weitermachen, können Sie das Zukunftsprogramm Fischerei gleich in der Nordsee versenken, Herr Ministerpräsident. Das ist kein Zukunftsprogramm Fischerei, das ist ein Programm zur Abwicklung der Fischerei.

Ich komme zum **Zukunftsprogramm Arbeit**. Zum Zukunftsprogramm Arbeit fällt meine Bewertung durchweg positiv aus. Wo Lob berechtigt ist, sollen Sie Lob auch bekommen. Sonst behaupten Sie noch, die Opposition nörgelt aus Prinzip.

Das Programm wird nach einer völligen Umstellung der Arbeitsmarktpolitik infolge Hartz I bis IV der neuen Situation angepasst und greift jetzt zielgerichtet dort ein, wo es landesspezifische Lücken und insbesondere Handlungsbedarf gibt. Vor allem die Programme ASH J1 bis J7 zur Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche und zur Vorbereitung von Jugendlichen auf die Ausbildung erscheinen uns sinnvoll und zielgerichtet, Herr Minister. Wir begrüßen auch, dass es mit ASH Q1 wieder ein gezieltes Programm zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen gibt. Ich weiß noch, früher hat die Opposition viel dagegen polemisiert. Ich glaube, dass es genau richtig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei anderen neuen Programmen müssen, wie in der Vergangenheit, die Erfahrungen abgewartet werden. Grundsätzlich muss es darum gehen, Hemmnisse beim Einstieg in den Arbeitsmarkt bei klar definierten Zielgruppen zu überwinden und Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Dazu ist, wie in der Vergangenheit, eine laufende Evaluation nötig. Ich denke, das wird regelmäßig Thema in den Ausschüssen sein, und das ist gut so. Danke, Herr Minister. Ich glaube, Sie haben Ihre Arbeit gut gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zum **Zukunftsprogramm Wirtschaft**, das immerhin über die Hälfte des gesamten Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein ausmacht. Die Europäische Union hat völlig neue Wege beschritten, um den in der Vergangenheit immer wieder beklagten Fehleinsatz von Fördermitteln zu vermeiden. Ich bin etwas erstaunt darüber, dass meine Vorredner alle so getan haben, als redeten wir von dem, was wir auch schon in der Vergangenheit gemacht haben, und setzten das fort. Das ist in der Tat nicht der Fall. Die Europäische Union hat die Rahmenbedingungen völlig neu gestaltet. Ich meine, es lohnt sich, sich damit auseinanderzusetzen.

(Karl-Martin Hentschel)

Im Ergebnis umfasst die Programmstrategie, die das Land im November bei der Europäischen Union eingereicht hat - ich habe sie nur nach langen Mühen gefunden, selbst die Staatskanzlei konnte mir nicht sagen, wo sie steht; ich habe mehrfach angerufen -, 200 Seiten. Sie ist im November im Kabinett verabschiedet worden. Begleitet wurde dies von einer sogenannten Ex-Ante-Evaluierung der Firma Rambøll Management, die allein 94 Seiten umfasst. Eine vollständige Würdigung dieses Prozesses ist deshalb in 20 Minuten nicht möglich.

Ich möchte aber auf einige zentrale Aspekte der **Regionalförderung** eingehen. Zurzeit wird die neue Strategie der Regionalförderung europaweit in vielen Foren, Symposien und so weiter diskutiert. In Hamburg ist das auch gerade aktuell. Ich meine, es lohnt sich, sich damit auseinanderzusetzen.

Grundlage dieser Diskurse ist die Neue Wachstumstheorie, deren bekanntester Theoretiker Professor Richard Florida von der Carnegie Mellon University in Pittsburgh ist. Für Richard Florida liegt das Geheimrezept des regionalen Wachstums nicht in niedrigen Steuersätzen, nicht in geringen Lohnnebenkosten, nicht in billigen Gewerbegebieten, sondern es liegt in einem Dreiklang, nämlich Technologie, Talent und Toleranz. Technologie steht für gute Universitäten und Forschungsinstitute, Talent steht für einen hohen Bildungsstand und Toleranz steht für ein liberales gesellschaftliches Klima und eine mutige Einwanderungspolitik.

Diese Faktoren sind deshalb entscheidend, weil sie dafür sorgen, dass kreative junge Leute, die für die Gründung von Unternehmen und für Standortentscheidungen von Zukunftsbranchen entscheidend sind, angelockt werden. Übrigens wurde festgestellt, dass mehr als 80 % aller neuen Arbeitsplätze nicht von großen Konzernen geschaffen werden, sondern von kleinen aufstrebenden Firmen. Angelockt werden diese kreativen Leute von der Offenheit von Regionen gegenüber unkonventionellen Leuten und Lebensstilen, von einer lebendigen Musik- und Kunstszene, von Einrichtungen für Freizeitsport und Trendsportarten und einem attraktiven Umland mit viel Kultur und Erholungswert.

Die Rolle dieser Faktoren wurde von Florida und anderen Wissenschaftlern in Vergleichsstudien über Hunderte von Regionen in Nordamerika und Europa nachgewiesen. Der Ökonom David Birch vom MIT sagt dazu: „Zugang zu talentierten und kreativen Leuten ist für das moderne Unternehmen das, was der Zugang zu Kohle und Eisen einst für die Stahlindustrie war. Er entscheidet, wo Firmen sich ansiedeln wollen und wachsen, und er ändert die Methoden, mit denen Städte konkurrieren.“

Carley Fiorina, Vorstandsvorsitzende des Computer-Konzerns Hewlett-Packard, drückte das in einem Gespräch mit dem Gouverneur so aus. Das ist, glaube ich, etwas, Herr Ministerpräsident, was für Sie ganz interessant ist. Carley Fiorina sagte: „Behalten Sie Ihre Steueranreize und Ihre Autobahnen. Wir werden dahin gehen, wo wir hochgradig ausgebildete Mitarbeiter finden.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Überlegungen haben erhebliche Auswirkungen für das Zukunftsprogramm und haben auch die neue **Förderpolitik der Europäischen Union** inspiriert. Nicht mehr die Förderung von harter Infrastruktur steht im Zentrum, wie das immer wieder gefordert wird, sondern es geht um die weichen Faktoren wie Bildung, Kultur, Wissenschaftstransfer und Innovationen. Alle diese Faktoren sind neu in das Programm aufgenommen worden.

Man kann es auch so pointiert ausdrücken wie Richard Florida, als er seinem Stadtrat in seiner Heimatstadt Pittsburgh Folgendes sagte: „Sie können noch so viel Geld in Universitäten, Autobahnen und Opernhäuser stecken. Das wird Ihnen alles nichts nützen, wenn Ihre besten jungen Absolventen nach Seattle abhauen, weil dort die Szene tobt.“

Schaut man sich nun daraufhin die Analysen der Stärken und Schwächen der Ex-Ante-Evaluierung des neuen Zukunftsprogramms Wirtschaft in Schleswig-Holstein an, dann entdeckt man eine Reihe von interessanten Punkten, die ich Ihnen nicht vorenthalten will.

Unter „Schwächen und Risiken in Schleswig-Holstein“ findet man: Der Anteil der Hochqualifizierten und das Bildungsniveau an Schulabschlüssen liegen in Schleswig-Holstein immer noch unter dem Bundesdurchschnitt. Frauen sind bei Vollzeitbeschäftigung und Selbstständigkeit unterrepräsentiert. Wir haben eine schlechte Anbindung an den Personenfernverkehr, insbesondere bei ICEs. Für den Trend zu Kurz- und Städtereisen mit deutlichem Kulturbezug fehlen noch geeignete Angebotsstrukturen. Wir haben eine zu starke Abhängigkeit der Stromversorgung von der Kernenergie. Das steht in dem Programm der Landesregierung; das nur als Anmerkung für die Union, die das ja häufig nicht zur Kenntnis nehmen will. Das Risiko von touristischer Übernutzung und Zersiedelung der Landschaft in besonders touristisch geprägten Regionen.

Unter „Stärken und Chancen“ findet man in diesem Papier: Das Land profitiert von der Dynamik und der hochwertigen Infrastruktur der Metropolregion

(Karl-Martin Hentschel)

Hamburg und ist selbst Teil der Metropolregion. Überdurchschnittlich hoher Anteil von Schutzgebietsflächen an der Landesfläche, vor allem im maritimen Bereich. Hört, hört; der überproportional hohe Anteil von Schutzgebietsflächen wird als Wachstumschance benannt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Etwas für Anke: Interkulturelle und grenzüberschreitende Kompetenz aufgrund von Minderheiten. Positive Entwicklung als Wissenschafts- und Technologiestandort in den letzten Jahren mit einem Netzwerk an Technologietransferstellen und Existenzgründungseinrichtungen, die in den letzten zehn Jahren geschaffen worden sind. Hoher Anteil der regenerativen Energien und wissenschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen mit umwelt- und energierelevantem Bezug. Und als Letztes: Zum Teil attraktive Stadtkerne und reichhaltiges kulturelles Erbe.

Meine Damen und Herren, natürlich ist das nur ein Ausschnitt der Analyse, die ich vorgelesen habe. Ich habe diesen Ausschnitt gewählt, um Ihnen deutlich zu machen, in welche Richtung wir uns bewegen sollten. Vieles davon kann ich als Vertreter einer Partei, die schon lange die Parole „Gehirn statt Beton“ propagiert, mit Freude unterstreichen.

(Zuruf: Wie heißt das?)

- Gehirn statt Beton, falls es jemand noch einmal hören möchte.

Aber mit einer schönen SWAT-Analyse und einer 190-Seiten-Strategie, die viel Gutes und Schönes enthält, ist es nicht getan, Herr Ministerpräsident. Mir macht das, was hier teilweise von den beiden Rednern der Großen Koalition gesagt worden ist, aber auch das, was Sie gestern in der Zeitung bekannt gegeben und heute gesagt haben, Sorge. Tatsächlich besteht die Gefahr - Herr Kubicki hat darauf hingewiesen -, dass wir das Füllhorn der Direktsubventionen wieder aufmachen. Die schleswig-holsteinische „Landeszeitung“ schreibt in ihrem Kommentar berechtigterweise, die Neigung, sich bei der Übergabe von Förderbescheiden für allerlei Wünschbares, aber Nebensächliches ablichten zu lassen, scheinbar bisher unausrottbar. Beglückungsprogramme für Bürgermeister und Wahlkreisabgeordnete hätten schon zu oft ihr Ziel verfehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kritik an den **Direktsubventionen**, die von Ihnen jetzt wieder „aufgemacht“ worden sind, teile ich. Es gibt einen einzigen Grund, aus dem man Direktsubventionen gewähren darf, nämlich wenn es

um neue Technologien geht und etwas Neues geschaffen wird. Alles andere ist schlicht falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was wir aber brauchen, machen die Diskussionen über die neue Regionalwirtschaftstheorie deutlich. Es reicht nicht aus, etwas Schönes aufs Papier zu schreiben. Vielmehr kommt es darauf an, insgesamt eine Politik zu formulieren und zu tragen, die diese Erkenntnisse im täglichen Handeln ernst nimmt und umsetzt.

Dazu gehört eine **Kulturpolitik**, die nicht nur auf klassische Hochkultur setzt, sondern auch die Soziokulturen, die Jugendkulturen, das Schräge und das Besondere ernst nimmt und die kreative Szene nach Schleswig-Holstein lockt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört eine **Tourismuspolitik**, die auf unser kulturelles Erbe setzt und nicht auf Billig-Events und die die Erhaltung der Natur als Schatz und nicht als einen Eingriff in angestammte Eigentumsrechte begreift.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört eine **Bildungspolitik**, die sich zum Ziel setzt, den Bildungsstand aller Menschen anzuheben.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Das ist etwas, was wir gemeinsam vertreten. - Dazu gehört eine offenerzige **Einwanderungspolitik**, die dazu führt, dass sich kreative Menschen aus aller Welt bei uns wohlfühlen und nicht abgeschreckt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nur die!)

Dazu gehört eine **Wirtschaftspolitik**, die aufhört, von Betonpisten zu träumen, und das Gewinnen von kreativen Leistungsträgern in das Zentrum ihrer Anstrengungen stellt.

Dazu gehört die Besinnung darauf, dass Umwelt- und Energiewirtschaft keine Nischenprojekte sind, sondern Wachstumsbranchen, die zu den Stärken dieses Landes gehören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dazu gehört auch ein Ministerpräsident, der vertrauensvoll und kreativ mit den Hochschulen umgeht. Ich erinnere nur an die gestrige Rede des Rektors der CAU. Herr Austermann, das, was er gesagt hat, hatte nichts mit dem zu tun, was Sie hier im

(Karl-Martin Hentschel)

Parlament vorgetragen haben. Sie haben von einem ausgezeichneten Verhältnis gesprochen.

(Zuruf von Minister Dietrich Austermann)

- Ich weiß, Sie werden jetzt verprügelt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nur mit dem Wattestäbchen!)

Dazu gehört also ein Ministerpräsident, der vertrauensvoll und kreativ mit den Hochschulen umgeht und in die Zukunft blickt und sich nicht ständig nach den 50er-Jahren zurücksehnt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, Herr Ministerpräsident, sind die zentralen Anforderungen an die Landesregierung, damit das Land vorankommt und nicht von dem lebt, was in den vergangenen zehn oder 20 Jahren initiiert wurde.

Nehmen Sie Ihren Parteiliebhaber Töpfer ernst! Dieser sagte nämlich neulich, **Umweltschutz** sei kein Arbeitsplatzkiller, sondern der Arbeitsplatzknüller des 21. Jahrhunderts.

Last but not least - das wollen wir nicht vergessen - brauchen wir eine engagierte **Familien- und Frauenpolitik**, damit nicht die Hälfte unserer geistigen Ressourcen auf dem Weg in die Zukunft ins Abseits gestellt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich enden mit einem Zitat von Dr. Heike Grimm vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen an der Universität in Erfurt. Es stammt aus einem Impulsreferat, das sie vor zwei Jahren auf dem Kongress „fore/sight - Strategien für die Gesellschaft von morgen“ in München gehalten hat. Ich finde, es lohnt sich manchmal auch, ein Impulsreferat zu zitieren, das in München gehalten worden ist.

„Der Hase, von Natur her ein qualifizierter Sprinter, lässt vom Start weg den Igel weit hinter sich; trotzdem ist der Igel schon am Ziel, als der Hase ankommt. Der Igel arbeitet mit einem Trick. Er setzt seine Frau als Doppelgänger ein...“

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Märchen geht anders! - Heiterkeit)

- Sie kennen das Märchen wahrscheinlich nicht. Aber das macht nichts.

„Obwohl im Wettbewerb an sich ohne Chance, verlässt der Igel das Feld als Sieger. Moral: Es kommt nicht darauf an, was man in den Knien, sondern was man auf dem Kasten hat.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit)

- Kommen Sie zur Ruhe, Herr Kubicki! Ich weiß, dass Sie so etwas erheitert. Aber gestatten Sie mir nun meinen Schlusssatz.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist aber typisch Grüne: Kein fairer Wettbewerb, sondern betrügen! - Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Deshalb habe ich es ja nicht selber gesagt, sondern das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse der Universität Erfurt zitiert. Dagegen zu argumentieren, dürfte für Sie problematisch sein.

Ich möchte ergänzen: Wenn Mann und Frau ihre Kräfte bündeln - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rammeln statt gammeln! - Heiterkeit)

- Frau Präsidentin, nun müssen Sie doch einmal zur Glocke greifen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte lassen Sie doch den Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seinen Schlusssatz - mit Ihrer Aufmerksamkeit - formulieren!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Größer könnte sie gar nicht sein!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte zum Schluss sagen: Wenn Mann und Frau ihre Kräfte bündeln, dann kann sogar der langsame schleswig-holsteinische Igel den schnellen Münchner Hasen schlagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel und erteile für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das neue Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein mit seinen vier Säulen ist auch inhaltlich das Nachfolge- und Anschlussprogramm des Landesprogramms ziel, das einst von der rot-grünen

(Lars Harms)

Landesregierung unter Heide Simonis ins Leben gerufen wurde. Durch die Bündelung der EU-Programme EFRE und ESF, gekoppelt mit GA-Mitteln des Bundes und eigenen Landesmitteln, hat Schleswig-Holstein auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 wieder ein vielfältig einsetzbares milliarden-schweres Investitionsprogramm, um die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land voranzubringen. Das begrüßt natürlich auch der SSW.

Wir können uns darüber freuen, dass es uns allen gemeinsam gelungen ist, die europäische Ebene davon zu überzeugen, dass die strukturschwachen Regionen in den alten EU-Ländern trotz der Osterweiterung weiterhin mit Mitteln aus Brüssel gefördert werden sollten. Vor dem Hintergrund, dass viele der neuen EU-Länder weitaus größere soziale und regionale Probleme haben als wir in Schleswig-Holstein, ist die Fortsetzung der **EU-Regional- und -Sozialförderung** auf sehr hohem Niveau kein Selbstgänger gewesen. Die parteiübergreifende Einigkeit und die Unterstützung des Landtages für dieses Ziel haben es ermöglicht, dass die verschiedenen Landesregierungen in den letzten Jahren gemeinsam mit anderen betroffenen Bundesländern erfolgreiche Verhandlungen in Brüssel führen konnten.

Die Neugestaltung der Programme des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds basiert auf der Umsetzung der sogenannten Lissabon-Strategie, die das Ziel hat, dass die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zur wirtschaftlich stärksten Region der Erde werden soll. Deshalb sind die verschiedenen Förderprogramme weitaus stärker als die vorherige **EU-Regionalförderung** auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie auf Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen ausgerichtet. Innerhalb dieser EU-Vorgaben ist es nun die Aufgabe der Landesregierung, die entsprechenden Landesprogramme kreativ und zielgerichtet zu gestalten und umzusetzen.

Dabei hat - ich will das nicht verhehlen - die Neuausrichtung der Regionalförderung mit dem **Zukunftsprogramm Wirtschaft** im letzten Jahr zu einiger Unruhe in den strukturschwachen Regionen, insbesondere im nördlichen Landesteil und an der Westküste, geführt. Denn mit dem neuen Programm wird das Fördergebiet jetzt auf das ganze Land ausgeweitet werden. Im alten Regionalprogramm 2000 war die Förderkulisse noch ausdrücklich auf den nördlichen Landesteil, die Westküste, Ostholstein und einige Teile der kreisfreien Städte konzentriert. Das Motto der Landesregierung laute-

te damals: Was dem Hamburger Rand nützt, ist gut für ganz Schleswig-Holstein.

Dieses Motto überzeugte uns im Norden des Landes nicht. Der SSW registriert aber mit Genugtuung, dass der Wirtschaftsminister jetzt im Zukunftsprogramm Wirtschaft ausdrücklich mit einer Doppelstrategie arbeiten will. So sollen zwar die innovativen Projekte im Sinne der Lissabon-Strategie im gesamten Land am jeweils dafür am besten geeigneten Standort gefördert werden, aber gleichzeitig hält die Landesregierung daran fest, dass die Wirtschaftsförderung auch für die strukturschwächeren Regionen fortgeführt wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat damit die Kritik, die nicht nur vom SSW, sondern auch von der IHK Flensburg geäußert wurde, ernst genommen und das Förderprogramm daran ausgerichtet. Das begrüßen wir als SSW ausdrücklich.

(Beifall beim SSW)

Diese Doppelstrategie wird dadurch erleichtert, dass das Volumen des **Zukunftsprogramms Wirtschaft** mit seinen insgesamt 720 Millionen € im Förderzeitraum über 100 Millionen € mehr Fördermittel beinhaltet als noch das alte Programm. Insgesamt rechnet die Landesregierung mit einem **Gesamtinvestitionsvolumen** von 2 Milliarden €, das allein von diesem Teilprogramm ausgelöst werden kann. Diese Investitionen müssen dazu genutzt werden Schleswig-Holstein am Ende der Förderperiode für den verstärkten internationalen Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung fit gemacht zu haben.

Damit diese Investitionen sinnvoll in Unternehmen und neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein investiert werden können, ist es aus Sicht des SSW entscheidend, dass die Landesregierung die gute Arbeit der Vorgängerregierung in der Wirtschaftspolitik weiterführt. Der damalige Wirtschaftsminister Rohwer hatte mit seiner Clusterstrategie eine zukunftsweisende Perspektive für alle Regionen Schleswig-Holsteins erarbeitet. Es geht jetzt darum, dass die Landesregierung diese **Clusterstrategie** an die neuen Anforderungen der EU anpasst und konsequent vor Ort umsetzt.

Für den **nördlichen Landesteil** und die **Westküste** heißt dies zum Beispiel, dass das Cluster **Windenergie** an der Westküste mit dem Fachhochschulstandort Flensburg weiterhin gezielt gefördert wird. Hier hätte man aber auch schon in der Vergangenheit - Stichwort Offshore-Hafen Husum - reichlich Gelegenheit gehabt, in Kontinuität zur alten Regierung eine zukunftsgerichtete Entwicklung in der

(Lars Harms)

Region zu fördern. Diese Chance ist vertan worden und da gibt es - auch für die Westküste - noch etwas gutzumachen.

Aber auch die Cluster **Tourismus** und **Landwirtschaft** im ganzen nördlichen Landesteil und das Cluster **Gesundheitsmanagement** in Flensburg verdienen die Aufmerksamkeit der Landesregierung. Selbstverständlich müssen die verantwortlichen Unternehmer und Politiker vor Ort die Initiativen, Strategien und konkreten Projekte selbst entwickeln und zur Investitionsreife bringen. Aber die Landesregierung muss deutlich sagen, welche Strategien sie für die jeweiligen Regionen hat, damit diese zielgerichtet planen können.

Es ist keine Frage, dass hier alle gesellschaftlichen Gruppen in der Pflicht sind, gemeinsam die Region vorzubringen. Aber wenn es vernünftige Projekte im Sinne der Clusterstrategie für den Norden gibt, dann erwarten wir auch Unterstützung von der Landesregierung.

So kann es nicht angehen, dass der Wirtschaftsminister öffentlich sagt, dass die **Region** - wie im Falle des geplanten Paralympischen Zentrums in Kappeln - nicht in der Lage sei, mehrere **touristische Großprojekte** zu meistern. Aber - wie so oft - ist Herr Austermann in diesem Fall mit vereinten Kräften der Opposition und regionalen Landtagsabgeordneten, die nicht nur der Opposition angehören, zur Vernunft gebracht worden. Und nun hoffen wir, dass noch etwas geht. Die Vorarbeit der kommunalen Ebene war hier jedenfalls hervorragend und verdient die Unterstützung des Landes.

(Beifall bei SSW und FDP)

Es geht also bei der Umsetzung des Zukunftsprogramms Wirtschaft darum, dass alle Regionen die gleichen Chancen bekommen, von den EU-Mitteln zu profitieren, und dass man unvoreingenommen die Ideen prüft. Interessant ist dabei, dass die Landesregierung angedacht hat, die vier **Förderregionen** nach den damals vorgeschlagenen Verwaltungsregionen einzurichten. Im nördlichen Landesteil setzt sich der regionale Beirat aus Vertretern der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg zusammen. Eine solche lose Kooperation wie in diesem wichtigen Feld können wir durchaus befürworten und wir würden uns wünschen, wenn die Landesregierung mehr auf freiwillige kommunale Kooperation in allen Bereichen setzen würde, als hier eine Kreisreform vorzuschreiben oder die Kommunen in Ämterzusammenschlüsse zu treiben, von denen niemand weiß, wofür diese überhaupt gut sein sollen.

Der SSW wird in den nächsten Jahren sehr genau darauf achten, dass die Landesregierung die Vorschläge und Empfehlungen der **regionalen Beiräte** beachtet, damit der nördliche Landesteil und die strukturschwachen Regionen des Landes bei den Investitionen des Zukunftsprogramms Wirtschaft angemessen berücksichtigt werden. Wir sind davon überzeugt, dass es auch in diesen Regionen genügend Projekte und Ideen gibt, die dazu führen, dass man Fördermittel aus den drei vorgesehenen Schwerpunkten bekommen kann. Das gilt nicht nur für den Schwerpunkt „Ausgleich von Unterschieden zwischen den Regionen und Ausbau spezifischer Entwicklungspotenziale“, sondern auch für die Schwerpunkte „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“ und „Gründungsförderung und Förderung der betrieblichen Wirtschaft und Beschäftigung“.

Gerade in den beiden letzten Bereichen wird es einen harten Wettbewerb um die **Fördermittel der EU** geben und dabei ist uns noch nicht klar, welche Rolle der angedachte Innovationsbeirat im Verhältnis zu den regionalen Beiräten spielen soll. Hier dürfen die regionalen Beiräte nicht untergebuttert werden. Wir brauchen also einen transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsprozess, der allen Projekten aus den Regionen eine faire Chance bietet. Letztlich wird die Entscheidung für die Förderung des Zukunftsprogramms Wirtschaft aber im Wirtschaftsministerium getroffen und in diesem Zusammenhang können sie sicher sein, dass die Opposition ihre Kontrollfunktion gegenüber der Landesregierung ausfüllen wird. Wir werden die Landesregierung also nicht an den aufgestellten Programmen an sich messen, sondern sehr genau darauf achten, dass die Umsetzung der Programme in Projekte und Initiativen gerecht und sinnvoll vor sich geht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Auch das neue Arbeitsmarktprogramm Zukunftsprogramm Arbeit baut auf das Vorgängerprogramm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ auf. Allerdings wird dieses neue Programm im Sinne der EU-Vorgaben einige andere Prioritäten setzen. Die 216 Millionen € für das Programm kommen überwiegend aus dem am längsten bestehenden Strukturfonds der EU: dem Europäischen Sozialfonds.

Schon seit vielen Jahren bekommt Schleswig-Holstein Mittel aus dem **ESF**, um die **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein zu bekämpfen. Angesichts der immer noch viel zu hohen Sockelarbeitslosigkeit, die im Grunde heute noch auf dem Niveau der 80er-Jahre liegt, muss man sich allerdings schon

(Lars Harms)

fragen, wie erfolgreich der Einsatz der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der Vergangenheit in ganz Deutschland war. Damit ist nicht gemeint, dass die Investitionen des Europäischen Sozialfonds umsonst waren. Nur ist es wichtig, dass man bei öffentlichen Fördermaßnahmen immer wieder kritisch die Ergebnisse überprüft und dann entsprechend handelt. Arbeitsminister Döring hat konsequenterweise eine stärkere Steuerung des neuen Programms angekündigt und dies begrüßen und unterstützen wir.

Das Zukunftsprogramm Arbeit wird in Zukunft statt sechs Themenfelder nur noch drei Handlungsfelder bekommen und sich dabei auf arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen konzentrieren, die den größtmöglichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein leisten. Das neue Arbeitsmarktprogramm wird sich zwar weiterhin um die Integration und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt kümmern, aber in Zukunft wird der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ein weiterer Schwerpunkt sein. Das begrüßt der SSW.

(Beifall beim SSW)

Denn gerade im diesem Bereich haben wir in Deutschland eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die dringend reduziert werden muss, damit unsere Jugendlichen - jenseits von Ein-Euro-Jobs - eine wirkliche berufliche Perspektive bekommen.

Der letzte Schwerpunkt des Programms, nämlich die Unterstützung der Beschäftigungsentwicklung als arbeitsmarktpolitische Priorität, sollte aus Sicht des SSW unbedingt genutzt werden, um die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitslosen zielgerichtet weiterzuentwickeln. Denn es ist ja gerade ein wesentlicher Bestandteil der Lissabon-Strategie, dass wir das Ziel des lebenslangen Lernens und die damit verbundene selbstverständliche **Aus- und Weiterbildung** unserer Beschäftigten umsetzen müssen. Wenn wir international konkurrenzfähig bleiben wollen, müssen wir das Humankapital der Unternehmen, das unsere beste Ressource ist, pflegen und hegen. Ansonsten wird unsere Wirtschaft den Anschluss im weltweiten Wettbewerb verlieren.

Hier gibt es in Deutschland - und in Schleswig-Holstein - weiterhin einen großen Nachholbedarf sowohl hinsichtlich der Weiterbildung in den Betrieben als auch der Qualifizierung der arbeitslosen Menschen. Wir haben zwar viele Angebote, aber es gibt keine Koordination oder kaum Abstimmung zwischen den vielen öffentlichen und privaten Wei-

terbildungsangeboten. Dazu fehlt ebenfalls oft ein Austausch zwischen den Weiterbildungsanbietern und der Wirtschaft, welche Qualifikationen denn in Zukunft benötigt werden.

Der SSW fordert, dass die Mittel aus dem Zukunftsprogramm Arbeit dazu beitragen sollen die Herausforderungen, die sich aus dem Ziel des lebenslangen Lernens ergeben, zu meistern.

Es gilt daher, dementsprechende Initiativen und Projekte zielgerichtet zu fördern. Das heißt für uns, dass wir auch die Wirtschaft motivieren müssen, in Ausbildung zu investieren. Denn diese Motivation ist bei uns im Vergleich zu Dänemark eher gering ausgeprägt. Und wir müssen stärker auch Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb des dualen Systems anbieten, damit wir möglichst vielen Menschen eine qualifizierte Ausbildung bieten können.

Auch die dritte große Säule des Zukunftsprogramms, nämlich das **Zukunftsprogramm Ländlicher Raum**, hat mit dem Programm Zukunft auf dem Lande, ZAL, einen prominenten Vorgänger. Dabei ist es auch in diesem Bereich sehr erfreulich, dass das Fördervolumen mit insgesamt circa 460 Millionen € - die Hälfte davon sind EU-Mittel - bis 2013 in etwa dieselbe Höhe erreicht wie das ZAL-Programm in den Jahren 2000 bis 2006.

Dabei gab es auch bei der Ausgestaltung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum im Vorfeld eine Auseinandersetzung um die Verteilung der Mittel. Gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag hat auch hier der SSW mit seiner Kritik erreicht, dass die Landesregierung ihre Schwerpunktsetzung nochmals überdacht hat. So ist der Anteil der geplanten Investitionen in die Dorferneuerung nach den Protesten wieder erhöht worden und es ist schön, dass die Landesregierung - genau wie ihre Vorgängerregierung - damit den Interessen des ländlichen Raumes weiterhin Rechnung tragen will. Denn es muss ein wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik bleiben, dass die Landesregierung - genau wie ihre Vorgängerregierung - damit den Interessen des ländlichen Raumes weiterhin Rechnung trägt, gleichwertige Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum sicherzustellen. Auch für das Zukunftsprogramm Ländlicher Raum gilt, dass wir die Fördermittel für gezielte Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Land nutzen müssen. Auch die Förderung der Umsetzung der EU-rechtlichen Vorgaben der **Natura 2000** und der **Wasserrahmenrichtlinie** tragen zur Stärkung des ländlichen Raumes bei und schaffen Einkommen und Beschäftigung. Das darf man bei den Diskussionen zu diesen Themen niemals vergessen.

(Lars Harms)

Das gilt natürlich ebenfalls für die Förderung der **regenerativen Energien** und Biomasse oder **Bioenergie**. Diese Schwerpunktsetzung des Programms ist eine Chance für die Menschen auf dem Lande, neue Erwerbs- und Einnahmequellen zu schaffen. Aus Sicht des SSW sollte die Landesregierung gerade diesen Schwerpunkt besonders ernst nehmen. Nicht zuletzt die Studie des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern, die eindringlich vor den wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung warnt, zeigt, dass erneuerbare Energien und Biomasse dabei sind, Zukunftsenergien zu werden, wenn wir den Klimawandel in den Griff bekommen wollen. Schleswig-Holstein sollte die Chance ergreifen, diesen Zukunftsmarkt gezielt fördern und hier weiter eine Vorreiterposition erhalten.

Wenn wir es hier schaffen, weiterhin besser zu sein als andere und diesen Vorsprung womöglich auszubauen, können wir die Grundlage für einen wirtschaftlichen Erfolg schaffen, um den uns andere Bundesländer in Zukunft beneiden werden, so wie wir heute die Bayern und Baden-Württemberger beneiden. Deshalb muss hier in die Wissenschaft und Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse investiert und eine langfristige Strategie erstellt werden, wie gerade die erneuerbaren Energien und die Biomassenutzung vorangebracht werden können. Dies ist eine reale Zukunftsperspektive, gerade auch für den Norden unseres Landes und für den gesamten ländlichen Raum.

Zu guter Letzt möchte ich auch das **Zukunftsprogramm Fischerei** nicht unerwähnt lassen. Im Programmzeitraum bekommt Schleswig-Holstein 16 Millionen € aus dem Europäischen Fischereifonds. Diese Mittel sind für die heimischen Fischer sehr wichtig, denn die traditionsreiche Fischerei in Schleswig-Holstein muss auch in Zukunft überlebensfähig sein. Sie gehört zu unserer Kultur dazu.

Natürlich hat die Landesregierung diese Regierungserklärung zur Werbung in eigener Sache benutzt. Das ist völlig legitim und war auch nie anders. Aber aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein ausschließlich nur im Regierungsinteresse zu sehen. Denn dieses Programm mit seinen vier Säulen ist ein ganz wichtiger Baustein, damit wir Schleswig-Holstein zukunftsfähig machen, und daran haben Regierung und Opposition ein gemeinsames Interesse.

Für den SSW kann ich daher der Landesregierung versprechen, dass wir die Umsetzung des Zukunftsprogramms wie gewohnt kritisch und konstruktiv begleiten werden und uns keineswegs in einer Oppositionsecke verstecken möchten, sondern wir

wollen genauso wie Sie gestalten und sind da an Ihrer Seite.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Sitz des Landesverfassungsgerichts

Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1182 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für den Antragsteller erteile ich dem Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine über Jahre andauernde Debatte haben wir im Herbst letzten Jahres in einmütiger Weise beendet. Schleswig-Holstein wird ein eigenes Landesverfassungsgericht bekommen. Damit sind wir das letzte Bundesland, das sich so entschieden hat. Das ist zwar spät, aber besser als nie.

Herr Minister, für mich und meine Fraktion war eines immer klar: Der **Sitz** dieses höchsten Gerichtes unseres Landes muss die Stadt sein, in der wir bereits heute unsere Obergerichte weitgehend versammelt haben: das Oberlandesgericht, das Oberverwaltungsgericht, das Landessozialgericht. Diese Stadt heißt **Schleswig**, die übrigens im Herzen unseres Landes liegt.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das Landesverfassungsgericht sollte außerhalb des Regierungssitzes in Kiel sein, weil es gute Tradition ist, dass Legislative, Exekutive und Judikative, was Verfassungsrechtsprechung angeht, getrennt beheimatet sein sollen. Diese Voraussetzung erfüllt Schleswig nachhaltig.

Die in Schleswig vorhandene Kompetenz gerade wegen der dort vorhandenen Nähe zum **Oberverwaltungsgericht** prädestiniert die Stadt geradezu dazu, Sitz des neuen Landesverfassungsgerichts zu werden. Wie die kundigen Juristen unter Ihnen wissen - von denen wir ja einige im Hause haben -, besteht zwischen dem Verwaltungsrecht und dem

(Wolfgang Kubicki)

Verfassungsrecht eine gewisse Nähe. Insofern wäre es unsinnig, den Sitz des neuen Verfassungsgerichts abseits des Sitzes des OVG anzusiedeln. In Schleswig - das sagte ich bereits - kommen noch das einfache Verwaltungsgericht und das Landessozialgericht hinzu. Schleswig hat die besten fachlichen Voraussetzungen als Sitz für das neue Landesverfassungsgericht. Das ist eigentlich auch jedem hier im Haus klar.

(Widerspruch des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

- Kollege Sauter, ich komme gleich dazu. Das liegt möglicherweise an der begrenzten Lübecker Sicht.

Andere Länder machen es übrigens auch so. So haben die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern - von den Stadtstaaten will ich gar nicht reden; da ist das eh so - den Sitz der Verfassungsgerichtsbarkeit am Standort des jeweiligen Obergerichtes.

Eigentlich wäre es unnötig gewesen, den heutigen Antrag zu stellen, wenn da nicht der Regionalproporz wäre, den es in der Politik und auch in diesem Parlament nun einmal gibt, Herr Kollege Sauter. Denn eine andere sachlich zutreffende Erklärung dafür, dass Lübeck oder eine andere Stadt der bessere Standort sein sollte, gibt es nicht. Anscheinend ist man in der Großen Koalition, zumindest was die Fraktionsvorsitzenden angeht - über die Äußerung des Kollegen Hay habe ich mich in besonderer Weise gewundert -, anderer Auffassung. So konnte man in der Pressemitteilung des Kollegen Wadephul vom 16. Januar 2007 lesen, dass **Lübeck** Sitz des Verfassungsgerichts werden solle. Erstaunlich ist, dass Kollege Wadephul in seiner Argumentation auf die große Geschichte Lübecks als Gerichtsstandort abstellt, zu Zeiten des Lübschen Rechts. Eine sehr traditionelle Sichtweise. Ich konnte mir bei diesem geballten historischen Bewusstsein, das der Vorsitzende der CDU-Fraktion an den Tag gelegt hat, die Frage nicht verkneifen, mit welcher Berechtigung er eigentlich den Kreis Dithmarschen abschaffen will. Die haben doch eine noch längere Geschichte als das Bundesland Schleswig-Holstein!

(Beifall bei der FDP)

Für meine Fraktion gehen fachliche Argumente vor. Auch wenn Lübeck als Sitz eines Landgerichts schon heute ein wichtiger Gerichtsstandort ist, spricht die fachliche Sicht eindeutig für Schleswig als Standort der Obergerichte, des Landessozialgerichts und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, und weniger für Lübeck,

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumal der Präsident des künftigen Landesverfassungsgerichts auch vom Präsidenten eines Obergerichts gestellt werden könnte. Auch das ist übrigens ein Modell, das es in fast allen anderen Bundesländern gibt.

Letztlich ist die Entscheidung über den Sitz des Gerichts auch eine Prestigefrage und hierum geht es den Vorsitzenden der großen Fraktionen wohl im Wesentlichen. Im Behördenschacher von CDU und SPD um öffentliche Einrichtungen ist wohl Lübeck an der Reihe. Ich denke aber, dass die Stadt und die Region Schleswig, die in den letzten Jahren von einem Abzug öffentlicher Einrichtungen von Bund oder Land in nicht unerheblicher Form betroffen waren, eine Aufwertung durch die Ansiedlung des Landesverfassungsgerichts verdient haben.

Ich sage noch einmal: Meine Umfrage in anderen Ländern hat ergeben, dass die Geschäftsstelle eines Oberverwaltungsgerichts problemlos die **Geschäftsstelle des Verfassungsgerichts** mit übernehmen kann, was bei einem Landgericht wegen der komplex anderen Materie durchaus schwieriger ist.

(Beifall bei FDP und SSW)

Wir befinden uns - das will ich ausdrücklich sagen, Kollege Sauter, damit es da keine Missverständnisse gibt - auf einer Linie mit dem SSW, den Grünen und dem CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg, der am 9. Januar 2007 durch seinen Vorsitzenden, den Kollegen Callsen, den ich hier ausdrücklich unterstützen möchte, verlauten ließ, dass Schleswig der richtige Standort für das Landesverfassungsgericht ist. Er hat recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Kubicki. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Thomas Stritzl.

(Zurufe)

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich würde gern Klarheit schaffen, ich habe nur den Eindruck, dass das eher die Frage des Oppositionsführers ist, der eben ange-

(Thomas Stritzl)

droht hat, welche große Koalition er in der Sache anführt. Mir ist nicht ganz klar, ob die Gemeinsamkeit über das Anliegen hinaus wirklich trägt. Aber ich schätze seine Gestaltungskraft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der heute vorliegende Antrag der FDP und auch des SSW ist eine politisch legitime Aktion infolge des Beschlusses der Großen Koalition, ein Landesverfassungsgericht einzuführen. Der Oppositionsführer hat entsprechend gewürdigt, dass die Verfassung mittlerweile geändert worden ist. Jetzt treten wir in die parlamentarische Behandlung über die Bestimmung des Sitzes des Verfassungsgerichts ein, wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass es nicht das erste Mal ist. Sie haben bereits den Kollegen Dr. Wadephul erwähnt. Es ist bekannt, dass Kollege Dr. Wadephul im letzten Jahr, als die Kooperation der Obergerichte aus Schleswig-Holstein und Hamburg noch greifbar schien, öffentlich darüber nachgedacht hat, dass dann Lübeck als Sitz eines möglichen **gemeinsamen Verfassungsgerichts mit Hamburg** in Betracht kommen könnte, und hierfür seine Sympathie zum Ausdruck gebracht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nun ist die Geschichte anders gelaufen. Wir haben gesagt, wenn Hamburg sich gegen die Kooperation der Obergerichte sperrt, dann werden wir auch nicht als erstes die Verfassungsgerichte miteinander in Verbindung bringen. Das wäre das falsche Signal.

Folgt man der vorgetragenen Argumentation von Ihnen, Herr Kubicki, ist insoweit Übereinstimmung zu finden, dass beide Vorschläge einerseits die gute deutsche Tradition beachten, dass Parlament, Regierung und Verfassungsgerichte nicht in der gleichen Stadt ihren Sitz haben sollen. Das muss ich als Kieler bedauernd, aber trotzdem zur Kenntnis nehmen, auch umso mehr, als durch dieses Prinzip der räumliche Ausdruck der Gewaltenteilung entsprechend dargetan wird. Gemeinsamkeit gibt es in der Überzeugung, dass das Landesverfassungsgericht, dessen Spruchkörper ehrenamtlich besetzt werden soll, über eine tragfähige, arbeitsfähige Infrastruktur verfügen muss.

(Beifall bei der FDP)

Lübeck und Schleswig sind gewachsene Gerichtsstandorte im Lande, wobei ein Blick auf deren Aufgabenkatalog zu werfen ist und welche Aufgaben insbesondere auf das neue Landesverfassungsgericht zukommen werden. Landesverfassungsgerichte haben, so sagen fachkundige Professoren, insbesondere ihre Bedeutung in der Fortentwicklung des

kommunalen Verfassungsrechts. Wenn aber kommunale Verfassungsstreitigkeiten ein Schwerpunkt des neu zu bildenden Landesverfassungsgerichts sind, dann steht zu beachten, dass Lübeck zwar ein großes Landgericht hat und aufgrund der Amtsgerichtsstrukturreform auch ein wachsendes Gewicht als Amtsgerichtsstandort im Lande hat und an Bedeutung und Gewicht gewonnen hat, gleichwohl Schleswig auf der anderen Seite mit dem Obergericht und dem Verwaltungsgericht der konzentrierte Standort für die Verwaltungsgerichte im Lande ist. Das ist nach meiner Meinung eine zu beachtende Struktur bei einer ausstehenden Entscheidung.

Dem Sitz des Landesverfassungsgerichts ist darüber hinaus auch eine nicht nur fachliche, sondern natürlich auch politische Bedeutung beizumessen. Dabei ist der Gefahr zu begegnen, dass der Sitz des neuen Gerichts nicht Gegenstand eines politischen Standortgeschachs werden darf.

Es wird berechnete und weitere Ansprüche geben. Ich höre, Herr Minister, in Neumünster führen Sie eine Diskussion mit dem Herr Oberbürgermeister zur Frage, ob Neumünster geeignet ist, will sagen, dass es auch aus meiner Fraktion Überlegungen gibt, vielleicht **andere Standorte** mit zu erwägen. Wir werden diese Diskussion sehr offen führen und werden dann miteinander zu einer Entscheidung kommen, die die vorgetragenen Argumente der politischen, aber auch der fachlichen Gewichtung in sich tragen wird. Wir werden in diesem Sinne, Herr Kollege Kubicki, den Antrag von FDP und von den Grünen im Ausschuss entsprechend begleiten. Ich höre, dass es da eine Große Koalition gibt, deshalb will ich, bevor sich allen anderen Ihrem Antrag anschließen, sagen, wir werden für eine ordnungsgemäße und sachgerechte Diskussion stimmen und unsere Entscheidung zum Standort zu gegebener Zeit fällen. Wir erwarten in diesem Sinne konstruktive Beratungen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Stritzl. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer ersten Etappe, die lange gedauert hat, ist es uns im Oktober letzten Jahres endlich gelungen, für ein eigenes Landesverfassungsgericht in Schleswig-Holstein die verfassungsrechtlichen

(Klaus-Peter Puls)

Voraussetzungen zu schaffen. Die für die erforderliche Zweidrittelmehrheit lange Zeit fehlende Zustimmung der CDU-Landtagsfraktion wurde erstmals im Koalitionsvertrag der beiden großen Regierungsparteien 2005 sichergestellt und in der Landtagsbeschlussfassung am 17. Oktober 2006 erreicht. Herr Kollege Kubicki hat darauf hingewiesen. Das war eine gute Entscheidung. Schleswig-Holstein hat wie alle Bundesländer eine Verfassung, aber als einziges Bundesland kein Verfassungsgericht. Streitfälle aus Schleswig-Holstein landen bisher direkt beim ohnehin überlasteten Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Karlsruhe ist weit. Wir brauchen für Schleswig-Holstein zeitnahe, ortsnahe und sachnahe Urteile.

Deshalb sollten wir jetzt auch die zweite Etappe möglichst zügig angehen und umgehend das Nähere durch ein Gesetz regeln, damit unser schleswig-holsteinisches Landesverfassungsgericht so schnell wie möglich mit der Arbeit beginnen kann. Zu den näher zu treffenden Regelungen gehört auch die Entscheidung über einen **Standort**. Wir freuen uns, dass die Standortdiskussion heute durch den Antrag der Oppositionsfraktionen befördert wird. Die Diskussion ist außerparlamentarisch und presseöffentlich bereits voll entbrannt. Insbesondere Schleswig und Lübeck haben bereits deutlich Stellung bezogen oder sind von interessierter Seite in Stellung gebracht worden. Wir sollten in den zuständigen Ausschüssen des Landtages alle Argumente sorgfältig abwägen und eine sachgerechte Entscheidung für das Parlament vorbereiten.

Schleswig möchte, wie man hört, sein Prestige als Justizhauptstadt des Landes untermauern, so die „Schleswiger Nachrichten“ Anfang des Jahres, und die OLG-Präsidentin höchstselbst soll schon den überaus repräsentativen Plenarsaal des OLG Schleswig als Tagungsraum angepriesen haben. Lübecks Bürgermeister verweist ebenso selbstbewusst auf die vorhandenen Gerichte der Trave-Stadt und möchte als Sitzungsraum des Spruchkörpers den prächtigen Audienzsaal des Lübecker Rathauses zur Verfügung stellen, wie es heißt.

Meine Damen und Herren, durch solche Argumente dürfen wir uns in den Fachberatungen nicht vorrangig leiten lassen. Verfassungsrecht ist kein repräsentativer Spielkram, sondern verbindliche Rechtsmaterie und richterliche Grundlage für die Entscheidung konkreter Rechtsstreitigkeiten, zum Beispiel zwischen Opposition und Regierungsmehrheit oder aber auch zwischen Land und Kommunen. Ein **Landesverfassungsgericht** braucht keine Festsäle, sondern normale **Funktionsräume** für die richterli-

che und nichtrichterliche Arbeit wie jedes andere Gericht auch.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn es um Repräsentation ginge - das ist eben angesprochen worden vom Kollegen Stritzl -, könnten auch weitere Vorschläge gebracht werden. Ich könnte auch Reinbek anbieten. Wir haben dort ein wunderschön restauriertes Renaissanceschloss. Ich schlage Reinbek nicht vor, habe aber auch lesen können, Herr Kollege Stritzl, dass Neumünster möglicherweise wegen seiner zentralen Lage im Lande nicht abgeneigt wäre, unser Verfassungsgericht aufzunehmen. Auch die Zentralität spielt meines Erachtens für ein Verfassungsgericht in Schleswig-Holstein keine so große Rolle, weil unsere Landesverfassung keine gerichtlich einklagbaren Grundrechte für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger enthält. Für Grundrechtsverletzungen bleibt weiterhin das Bundesverfassungsgericht nach Maßgabe des Grundgesetzes zuständig. Der Aufgabenkatalog unseres Landesverfassungsgerichts bezieht sich wesentlich auf **parlamentsinterne Verfassungsrechte**, zum Beispiel der Opposition, erstmals aber auch gerichtlich durchsetzbar auf die in der Landesverfassung verankerten Rechte der Kreise und Gemeinden gegenüber der Landespolitik. Für die Fraktionen und Kommunen als Prozessparteien ist die zentrale Lage und Erreichbarkeit eines Verfassungsgerichtsstandorts ohne jede Bedeutung.

Die SPD-Fraktion wird sich in den weiteren Beratungen für einen Standort entscheiden, an dem es möglich ist, bereits vorhandene räumliche und personelle **Gerichtsinfrastruktur** optimal und vor allem kostengünstig mitzunutzen. Es geht nicht nur um Sitzungssäle, sondern auch und gerade um die Möglichkeit, vorhandene **Geschäftsstelleneinrichtung und -organisation** einzubeziehen. Jeder Bewerberort sollte sich selbst die Frage stellen und beantworten, ob für den richterlichen und nichtrichterlichen Bereich ausreichend personelle Kompetenz, insbesondere im verfassungsrechtlich relevanten öffentlichen Recht, und ausreichend räumliche Kapazität auch im Geschäftsbereich ohne zusätzliche Kosten vorhanden und verfügbar ist.

(Beifall bei der FDP)

Die Haushaltssituation des Landes zwingt uns dazu, ohne finanzintensive Raumausweitung und Personalaufstockung auszukommen und dafür zu sorgen, dass wir ein gleichermaßen leistungsfähiges und kostengünstiges Landesverfassungsgericht erhalten.

Wir schlagen deshalb vor, den Antrag der Oppositionsfraktionen nicht nur dem zuständigen Fachausschuss für Innen und Recht, sondern zur Mitbera-

(Klaus-Peter Puls)

tung auch in den Fachausschuss für Finanzen zu überweisen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es scheint mir so, als ob hier jeder erst einmal seinen Standort als Gerichtsort preist. Das ist höchst erstaunlich. Ich will etwas zu Heikendorf sagen. In Heikendorf gibt es ein repräsentatives Kriegerdenkmal. Da früher bei den alten Germanen die Gerichtsverhandlungen ja öffentlich stattfanden, biete ich dieses Kriegerdenkmal als repräsentativen Thingstandort für Schleswig-Holstein an.

Ich glaube, diese ganze Diskussion, in der jeder davon erzählt, welch tollen Standort und welch tollen Gerichtssaal er hat, ist ziemlich überflüssig. Ich finde, das ist eine Art von Populismus, die nicht gut ist. Der Lübecker Bürgermeister schreit bei jeder Geschichte Hurra und sagt, dass Lübeck am wichtigsten ist. Das richtet sich nicht gegen die Lübecker hier im Saal. Es richtet sich aber gegen die Politik eines Bürgermeisters, bei der ich manchmal den Eindruck habe, dass ein bisschen zu viel Populismus dabei ist.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wadephul?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich!

Dr. Johann Wadephul [CDU]: Mich interessiert, welches Kriegerdenkmal Sie in Heikendorf meinen. Ich kenne eigentlich nur die Gedenkstätte für die U-Bootfahrer. Meinen Sie die?

- Ich habe nichts gegen diese Gedenkstätte. Mein Großvater war an ihrem Bau beteiligt. Ich möchte jetzt auch keine politische Diskussion über diese Gedenkstätte führen. Das können wir ein anderes Mal machen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist keine Antwort!)

- Nein, ich wollte das jetzt auch nicht beantworten. Das würde eine längere Diskussion werden.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ich halte das ja nur fest!)

- Dann landen wir beim Kapp-Putsch! Ich glaube, es kann nur eine sachliche Entscheidung geben. Eine sachliche Entscheidung bedeutet, dass ein **ehrenamtliches Verfassungsgericht** - wie in anderen Ländern auch - dort angesiedelt ist, wo die **oberen Landesgerichte** sind. Die einzige Diskussion, die geführt werden muss und die sicherlich auch im Ausschuss zu führen sein wird, ist die, ob das Landesverfassungsgericht beim OLG oder beim OVG angesiedelt wird. Für beide Möglichkeiten gibt es Gründe. Beide Gerichtspräsidenten würden es gern bei sich haben. Ich kann das verstehen. Ich würde gern die Diskussion darüber führen. Ich will jetzt nicht die Argumente dafür aufbereiten. In Schleswig gibt es sämtliche zentralen Gerichtsbibliotheken. Auch das ist ein ganz wichtiges Argument.

(Lothar Hay [SPD]: Und Internet, Herr Kollege!)

Wenn ein ehrenamtliches Gericht eingerichtet wird, dann soll es natürlich auch die entsprechenden Räumlichkeiten und die entsprechenden Sachen bekommen. Außerdem muss man davon ausgehen, dass ein Großteil der Richter dieses Landesverfassungsgerichts sowieso in Schleswig sitzt, weil alle Obergerichte in Schleswig sind. Das ist zu vermuten. Es wird sicherlich auch andere geben. Es wird auch Anwälte und weitere Beteiligte an diesem Gericht geben. Trotzdem gehe ich davon aus, dass ein beträchtlicher Teil der Richter, die infrage kommen, in Schleswig sitzt. Insofern ist es naheliegend, dass der **Gerichtsort Schleswig** ist.

Historisch ist Schleswig nicht der Gerichtsstandort. Das ist allerdings ein Manko. Ich habe mich beim Kollegen Astrup versichert. Historisch ist es so, dass die Obergerichte in Schleswig-Holstein in Kiel saßen. Ich wundere mich darüber, dass Herr Stritzl dies nicht in die Debatte eingebracht hat. Das hat gefehlt. Die Gerichte sind erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach Schleswig gegangen. Das war damals die Trennung von Exekutive und Legislative oder was auch immer. Insofern ist Schleswig heute der Gerichtsstandort in Schleswig-Holstein. Von daher ist die Sache klar.

Zum Schluss ist das Folgende für mich das Wichtigste, das in der Debatte noch nicht gesagt wurde. Viel wichtiger als die Entscheidung selbst ist ihr Zeitpunkt. Ich habe ein hohes Interesse daran, dass die Entscheidung bald getroffen wird. Die Große

(Karl-Martin Hentschel)

Koalition hat eine gewisse Verpflichtung dahin gehend, dass diese mit Dynamik vorangetrieben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben aus ganz eigennützigen Zwecken ein Interesse daran, weil wir verschiedene Klagen prüfen. Die Große Koalition hat nach unserer Auffassung an der einen oder anderen Stelle nicht 100-prozentig verfassungskonform entschieden. Das kann dazu führen, dass wir dieses Gericht entsprechend in Anspruch nehmen werden. Dazu ist es erforderlich, dass es schnell eingerichtet wird. Aus Karlsruhe höre ich, dass die Karlsruher keine Lust mehr haben. Falls jetzt eine Klage nach Karlsruhe geht, dann spricht alles dafür, dass diese Klage so lange liegen bleibt, bis das Verfassungsgericht in Schleswig-Holstein eingerichtet sein wird. Von daher bitte ich darum, dass jetzt keine langen Ausschussberatungen stattfinden. Ich bitte darum, dass die Große Koalition keine langen Koalitionsausschüsse braucht, um diese Frage zu entscheiden. Ich bitte darum, dass kurz und schnell entschieden wird und dass das Ministerium die nötigen Vorbereitungen trifft, damit das Gericht eingerichtet wird. Da wir für das Gericht keine baulichen Maßnahmen benötigen, denke ich, dass das morgen geschehen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hentschel. - Für den SSW im Landtag hat jetzt dessen Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man wie ich auf dem Erdbeerenberg in Schleswig groß geworden ist und tagtäglich einen Blick auf den Roten Elefanten - auf das ehemalige Regierungsgebäude der preußischen Provinz Schleswig-Holstein und heutige Oberlandesgericht - werfen konnte, dann kommt es einem nicht in den Sinn, dass der Sitz des künftigen Landesverfassungsgerichts überhaupt ein Diskussionsthema sein könnte.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Günter Neugebauer [SPD])

Als Kiel nämlich 1946 zur Landeshauptstadt des neuen Bundeslandes Schleswig-Holstein auserkoren wurde, erhielt **Schleswig** als Kompensation die Obergerichte und die Landesmuseen. Das war der Deal, der Schleswig zur Justizhauptstadt des Landes machte. Für die Stadt ist dies nicht nur ein

Imagefaktor. Sie steht zu ihren Gerichten, und zwar im Guten wie im Bösen. Dazu eine weitere Kindheitserinnerung von mir: Auf dem Erdbeerenberg entstand in den 50er-Jahren eine kleine Neubausiedlung, die aus nachvollziehbaren Gründen ganz schnell den Namen Richterhügel erhielt. Als dann die schleswig-holsteinische Justiz in den 50er- und 60er-Jahren immer wieder von Nazi-Skandalen betroffen war, gab es in Schleswig viel Gerede über diesen Richterhügel, denn auch dort hielten sich - wie konnte es anders sein - ehemalige Nazis versteckt. Erst als eine neue Juristengeneration heranwuchs, stellte sich die schleswig-holsteinische Justiz ihrer Nazivergangenheit.

Das 1993 errichtete Mahnmal für die Opfer der Willkürjustiz in der Zeit von 1933-1945 vor dem Oberlandesgericht ist ein sichtbares Zeichen dieses Prozesses. Wer aber die Entstehungsgeschichte dieses Mahnmals kennt, der wird wissen, dass damals auch darüber diskutiert wurde, ob dieses Denkzeichen nicht eher in Kiel hätte aufgestellt werden sollen, um an die Unrechtsurteile des Kieler Sondergerichts zu erinnern, denn in der Stadt Schleswig hatte es keine Militärjustiz und keine Sondergerichte gegeben. Man entschied sich für Schleswig, weil ein Mahnmal nur dort zum Denken und zum Nachdenken anregen kann, wo konkret eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart hergestellt werden kann. Die Mahnung gilt uns allen, sagte der damalige Justizminister Dr. Klingner in seiner Ansprache anlässlich der Übergabe des Mahnmals am 2. April 1993. „Sie gilt auch jeder Form von Selbstgerechtigkeit der Heutigen. Wer nie in Versuchung kam, sich aus Bequemlichkeit, aus Angst oder zur Förderung der Karriere einer Diktatur einzuordnen, der prüfe sich.“

Vor dem Hintergrund des anstehenden Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus sehen Sie es mir hoffentlich nach, dass ich diesen Tagesordnungspunkt etwas weiter interpretiert habe, als direkt aus dem Antrag ersichtlich ist. Dennoch steht der SSW dazu, dass auch diese historischen Aspekte für Schleswig als künftigen Sitz des schleswig-holsteinischen Verfassungsgerichts sprechen. Diese Gründe können nicht die einzigen und vielleicht nicht einmal die entscheidenden Gründe sein, sie gehören aber dazu, weil sie identitätsstiftend sind. Das braucht ein neu einzurichtendes Verfassungsgericht auch, um anerkannt zu werden.

Ansonsten gibt es eine ganze Reihe von harten Standortfaktoren, die aus unserer Sicht so einleuchtend sind, dass sie eigentlich nicht extra genannt werden müssten. Da ist zum einen die vorhandene **Infrastruktur** zu nennen, weil wir mit dem Ober-

(Anke Spoorendonk)

landesgericht, dem Generalstaatsanwalt, dem Oberverwaltungsgericht und dem Landessozialgericht dort bereits ein Zentrum des öffentlichen Rechts haben. Wir haben mit anderen Worten in Schleswig eine Struktur und einen Unterbau, die anderenorts erst noch aufgebaut werden müssen. Zum anderen würde dies auch eine kostengünstige Lösung sein, wobei wir nicht ein Verfassungsgericht light wollen, um Geld zu sparen. Uns geht es vielmehr um die Nutzung vorhandener Synergien und eingearbeiteter Routinen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Das soll heißen: Wenn die Landesregierung bei ihrer Gerichtsstrukturreform nur die harten Fakten gelten lässt, dann kommt sie um den Standort Schleswig nicht herum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen aus Erfahrung, dass Standortfragen immer schwierige Fragen sind. Daher war es aus Sicht des SSW auch ziemlich unglücklich, dass der Kollege Dr. Wadephul letztes Jahr, in der Debatte um die Änderung der Landesverfassung gleich damit vortradete, Lübeck als Sitz des neuen Landesverfassungsgerichts mit der Begründung ins Spiel zu bringen, Lübeck sei die zweitgrößte Stadt des Landes. Wir meinen, dieses Thema hat eine andere Qualität als andere Standortentscheidungen. Hier geht es nicht in erster Linie um regionale Ausgewogenheit. Vielmehr geht es darum, wie durch die Wahl des Standortes gleichzeitig die Akzeptanz und der herausragende Status eines Landesverfassungsgerichts gesichert werden können. Das ist für uns der entscheidende Grund dafür, dass wir uns für Schleswig aussprechen, in der Hoffnung, dass wir das dann auch einvernehmlich beschließen können.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Herr Justizminister Uwe Döring.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eine kleine Vorbemerkung machen. Ich verstehe ja, dass politische Debatten manchmal dazu reizen, sich auch satirisch zu äußern. Das kann ich gut nachvollziehen. Ich selbst tue das manchmal auch. Ich möchte nur ausdrücklich davor warnen, das im Zusammenhang mit dem Landesverfassungsgericht zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SSW)

Denn da könnte in der Öffentlichkeit durch die eine oder andere spaßige Bemerkung - Herr Hentschel, ich kann das ja verstehen - ein falscher Eindruck entstehen: Kriegerdenkmal und Landesverfassungsgericht. Ich denke, wir sollten mit diesem höchsten Gericht, das wir jetzt einrichten, auch mit einem gewissen Selbstverständnis umgehen und eine gewisse Würde wahren, damit dieses Gericht nicht von vornherein diskreditiert wird.

(Beifall)

Ich denke, das war so auch nicht gemeint. Ich möchte das aber der guten Ordnung halber sagen. Dieses Thema eignet sich wirklich nicht zu solchen Diskussionsbeiträgen.

Im Übrigen zur Sache: Die Situation in anderen Ländern ist so, dass keines der Landesverfassungsgerichte organisatorisch selbstständig ist. Sie sind alle bei anderen Gerichten angesiedelt, an ganz unterschiedlichen Gerichten, beim OVG, beim OLG, beim Landgericht und beim VG. Einzig Hessen macht eine Ausnahme, da ist das Landesverfassungsgericht beim Justizministerium angesiedelt. Das wollen wir nun auf gar keinen Fall.

Die **Verfassungsgerichte** nutzen alle in unterschiedlicher Weise, da sie alle in dieser ehrenamtlichen Funktion arbeiten, die **Infrastruktur der Gerichte**, bei denen sie angesiedelt sind. Wir gehen bei unseren Planungen davon aus, dass das schleswig-holsteinische Landesverfassungsgericht ebenfalls auf eine bestehende Infrastruktur eines Gerichtes an einem **großen Gerichtsstandort** zurückgreifen wird. Nur so lassen sich auch die Kosten für dieses Gericht im Zaum halten. Ich denke, das ist ein wesentlicher Punkt, den wir mit zu beachten haben.

Das dem Landesverfassungsgericht dann Unterschlupf bietende Gericht sollte über ausreichende Sitzungssäle verfügen, über einige wenige Dienstzimmer - das müssen nicht viele sein, da es wie gesagt keine Dauerpräsenz der Richter gibt - und es muss vor allen Dingen über eine entsprechende Geschäftsstelle verfügen. Das Landgericht Kiel - das wurde schon gesagt - scheidet aufgrund der Tradition aus, dass der Regierungssitz nicht der Sitz des Landesverfassungsgerichts sein sollte. Realistischerweise bleiben da tatsächlich nur Lübeck und Schleswig übrig.

Ich möchte dazu auch sagen, dass ich nicht nur von der Stadt Neumünster, sondern auch von der Stadt Lauenburg ein schriftliches Angebot bekommen habe. Diese scheiden für mich völlig aus. Ich möchte

(Minister Uwe Döring)

dazu noch einmal etwas, da es Diskussionen in der Lokalpresse dazu gegeben hat, Richtung Neumünster deutlich sagen: Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass sich Empfehlungen und Entscheidungen eines Landesministers an dem Wohl eines Wohnortes orientieren, sondern sie orientieren sich natürlich an dem Wohl des Landes.

(Beifall - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss sich ja nicht ausschließen, in diesem Fall aber schon!)

- In diesem Fall schließt es sich aus, Herr Kubicki. Ich denke, da sind wir einer Meinung. Das würde mich sonst sehr überraschen.

Aus organisatorischer Sicht allerdings ist es erforderlich, dass der Standort rechtzeitig vor der Errichtung festgelegt wird. Insofern bin ich für diesen Antrag dankbar. Ich habe mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal darüber gesprochen, wir brauchen etwa drei Monate vorher eine verbindliche Entscheidung des Parlamentes, damit die entsprechenden technischen Umsetzungen auch rechtzeitig abgeschlossen sind. Deswegen würde ich Sie bitten, das zügig in den Ausschüssen zu beraten. Wir werden Sie mit den dafür nötigen Unterlagen entsprechend und rechtzeitig versorgen und die Diskussionen mit Ihnen zusammen führen.

Ich sage noch einmal ganz deutlich, die Entscheidung ist für mich, da sie zum Teil auch eine politische Entscheidung ist, eine Entscheidung dieses Landtages. Deshalb werde ich Sie unterstützen, damit Sie die richtige Entscheidung treffen, ich werde mich aber selbst eines Votums enthalten.

Zum weiteren Verfahren - Herr Hentschel hatte danach gefragt -: Ich strebe an, dass wir zum 1. Januar 2008 ein funktionsfähiges Landesverfassungsgericht haben. Das ist immer noch ein ehrgeiziger **Zeitplan**. Die Standortfrage ist eine der einfachsten Fragen, die zu lösen ist. Wir müssen uns über das Berufungsverfahren einig sein und wir müssen uns über andere Modalitäten im Klaren sein. Leider geht es nicht, Herr Hentschel, dass wir es morgen schon einrichten. Ich erinnere auch daran, welche Beteiligungsverfahren und Anhörungsverfahren wir alle miteinander vereinbart haben. Das heißt, wir streben an und ich hoffe, das bekommen wir auch hin, dass das Verfassungsgericht zum 1. Januar 2008 verhandlungsfähig ist. Ich bitte Sie ganz herzlich, dass wir die Standortfrage zügig miteinander in den Ausschüssen vorbereiten und klären, da das die einfachste der anstehenden Entscheidungen ist. Sie werden von uns dazu die volle Unterstützung bekommen, damit Sie eine sachgerechte Entscheidung fällen können.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Justizminister. - Es gibt eine Wortmeldung zu einem Kurzbeitrag. Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich finde es gut, was Sie gesagt haben. Wir sollten dann auch Nägel mit Köpfen machen und sehen, dass wir relativ rasch - möglichst schon in der nächsten Plenarsitzung - zu einer Entscheidung über den **Standort** kommen. Ich würde mich freuen, wenn es relativ rasch einen Entwurf für das Landesverfassungsgerichtsgesetz gibt. Es wäre sehr hilfreich, wenn Ihr Haus das vorbereiten könnte. Dann könnten wir das Gesetz zügig verabschieden und wenn wir den Standort beschließen, könnten Sie die Vorbereitungen treffen, sodass es dann vielleicht, wenn wir uns alle anstrengen - sicher, die Anhörungen müssen durchgeführt werden, deshalb wird das nicht morgen sein - zum Sommer hin passieren könnte.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Richterwahlverfahren!)

- Ja, das wird alles noch dauern. Deshalb möchte ich, dass es zügig losgeht, dass wir zügig zu Potte kommen. Mein Interesse ist, dass wir noch in diesem Jahr ein Landesverfassungsgericht bekommen werden. Daran sollten wir alle mitarbeiten und nicht in endlose Verfahren eintreten. Es würde mich sehr freuen, wenn wir uns darüber einig wären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hentschel, ein Satz dazu: Hier geht wirklich Sorgfalt vor Eile.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich kann es ja verstehen, dass Sie schnell eine Klage einreichen wollen, dafür habe ich volles Ver-

(Minister Uwe Döring)

ständnis. Aber auch Sie müssen ein hohes Interesse daran haben, dass es ein kompetentes und sachgerecht vorbereitetes Gericht ist, das über Ihre Klage entscheidet.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich versuche es noch einmal: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich gucke einmal zu dem Antragsteller, denn es handelt sich um einen Sachantrag, aber ich denke, Ausschussüberweisung ist richtig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich freue mich, dass der Kollege Puls mit seiner herausragenden Äußerung heute unter uns ist und schließe mich seinem Antrag an!)

- Das ist wunderbar. Das haben wir hier oben gern.

Also, es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss. Wer so mit der Drucksache 16/1182 (neu) verfahren möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann gehen wir in die Mittagspause und treffen uns um 15 Uhr zur Beratung des Tagesordnungspunktes 33 wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:48 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Leukämiefälle im Raum Geesthacht/Elbmarsch

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1165

Ich erteile das Wort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht. Bitte schön!

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 16 Kinder in der **Elbmarsch** sind in der

Zeit von 1990 bis 2006 an Leukämie erkrankt. Es erfüllt mich mit Sorge und zunehmend auch mit Bitterkeit, wenn immer wieder neue Erkrankungsfälle gemeldet werden, ohne dass die Ursachenerklärung entscheidend vorankommt. Das macht der vorgelegte Bericht ohne Wenn und Aber deutlich.

Dieser Bericht zeigt aber auch, welche Aktivitäten sowohl die schleswig-holsteinische als auch die niedersächsische Landesregierung unternommen haben, um den **Ursachen** dieses Leukämieclusters auf die Spur zu kommen. Bereits kurz nach Bekanntwerden einer Leukämiehäufung bei Kindern auf der niedersächsischen Elbseite, also gegenüber den kerntechnischen Anlagen Krümmel und GKSS, wurden sowohl in Niedersachsen als auch in Schleswig-Holstein Expertenkommissionen zur Aufklärung der Ursachen dieser **Leukämiefälle** ins Leben gerufen. Vielen möglichen Verursachungsansätzen wurde seitdem nachgegangen. Lassen Sie mich einige in aller Kürze nennen.

Eine Frage ist zum Beispiel: Ist die Elbe die Ursache? So wurde nach weiteren Leukämieclustern entlang der Elbe gesucht. Es wurden Schadstoffmessungen in der Milch von Kühen vorgenommen oder es wurde nach Umweltbelastungen bei der Deicherhöhung mit Elbsediment gesucht.

Zweite Hauptfrage war die nach Besonderheiten der örtlichen Emissionssituation. So wurde nach eventuellen Belastungen mit ionisierenden Strahlen, Belastungen mit elektromagnetischen Feldern oder mit chemischen Schadstoffen aus der Industrie gesucht. Die Existenz von Altlasten auf Kinderspielplätzen war ebenfalls Thema. Weitere Risikofaktoren im häuslichen Bereich wurden in den Blick genommen, zum Beispiel die Innenraumbelastung, die Muttermilch, die Frage, ob der Anbau eigenen Gemüses eine Rolle spielen könnte, der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln, und nicht zuletzt wurde auch das Trinkwasser untersucht.

Die schleswig-holsteinische Kommission ist insbesondere der Verursachungshypothese ionisierender Strahlung, also **Radioaktivität**, nachgegangen. Es wurden diverse Untersuchungen zur Radioaktivitätskonzentration in der Umgebung der kerntechnischen Anlagen vorgenommen, und zwar durch verschiedene Institute, auf Landesebene, auf Bundesebene und auf europäischer Ebene. Ergebnis: Keine der Untersuchungen hat eine erhöhte radioaktive Strahlung durch das Kernkraftwerk Krümmel oder das GKSS nachweisen können. Es konnte auch kein Zusammenhang zu den Leukämieerkrankungen dargelegt werden.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Der hohe personelle und finanzielle Einsatz durch beide Landesregierungen hat uns in der Ursachenklärung bedauerlicherweise bisher kaum vorangebracht. Über viele Jahre hinweg hat sich die Landesregierung darüber hinaus mit der von Bürgerinitiativen aufgestellten These eines vertuschten Atomunfalls befasst. Der Ingenieur Gabriel aus Weinheim behauptete, kernbrennstoffähnliche Kügelchen in der Elbmarsch gefunden zu haben. Er führte deren Existenz auf geheime Forschungen in der GKSS zurück. Diese Kügelchen, auch bekannt als PAC-Kernbrennstoff, sollen während eines Brandes auf dem GKSS-Gelände im Jahre 1986 großräumig in die Umgebung freigesetzt worden sein. Natürlich haben die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen diese Vorwürfe sehr gründlich überprüft.

Das Ergebnis all dieser von verschiedenen Behörden, Forschungs- und Universitätsinstituten durchgeführten Untersuchungen ist: Die Elbmarsch ist nicht mit radioaktiven Kernbrennstoffen verseucht und es hat entgegen anderslautenden Spekulationen weder bei der GKSS noch beim Kernkraftwerk Krümmel im Jahre 1986 einen nuklearen Unfall oder Brand, verbunden mit einer Freisetzung von Radioaktivität, gegeben.

Ein solcher Unfall mit Radioaktivitätsfreisetzung wäre vom Kernreaktorfernüberwachungssystem der Landesregierung in Verbindung mit den behördlichen Routineumgebungsüberwachungsprogramm erfasst worden, was aber nicht der Fall war. In den Anlagen **GKSS** und **Kernkraftwerk Krümmel** und im Umkreis dieser beiden Anlagen befanden sich schon 1986 diverse Messstationen, von denen keine einzige eine Abweichung vom normalen Verlauf zeigte. Davon kann sich jeder noch heute überzeugen.

Es sind dennoch Bodenproben untersucht worden, unter anderem von der Universität Marburg, vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie, vom Forschungszentrum Jülich, vom Karlsruher Institut für Transurane, von der Kieler LUFA, vom ZDF und sogar von der Universität in Reno des US-Bundesstaats Nevada, und zwar von unterschiedlichsten Auftraggebern zu unterschiedlichsten Zeiten.

Ergebnis all dieser Untersuchungen war, dass die Bodenproben keine Hinweise auf künstliche Radioaktivität, insbesondere auf PAC-Kügelchen, ergaben. Dies stellte im Jahre 2003 auch die Strahlenkommission des Bundes fest.

Was war die Folge? Trotz all dieser negativen Untersuchungsergebnisse anerkannter Institute wurden Ende 2004 von Bürgerinitiativen erneut Bodenpro-

ben genommen und der Universität Minsk übergeben. In einer Fernsehsendung des ZDF im Jahre 2006 wurde in wenigen Sätzen das dortige Resultat präsentiert, wonach die Bodenproben doch künstliche Radioaktivität enthielten. Ein wissenschaftlich nachvollziehbarer Bericht über diese Untersuchung ist sowohl den zuständigen Ministerien als auch der Öffentlichkeit bislang vorenthalten worden. Es war für das ZDF bedauerlicherweise auch nicht erwähnenswert, dass das Institut für Geowissenschaften der Universität Frankfurt am Main im Auftrag der Bürgerinitiativen im Jahr 2005, also ein Jahr später, keinen Hinweis auf künstliche Radioaktivität gefunden hatte, der sich nicht auf den Atomwaffen-Fall-out oder den Tschernobyl-Unfall zurückführen ließ.

Bemerkenswert in diesem ganzen Zusammenhang ist auch, dass keine der aus dem Labor Herrn Gabriels durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Rückstellproben die von ihm behaupteten Teilchen enthalten hat - Behauptungen übrigens, die Herr Gabriel auch schon für die Region Hanau aufgestellt hatte und die sich auch dort nicht hatten bestätigen lassen.

Hieraus ergibt sich meines Erachtens Folgendes. Wenn die Verfechter der Atomunfallthese recht hätten, müsste einerseits das gesamte 110 Meldestellen umfassende Fernüberwachungssystem versagt haben, andererseits alle genannten seriösen Institute entweder schlampig gearbeitet oder sogar bewusst die Öffentlichkeit getäuscht haben, auch müssten die beiden Kommissionen der Landesregierungen über Jahre hinweg diese angeblich mit bloßem Auge erkennbaren Kügelchen als Ursache der Leukämieerkrankung schlicht übersehen haben und die bei dem Brand in der Regel eingesetzten mehreren Dutzend Feuerwehrleute müssten bis heute alle schweigen. Ich frage: Wie wahrscheinlich ist das alles?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dennoch, die erhöhte Rate an Leukämieerkrankungen und die immer wieder auftretenden Erkrankungsfälle beunruhigen die Bevölkerung, die Politik und auch mich ganz besonders. Das Schicksal der erkrankten Menschen berührt mich, lässt mir keine Ruhe. Wir lassen deshalb nichts unversucht und ich kümmere mich auch weiterhin um dieses Problem.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe inzwischen veranlasst, dass Kontakt zu dem renommierten Max-Planck-Institut für Chemie, Abteilung Geochemie, in Mainz aufgenommen wurde. Ich halte es für zielführend, dass alle bislang

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

vorliegenden Gutachten zu der Kügelchen-Problematik hinsichtlich ihres methodischen Vorgehens in ihrer Gesamtheit durch dieses Institut nochmals dargestellt und evaluiert werden. Vielleicht ergeben sich hieraus noch Hinweise auf Teilbereiche aus dem Themenkomplex **Strahlung** und **Leukämie**, die dann noch vertiefter überprüft werden können.

Auch die **Ursachenforschung** außerhalb des Themas Strahlung soll weiter vorangetrieben werden. Wir haben hier in Schleswig-Holstein mit Professor Schrappe einen ausgewiesenen Wissenschaftler am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, der sich mit der Molekularbiologie von Erkrankungen von Kindern befasst. Professor Schrappe hat mir vor wenigen Tagen ein innovatives Forschungsvorhaben erläutert, das zwar in erster Linie der Therapieoptimierung an Leukämie erkrankter Kinder dienen soll, von dem aber darüber hinaus möglicherweise auch Erkenntnisse zur Aufklärung der Leukämieursachen zu erwarten sind. Wohlgermerkt bezieht sich diese Untersuchung nicht ausschließlich auf die Leukämie in der Elbmarsch, sondern sie ist eine bundesweite Studie, aber sie könnte uns weiterbringen. Er hat vorgeschlagen, mit dem gleichen Studienansatz auch die an Leukämie erkrankten Kinder aus der Elbmarsch zu untersuchen.

Diese Vorschläge und gegebenenfalls weitergehende Fragestellungen sollen von uns auch in einem Symposium des Mainzer Kinderkrebsregisters aktiv eingebracht werden, einem Symposium, das in diesem Jahr unter internationaler Beteiligung stattfinden soll.

Ich habe das Krebsregister Schleswig-Holstein gebeten, die Fakten zu den Krebserkrankungen und die Bedarfe für weitere Aktivitäten zusammenzutragen, damit wir ein Gutachten mit der Perspektive Leukämie in der Elbmarsch haben. Zudem werde ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in Hamburg und Niedersachsen dafür einsetzen, dass auch dort eine gesetzliche Meldepflicht für **Krebserkrankungen** geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Daraus können Sie erkennen, dass ich darauf Wert lege, ambitioniert, aber auch mit Realismus und dem notwendigen Augenmaß vorzugehen. Gerade auch im Hinblick auf die Betroffenen müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir keine allzu großen Erwartungen hinsichtlich des Findens einer Kausalität wecken dürfen. Ich werde mich aber mit Nachdruck dafür einsetzen, weiter zu investieren, wann immer sich ein einigermaßen Erfolg versprechender Ansatz zeigt, um die Ursachenaufklärung

tatsächlich voranzubringen. Ich denke, das sind wir den Menschen in der Elbmarsch schuldig.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin. - Bevor wir in die Aussprache eintreten, begrüße ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Mitglieder des CDA-Kreisverbandes aus Dithmarschen. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Ministerin hat die Zeit geringfügig überschritten. Wir werden deshalb bei den Fraktionen auch großzügig sein. - Ich erteile jetzt für den Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Ministerin. Mich hatte das etwas verwirrt, weil die Kollegen von SPD und CDU den Antrag ebenfalls unterstützen.

Frau Ministerin, vielen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen Bericht. Der Bericht **Leukämiefälle** im Bereich **Geesthacht/Elbmarsch** gibt eine gute Übersicht über die Untersuchung zur Aufklärung der Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen in der Region. Summarisch lässt sich feststellen, dass eine Ursache oder mehrere miteinander verbundene **Ursachen** bis heute nicht festgestellt wurden, dass eine kausale Zuordnung auch in Zukunft schwierig sein wird und dass zurzeit auch kein Ansatz zu erkennen ist, der zum Aufklärungserfolg führen würde. Ich glaube, dass ich für alle Antragsteller sprechen kann, wenn ich sage: Wir hätten es gern anders!

Der Aufwand, die Ursachen zu klären, ist auf schleswig-holsteinischer und niedersächsischer Seite groß gewesen. Über viele Jahre wurden verschiedenste Ansätze verfolgt. Es gab auf schleswig-holsteinischer Seite radioökologische Untersuchungen, die berühmten Tritium-Messungen in Baumscheiben und die aufwendige epidemiologische Untersuchung - die haben Sie in Ihrem Bericht gar nicht explizit erwähnt. Dies unterstreicht, wie viele verschiedene Ansätze gefahren wurden. Auf niedersächsischer Seite ist Trinkwasser ebenso wie Regenwasser, Nahrungsmittel, Luft und Boden untersucht worden. Untersucht worden sind Aerosole, die sich an der Staustufe in Geesthacht bilden, und Hausstäube.

(Detlef Matthiessen)

Fest steht, dass es eine sehr ausgeprägte Häufung von Leukämien bei Kindern gibt. Ein Cluster ist ein räumlich abgrenzbares Gebiet, in dem eine bestimmte Erscheinung signifikant häufiger auftritt als im Durchschnitt aller Gebiete beziehungsweise in dem beobachteten Gesamtraum. Das Cluster bei Geesthacht ist konzentrierter als anderswo auf der Welt. Ein zufälliges Auftreten dieser Häufung ist nach Aussagen der Wissenschaftler statistisch völlig ausgeschlossen.

(Lothar Hay [SPD]: Die Wahrscheinlichkeitsrechnung schließt das auch aus!)

Dieser räumliche Zusammenhang erzwingt eine Schlussfolgerung. Es gibt Gründe, die in der Region des Auftretens der Erkrankung zu suchen sind. Eine andere Schlussfolgerung kann sich nicht ergeben und diese Schlussfolgerung rechtfertigt auch den bisher betriebenen hohen Aufwand und die Zusage, auch in Zukunft den Ursachen in dieser Region nachgehen zu wollen und nachgehen zu müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wer in diesem Gebiet wohnt, macht sich Sorgen um die Kinder, um Verwandte und vielleicht auch um sich selbst. Den Familien, die von Krankheit und Tod betroffen sind, gilt unser Mitgefühl, denen, die sich sorgen, bringen wir Verständnis entgegen. Jeder kann sich selbst fragen, wie es wäre, wenn er dort wohnen würde. Man würde hoffen, dass es mit den Erkrankungen der Vergangenheit abgeklungen sei. Schließlich können mögliche Ursachen auch irgendwann einmal verschwinden. Der neue Fall und jeweils zu ihrer Zeit neue Fälle davor zeigen aber, dass es nicht vorbei ist. Es ist nicht vorbei. Das Neuaufreten von Krankheitsfällen belegt, dass die Ursachen, die wir nicht kennen, immer noch wirken.

In dem Bericht ist zu lesen, dass die Kausalzuordnung bei Clustern von Krebserkrankungen bisher nur ausnahmsweise gelingt. Das mag auch darin begründet sein, dass zum Entstehen eines Clusters geringere Fallzahlen ausreichen als zur statistisch abgesicherten Ursachenzuordnung. Daneben ist es auch möglich - wenn nicht vielleicht sogar naheliegend -, dass man es mit einem multifaktoriellen Geschehen zu tun hat, also mit mehreren miteinander verknüpften oder parallel wirkenden Ursachen.

Es gibt eine neue, noch laufende Fallstudie des deutschen Kinderkrebsregisters, deren Ergebnisse im Frühjahr 2007 vorliegen werden. Diese Studie beschäftigt sich zum einen mit der Frage, ob die Nähe des Wohnortes zu einem westdeutschen

Kernkraftwerk einen Risikofaktor für das Entstehen von Krebserkrankungen im Kindesalter darstellt. Zum anderen soll festgestellt werden, ob es gegebenenfalls andere Risikofaktoren bei an **Leukämie** erkrankten Kindern gibt, die nicht unmittelbar mit der Strahlenexposition durch die Nähe zu einem Kernkraftwerk, sondern durch andere, etwa eine Strahlenexposition beeinflussende Faktoren einhergehen, zum Beispiel berufliche Belastungen oder Strahlenbelastungen der Eltern, die dort arbeiten. So steht es im Bericht. Dies wollen wir abwarten und neu bewerten.

Seit 2002 häufen sich die Erkrankungen insbesondere im Ortsteil Grünhof-Tesperhude, wo die größte Nähe zu den radiologisch emittierenden Anlagen besteht.

Wir fordern aus diesem Grund den Stopp des Zubaus weiterer Anlagen, wie etwa des Zwischenlagers zur Aufbewahrung von abgebrannten Brennelementen, das jetzt in dieser Region, in der ohnehin sehr große Sorgen bei den Menschen bestehen, zusätzlich gebaut werden soll. Ich meine, die Minimierung von **Strahlenemissionen** ist das Gebot der Stunde.

Es war immer die Position von Schleswig-Holstein, dass ein Zwischenlager in der Nähe, nämlich in dem niedersächsischen Raum, wo eine genehmigte Anlage existiert, für Krümmel zuständig sein sollte und dass man auch für Brunsbüttel und Brokdorf mit einem Zwischenlager auskommen könnte. Daher haben wir wenig Verständnis für den Zubau einer neuen Anlage hier in der Region.

Der Sozialausschuss hat beschlossen, die Kollegen in Niedersachsen zu bitten, bei der dort geplanten Anhörung teilnehmen zu dürfen. Das ist ein Beschluss, den wir sehr unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es soll eine Delegation aus unserem Hause und eventuell auch aus der Hamburgischen Bürgerschaft nach Hannover fahren und dort in der Anhörung zuhören beziehungsweise mitwirken.

Ich empfehle, diesen Bericht des Ministeriums, mit dem wir uns heute befassen, in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen und dort die Arbeit fortzusetzen. Politisch sollten wir über weitere Maßnahmen nachdenken, die sich unmittelbar oder mittelbar aus der **Ursachenforschung** in der Elbmarsch ableiten lassen, wie die längst überfällige Vereinheitlichung der Erfassung von **Krebserkrankungen** in Deutschland. In Schleswig-Holstein ist die Meldung verbindlich, in Hamburg nicht. Meiner Meinung nach muss an dieser Stelle

(Detlef Matthiessen)

der Föderalismus aufhören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Wir sichern den Menschen in der betroffenen Region zu, dass wir weiterhin an ihrer Seite stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal sehr herzlichen Dank an die Verfasser des Berichts zu **Leukämiefällen** im Raum **Geesthacht/Elbmarsch**. Der sorgfältige Umgang mit den Forschungsergebnissen und die detaillierte Schilderung der Sach- und Datenlage zeigt, wie ernst auch die schleswig-holsteinische Landesregierung diese Sache nimmt, insbesondere die Häufung von Leukämien im Kindesalter.

„Warum ist wieder ein Kind an Blutkrebs erkrankt? Das muss doch etwas mit dem Kernkraftwerk in der Nachbarschaft zu tun haben!“ - Solche Fragen und Vermutungen tauchen mit großer Regelmäßigkeit in den Medien auf. Die Akute Lymphatische Leukämie, kurz ALL, ist die häufigste Krebserkrankung im Säuglings- und frühen Kindesalter. Wissenschaftler können leider immer noch keine endgültigen Antworten auf diese Fragen geben. Dass die meisten, wenn nicht alle kindlichen Leukämien schon in der Gebärmutter entstehen, heißt zwar, dass sie „angeboren“, nicht aber, dass sie „erblich“ oder Folge einer Krebsveranlagung sind. Der alte Streit, ob Krebs durch „schlechte Gene“ oder Umweltfaktoren bedingt ist, ist eigentlich kein Streit mehr. Jede Krebserkrankung ist letztlich eine Erkrankung der Gene. Krebs entsteht durch ein Zusammenspiel von genetischen Besonderheiten des Individuums und von Umweltfaktoren, bei dem einmal die eine und dann wieder die andere Seite die größere Rolle spielt.

Die Ursachen der ALL sind weitgehend unbekannt. Das deutsche Kinderkrebsregister in Mainz besteht erst seit 1980. Durch die Veröffentlichungen des Mainzer Krebsregisters und die Aktivitäten eines niedergelassenen Arztes in der Elbmarsch ab dem Jahre 1990 wurde die dortige Häufung von Leukämieerkrankungen von Kindern publik gemacht. Es

fehlt folglich an verlässlichen Daten, um Vergleiche mit Erkrankungszahlen in früheren Jahrzehnten vornehmen zu können.

Um die Vorfälle zu klären, setzte die damalige rot-grüne Landesregierung 1992 eine Kommission aus namhaften Fachleuten ein und gab mehrere aufwendige Gutachten in Auftrag. Der Auftrag war, einen möglichen Zusammenhang der Häufung der Leukämieerkrankungen mit dem nahen **Atomkraftwerk Krümmel** und dem benachbarten **GKSS-Forschungszentrum** zu untersuchen, wie es der Interessenlage der rot-grünen Landesregierung entsprach. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder waren entschiedene Kernkraftgegner. Dennoch konnte keine der von der Kommission bei verschiedenen wissenschaftlichen Instituten in Auftrag gegebenen Studien, darunter die groß angelegte „Norddeutsche Leukämie- und Lymphomstudie“ des Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin von 2002, einen Zusammenhang zwischen gehäuften Leukämieerkrankungen und dem AKW Krümmel oder der GKSS finden. Auch die eingehende Überprüfung der Emissionsdaten der beiden kerntechnischen Anlagen durch das als atomkritisch bekannte Darmstädter Öko-Institut erbrachte keine Auffälligkeiten.

Aus der Kommission traten im Jahr 2004 sechs von neun Mitgliedern aus. Diese Wissenschaftler - alle entschiedene Atomkraftgegner unter der Führung der Professoren Otmar Wassermann und Inge Schmitz-Feuerhake - erhoben heftige Vorwürfe gegen die rot-grüne Landesregierung, die angeblich ihre Arbeit behindert habe. Es ist bemerkenswert, dass die damalige Landesregierung die Ergebnisse der vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen gegen die ihr gesinnungsmäßig nahestehenden Wissenschaftler verteidigen musste. Wilfried Voigt, damaliger Staatssekretär, sagte, es sei am Ende gar nichts bewiesen worden und eine hochgradige Zumutung, vor allem gegenüber den Eltern in der Elbmarsch, wenn die sechs Wissenschaftler um Wassermann noch einmal alles aufrollen wollten, nachdem man 5 Millionen € in die Kommissionsarbeit investiert habe. Irgendwo müsse mit gewissen Hypothesen mal Schluss sein.

Die damalige Ministerpräsidentin Heide Simonis warf den zurückgetretenen Wissenschaftlern „ausgeprägte Geltungssucht“ und „aggressive Rechtshaberei“ vor, zu lesen in der „Zeit“ vom 25. November 2004.

Auf niedersächsischer Seite wurde bereits 1990 eine **Expertenkommission** eingesetzt, die im Jahre 2004 ihren Abschlussbericht vorlegte. In einem 16-Punkte-Programm wurden **wissenschaftliche**

(Ursula Sassen)

Untersuchungen in folgenden Einflussbereichen durchgeführt, die auch die Ministerin schon genannt hat: In der Elbe fanden Schadstoffmessungen der Aerosole statt. Die Milch von Kühen, die im Deichvorland grasen, wurde untersucht. Örtliche Emissionen wurden untersucht. Dabei ging es um ionisierende Strahlen, elektromagnetische Felder, chemische Schadstoffe aus der Industrie, Altlasten, möglicherweise belastete Kinderspielplätze. Man hat nichts ausgelassen. Im häuslichen Bereich wurde nach Radon und Lösungsmitteln gesucht. Die Muttermilch wurde untersucht. Der medizinische Bereich und sogar das Trinkwasser wurden untersucht. In keinem der untersuchten Bereiche, auch nicht dem der vermuteten Einwirkung ionisierender Strahlen, ließen sich Ursachen für die Häufung kindlicher Leukämien finden.

Die niedersächsische Untersuchungskommission befasst sich in ihrem Gutachten - wir hörten es bereits - auch mit den vor allem vom ZDF in sensationeller Weise verbreiteten Funden radioaktiver Kügelchen durch eine von der Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch beauftragte Arbeitsgemeinschaft, Arge PhAM, im Jahre 2001. Um diese Kügelchen, die nach Auffassung der Atomkraftgegner auf einen Störfall auf dem Gelände der GKSS im Jahre 1986 zurückgehen sollen, ranken sich Vermutungen wildester Art, unter anderem Forschungen mit Mini-Atombomben im GKSS.

Der damalige Staatssekretär Voigt hat auf dem Gelände der Forschungsanstalt persönlich nach Geheimlaboren und Spuren eines Brandes gesucht. „Da war nichts!“ Voigt dementierte auch, dass bei der GKSS Hybridversuche stattgefunden haben sollten; Zitat aus der „Zeit“ vom 25. November 2004.

Eine Überprüfung der Befunde der Arge PhAM durch einen Gutachter der Staatsanwaltschaft Lübeck, einen Experten des Kernforschungszentrums Jülich, das Bundesamt für Strahlenschutz sowie durch die Landesmessstellen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen verlief negativ. Deshalb wurde auch diese Variante der Störfallhypothese verworfen. Die Kommission gelangte daher zu dem Ergebnis, dass die Häufung der kindlichen Leukämien im Beobachtungsgebiet nicht durch bekannte Ursachen erklärt werden könne.

Die Erkrankungsrate ist in der Tat sehr ungewöhnlich, allerdings nicht so signifikant, dass eine rein zufällige Häufung ausgeschlossen werden kann. Andere Krebsformen kommen laut Kinderkrebsregister in der Region um die GKSS nicht häufiger vor als im bundesdeutschen Durchschnitt. Häufungen von Krebserkrankungen, insbesondere von

Leukämieerkrankungen, sind in den vergangenen Jahrzehnten in verschiedenen Teilen der Welt beobachtet worden. Beispielsweise haben zwischen 1960 und 1980 die Centers for Disease Control und Prevention in den USA 108 Cluster von Krebserkrankungen untersucht. Bei keinem Cluster ist es gelungen, eine Ursache für die Häufung zu entdecken. Anfang Oktober 2006 hat die Presse über einen weiteren Leukämiefall aus Geesthacht berichtet. Es war erneut die Rede von der höchsten Erkrankungsrate weltweit. Diese Aussage muss allerdings sehr differenziert betrachtet werden. Im benachbarten Hamburg und in Niedersachsen besteht im Gegensatz zu Schleswig-Holstein zwar ein Melderecht, aber keine Meldepflicht und weltweit ist eine umfassende Meldung erst recht nicht gewährleistet.

Dennoch sind Wissenschaft und **Forschung**, die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen gefordert, weiterhin in intensiver Zusammenarbeit dem Problem der Häufung von Leukämien im Raum Geesthacht/Elbmarsch mit allen Kräften zu begegnen. Ich begrüße daher, dass Niedersachsen nahezu zeitgleich weitere Initiativen in Kooperation mit Schleswig-Holstein angekündigt hat und der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages beschlossen hat, sich einer Expertenanhörung Niedersachsens anzuschließen.

Bei allem Verständnis für Atomkraftgegner warne ich davor, einen kausalen Zusammenhang zwischen Leukämieerkrankung in den Elbmarschen und dem Atomkraftwerk oder dem GKSS-Forschungszentrum zu sehen, solange es keine Beweise dafür gibt.

Deswegen gestatten Sie, Herr Kollege Matthiessen, mir eine weitere Bemerkung. Man kann nicht sagen, es sei zwingend davon auszugehen, dass die Häufung damit in Zusammenhang gebracht werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Das hat er nicht gesagt!)

Die an Leukämie Erkrankten in Schleswig-Holstein und überall in der Welt haben ein Recht darauf, dass die Ursachen losgelöst von ideologischer Betrachtungsweise erforscht werden. Daran wollen wir uns als CDU mit der Landesregierung in Kooperation mit Niedersachsen und Hamburg sehr gern beteiligen.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bericht des Ministeriums zeigt auf, dass die Häufung von **Leukämieerkrankungen** bei **Kindern und Jugendlichen** in der Elbmarsch erschreckend hoch ist. 16 Leukämieerkrankungen in den letzten 16 Jahren bei Kindern unter 15 Jahren - das ist bedrückend.

Wir alle müssen mit Betroffenheit zur Kenntnis nehmen, dass die Erkrankungen weiter zunehmen und dass wir trotz einer Vielzahl von Untersuchungen nach wie vor keine Erklärung für die Ursachen haben.

Die Leukämierate in der Elbmarsch und in meiner Heimatstadt Geesthacht liegt bei Kindern unter 15 Jahren, statistisch gesehen, dreimal so hoch wie im Durchschnitt der Bundesrepublik. Dies ist wohl die höchste Rate weltweit.

Die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben sich in den letzten Jahren frühzeitig mit der **Ursachenforschung** befasst. Es gab wissenschaftliche Fachkommissionen in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen. In Niedersachsen wurden vor allem die Umwelteinflüsse auf Luft und Boden, Trinkwasser, Nahrungsmittel und Elbsedimente untersucht.

Die schleswig-holsteinische Fachkommission befasste sich besonders mit Leukämieerkrankungen durch radioaktive Strahlungen. Verschiedene radiologische Untersuchungen, Tritiummessungen in Baumscheiben und epidemiologische Untersuchungen wurden durchgeführt. Das Ökoinstitut Darmstadt untersuchte auf unzulässige radioaktive Freisetzungen im Atomkraftwerk Krümmel sowie im Forschungszentrum der GKSS in Geesthacht.

Beide Untersuchungskommissionen haben in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass es keine beweisfesten Hinweise auf mögliche Ursachen der Leukämieerkrankungen gibt. Somit müsste von einer zufälligen **Clusterbildung** ausgegangen werden.

Meine Damen und Herren, wir sind verpflichtet, die Ängste der Bevölkerung in ihrem Lebens- und Wohnumfeld ernst zu nehmen. In der ZDF-Dokumentation „Und keiner weiß warum - Leukämietod in der Elbmarsch“, wird von einer Explosion berichtet, bei der „gesundheitsgefährdende Kügelchen“ freigesetzt worden sein sollen. Nicht alle in

der Dokumentation aufgeworfenen Fragen sind für mich abschließend beantwortet. Gerade die Frage, welchen Ursprung diese „Kügelchen“ haben könnten und wie sie untersucht werden sollten, müssen wir gemeinsam klären. Auch wenn wir die Ursachen bisher nicht zweifelsfrei gefunden haben, dürfen wir nichts unversucht lassen, weiter nach diesen Ursachen und ihren möglichen Gefahren zu forschen.

An reine Zufälle kann ich bei der ungewöhnlich hohen Zahl von Leukämieerkrankungen allerdings nicht glauben. Wenn über so einen langen Zeitraum eine so hohe Zahl von Leukämiefällen auftritt, muss man alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Ursachen zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Initiative des niedersächsischen Sozialausschusses, erneut eine neue Anhörung durchzuführen und auf die aktuelle Situation einzugehen. Es ist auch nur folgerichtig, dass auf unsere Initiative der Sozialausschuss im Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen hat, sich an der Anhörung zu beteiligen. Wir wollen aber auch die Hamburger Bürgerschaft einladen, sich dort einzubringen.

Wir müssen in allen drei Bundesländern offen und transparent zusammenarbeiten, die Ergebnisse und Informationen austauschen und bewerten. Einen für die Menschen in den Elbmarschen gefühlten „Closed Shop“ dürfen wir nicht zulassen. Dafür brauchen wir in allen drei Bundesländern die Verpflichtung, alle Krebsfälle in einem **Krebsregister** zu melden. In Hamburg besteht diese Verpflichtung für Erkrankungen von Erwachsenen bislang noch nicht.

Meine Damen und Herren, Parlament, Regierung und die Bürgerinitiative müssen gemeinsam und ohne Scheuklappen zur Aufklärung beitragen und alles versuchen, um die Ursachen zu finden. Sich heute schon auf dem bekanntem Wissen auszuruhen und weitere Forschungen einzustellen, ist zu kurzsichtig. Wir suchen und forschen nur nach dem, was wir in unserem naturwissenschaftlich geprägten Weltbild kennen. Die Welt ist aber viel komplexer und größer als das, was wir momentan messen können. Dies gilt auch für die Situation in der Elbmarsch und im Raum Geesthacht.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir wissen, dass in Geesthacht und in der Elbmarsch in den Jahren 1990 bis 2006 16 Kinder unter 15 Jahren an Leukämie erkrankt sind. Und wir wissen, dass wir nicht wissen, welche Ursache diese Häufung von Leukämieerkrankungen hat.

Das ist die ebenso erschütternde wie ernüchternde Bilanz, die sich aus dem Bericht der Landesregierung zu Leukämiefällen im Raum Geesthacht/Elbmarsch ziehen lässt. Dies ist übrigens ein ausgesprochen sachlicher Bericht. Dafür bedanke ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Frau Ministerin, und bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben.

(Beifall bei der FDP)

Nach dem vorletzten Satz der Kollegin Sassen will ich eines ausdrücklich sagen. Ich bedanke mich ausgesprochen auch für die Art und Weise, wie wir heute über diesen Bericht miteinander reden, für die Sachlichkeit. Das gilt insbesondere auch für den Kollegen Matthiessen, der, Frau Kollegin Sassen, den von Ihnen behaupteten Zusammenhang eben nicht vorgetragen, sondern darauf verzichtet hat, was ich bemerkenswert fand.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten
Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms
[SSW])

Auf der langjährigen Suche nach einer Antwort, was oder wer schuld ist, dass so viele Kinder an Leukämie erkrankten, war der Umgangston leider selten so sachlich, wie er heute ist. Politiker wie Wissenschaftler haben jahrelang mit ihren Sichtweisen und Interpretationen um sich geworfen. Manche tun es heute noch. Einen Preis für Diplomatie hätte dafür keiner gewonnen.

Umso mehr hoffe ich, dass wir für die weitere Arbeit jetzt zu einem angemesseneren Umgangston finden, zu einem Ton, wie er hier heute herrscht, der die Ängste der Betroffenen ernst nimmt, der keine Ängste, aber auch keine unbegründeten Hoffnungen schürt oder Vorurteile bedient, der Platz lässt für eine ergebnisoffene Recherche.

Die Bewohner Geesthachts und der Elbmarsch leben mit einer nach wie vor ungeklärten Bedrohung.

Leider gibt es zum jetzigen Zeitpunkt ausweislich des Berichts nach Auskunft von Experten auch keine neuen Erfolg versprechenden Ansätze für weitere Untersuchungen, die eine Aufklärung der Ursachen des Leukämieclusters erwarten lassen.

Das heißt nicht, dass wir die Flinte ins Korn werfen. Gerade hat sich der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages geschlossen dafür ausgesprochen, die vom Niedersächsischen Landtagsausschuss initiierte Anhörung von Wissenschaftlern zu Leukämiefällen in der Elbmarsch gemeinsam durchzuführen. Dabei handelt es sich um eine Anhörung, an der zum ersten Mal in der zwanzigjährigen Geschichte der **Leukämiekommission** alle beteiligten Wissenschaftler in einer Runde zusammenkommen sollen. Ich finde das ausgesprochen gut. Denn möglicherweise ergeben sich aus dieser Expertenrunde eben doch noch neue Ansätze. Diese Hoffnung bleibt; nur ändert das an der ungeklärten Bedrohung nichts. Damit müssen wir alle ehrlich umgehen.

Ich bin davon überzeugt, dass Wissenschaft und Politik viel Glaubwürdigkeit zurückgewinnen würden, wenn alle Beteiligten fair und transparent mit ihrem - wie ich es nennen möchte - Nichtwissen umgingen, anstatt ihre jeweiligen Sichtweisen zur vermeintlichen Wahrheit zu überhöhen. Gerade nach den jahrelangen Streitigkeiten, nach Studien und noch mehr Studien und weiteren Studien über die Studien gibt es zu den Leukämiefällen keine Wahrheit mehr, sondern nur noch eine Konstruktion, gespeist von Bevölkerungskreisen und Wissenschaftlern, für die bereits die Existenz eines Kernkraftwerks Grund genug ist, von einer gefährlichen Strahlenwirkung auszugehen, gespeist von anderen Teilen der Bevölkerung und anderen Wissenschaftlern, die die Leukämieerkrankungen genau unterteilen in akute und chronische Leukämien, in lymphatische und myeloische Leukämien und die die Zusammenhänge mit **radioaktiver Strahlung** deshalb ausschließen können, gespeist von einer Fülle weiterer Kenntnisse und Wahrnehmungen, von Erfahrungen, Überzeugungen und Gefühlen.

Das sind viele Wahrheiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber die Bedrohung bleibt - und die Tatsache, dass immer wieder Kinder an Leukämie erkranken. Was liegt da näher als der Wunsch, endlich doch die Ursache zu finden?

Als blanker Zynismus muss es doch zumindest in den Ohren der Betroffenen und ihrer Eltern erscheinen, wenn der Direktor des Kinderkrebszentrums am UKE Ende November via dpa erklärt, dass die Zahlen erst noch ein weiteres Jahr über dem Durch-

(Dr. Heiner Garg)

schnitt liegen müssten, bevor nähere Untersuchungen angestellt würden. - Noch mehr kranke Kinder?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass wir nichts wissen. Alle durchgeführten **Untersuchungen** lieferten bislang keine mögliche Erklärung für die **Ursache** der Häufung kindlicher Leukämien in Geesthacht und in der Elbmarsch.

Weder die Untersuchungen in Schleswig-Holstein, die unter besonderer Berücksichtigung strahlenbiologischer und epidemiologischer Fragestellungen durchgeführt wurden, noch die niedersächsischen Untersuchungen, die primär die Umweltmedien zum Gegenstand hatten, also zum Beispiel das Nahrungsmittel, Wasser, Luft und Boden. Dabei wurde selten eine Region so auf den Kopf gestellt: Waren Viren Ursache der Leukämien? Schadstoffe im Trinkwasser? Biozide oder Pestizide? Altlasten auf Kinderspielplätzen? Muttermilch oder Kuhmilch? Oder war es doch Radioaktivität?

Es gibt keine eindeutige Ursache. Und alle müssen sich davor hüten, nur deshalb eine Erklärung anzubieten, möglicherweise sogar eine spannende Erklärung, nur weil es ansonsten noch schwerer auszuhalten wäre, dass sich die Ursache-Wirkung-Beziehung nicht erklären lässt.

Ich spiele damit bewusst auf die „These eines Brandereignisses auf dem Forschungsgelände der GKSS“ an. Dankenswerterweise hat die Landesregierung auch darauf eine sachliche Antwort gefunden.

Wir wissen, dass wir noch nichts wissen. Es ist noch nicht einmal sicher, dass wir überhaupt etwas herausfinden. Die Center for Disease Control und Prevention in den USA haben im Zeitraum 1960 bis 1980 diverse Cluster von Krebserkrankungen untersucht, insgesamt 108. Bei keinem Cluster ist es gelungen, eine Ursache für die Häufung zu entdecken.

Unser Ziel muss es deshalb sein, ergebnisoffen weiter nach einer Ursache für die Leukämieerkrankungen in Geesthacht und in der Elbmarsch zu suchen. Ohne Frage wird diese Suche auch in Zukunft kontrovers verlaufen, insbesondere da die hoch komplexen medizinischen wie physikalischen Zusammenhänge für Laien häufig kaum nachvollziehbar sind.

Umso wichtiger ist es, dass sowohl wir Politiker als auch die Wissenschaftler ehrlich und transparent mit diesen Kontroversen umgehen. Alles andere ist aus Sicht meiner Fraktion eine Zumutung für die Betroffenen.

Ich freue mich auf die weitere Arbeit und ich freue mich - das sage ich noch einmal -, dass es heute

möglich ist, in dieser Form über das ernste Problem zu reden.

(Anhaltender Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für den SSW im Landtag hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ein Kind plötzlich an Leukämie erkrankt, ist dies für die Angehörigen ein schwerer Schlag und eine enorme Belastung. Für alle Betroffenen ist dies eine kummervolle Zeit, da der Ausgang der Krankheit nicht vorhersehbar ist. Die Frage der Heilungschancen ist hierbei oft verbunden mit leidvollen Chemotherapien. Selbst bei einem Genesungsprozess kommen immer wieder Fragen auf wie: Trägt das Kind einen Schaden davon oder wie hoch ist die Rückfallgefahr? - Und irgendwann taucht die Frage auf: Warum erkrankt ein Kind an Leukämie?

Dass diese Frage bei den Eltern in der Samtgemeinde Elbmarsch und im Raum Geesthacht in den letzten Jahren häufig gestellt wurde und zu Verunsicherungen führt, ist, angesichts der häufigen Leukämieerkrankungen bei den dortigen Kindern verständlich.

Ende September letzten Jahres ist wieder ein Kind aus Geesthacht an Leukämie erkrankt. Damit sind im Zeitraum von 1990 bis 2006 mittlerweile bei insgesamt 16 Kindern unter 15 Jahren Leukämieerkrankungen gemeldet worden. Aufgrund der Häufigkeit bei Kindern in einem bestimmten Zeitraum und in einer bestimmten Region spricht man hierbei von einem Leukämiecluster. Das Deutsche Kinderkrebsregister geht von Folgendem aus: Wenn man die durchschnittliche Erkrankungsrate zugrunde legt, dann wären fünf statt 16 Kinder an Leukämie in der Elbmarsch und Geesthacht erkrankt.

Dem Bericht der Landesregierung ist hierbei zu entnehmen, dass es immer wieder in verschiedenen Teilen der Welt derartige Clusterbildungen gegeben hat - häufig im Zusammenhang mit Leukämieerkrankungen. Untersuchungen in den USA haben jedoch keine Ursachen für diese Häufungen ergeben.

Für die Betroffenen möchte ich klarstellen, dass diese Aussage wenig hilfreich ist. Sie kann daher nur zu einer rationalen Klärung herangezogen werden. Angesichts der Häufigkeit der Leukämieerkrankungen bei **Kindern** in der Elbmarsch und in Geesthacht ist davon auszugehen, dass das dortige

(Lars Harms)

Cluster in seinem Umfang auch weltweit auffällig ist.

Da diese ungewisse Situation über die Ursachen der Erkrankungen niemanden kaltlassen kann, wurden bereits frühzeitig mehrere Untersuchungen von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen bezüglich Leukämie in der Elbmarsch in Auftrag gegeben.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass insgesamt 17 umfangreiche **Studien** im Zeitraum von 1992 bis Ende November 2005 durchgeführt wurden. Sowohl Schleswig-Holstein als auch Niedersachsen haben Expertenkommissionen eingesetzt, die zahlreiche potenzielle Ursachen für die Leukämieerkrankungen untersuchen sollten. Dazu zählten unter anderem radioaktive Strahlenbelastungen sowie **epidemiologische Untersuchungen**. Darüber hinaus wurden auch natürliche Gegebenheiten wie beispielsweise Wasser, Boden oder Luft und Nahrungsmittel untersucht. Doch keine der durchgeführten Untersuchungen lieferte eine wissenschaftlich fundierte Erklärung für die Ursache der Häufung kindlicher Leukämien in dieser Region.

Dass diese Ungereimtheiten Spielraum für Spekulationen schaffen, hat sich mittlerweile bestätigt. So gibt es Wissenschaftler und Studien, die den Zusammenhang zwischen dem Atomreaktor oder dem **Forschungszentrum Geesthacht** und den Leukämiefällen bestreiten. Andere wiederum äußern den Verdacht, radioaktive Strahlung könnte die Ursache für die Erkrankungen sein. Und der Höhepunkt war in diesem Zusammenhang die Ämterniederlegung von insgesamt sechs Mitgliedern der **Leukämiekommission** im November 2004, mit dem Vorwurf der Verschleierungstaktik vonseiten der damaligen Landesregierung.

Solche Vorwürfe tragen nicht zu einer Problemfindung und sachlichen Lösung bei. Derartige Schlammschlachten erwecken eher den Anschein, dass es sich bei den gegenseitigen Schuldzuweisungen manchmal um gekränkte akademische Eitelkeiten handeln könnte. Als Laie in Sachen medizinische Untersuchungen will ich mich nicht an der Kritik um Hypothesen und Forschungsmethoden beteiligen. Hier erwarte ich von der Landesregierung, dass sie die nach ihrem Ermessen besten unabhängigen Wissenschaftler für die Studien heranzieht.

Obwohl kein kausaler Zusammenhang zwischen den Leukämiefällen und dem **Kernkraftwerk Krümmel** oder dem Forschungszentrum nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen festzustellen ist, beschleicht einen trotzdem dieser Ver-

dacht. Und eben dieser Verdacht lässt die Bevölkerung in der Region auch nicht zur Ruhe kommen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass die Untersuchungen nicht gestoppt werden dürfen, bevor der schlüssige Beweis vorliegt, dass das AKW oder das GKSS nichts mit den Leukämiefällen zu tun hat oder andere Ursachen für die häufigen Erkrankungen gefunden werden konnten. Obwohl bisher keine Zusammenhänge wissenschaftlich belegbar sind, können wir letztendlich nicht ausschließen, dass sie vorhanden sein können. Denn an puren Zufall mag niemand denken und es kann uns auch nicht befriedigen.

Im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk warten wir noch gespannt auf die Ergebnisse der **Fall-Kontrollstudie des Deutschen Kinderkrebsregisters** in Mainz, die im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt werden sollen. Denn dort befasst man sich unter anderem mit der Fragestellung, ob die Nähe eines Wohnortes zu einem westdeutschen Kernkraftwerk einen Risikofaktor für das Entstehen von Krebserkrankungen im Kindesalter darstellt. Darüber hinaus wird untersucht, ob auch andere **Risikofaktoren** vorliegen. Auf dieser Studie wird dann in diesem Jahr weiter aufgebaut. Hierbei werden neue genetische und molekularbiologische Verfahren herangezogen, mit deren Hilfe man sich erhofft, die Ursachenforschung und Leukämietypen gezielter eingrenzen zu können.

Ebenso von Bedeutung ist das seit 20 Jahren beim Robert-Koch-Institut geführte bundesweite Krebsregister und das schleswig-holsteinische Krebsregister. Durch einen Abgleich der beiden Register verspricht man sich eine fundierte Ursachenforschung, um eine effektivere Vorbeugung von Krebserkrankungen möglich machen zu können. Bei einem ersten und bisher einzigen Abgleich des Robert-Koch-Institutes von 1999 konnte leider kein Abgleich mit dem schleswig-holsteinischen Krebsregister durchgeführt werden, da sich das Krebsregister seinerzeit noch im Aufbau befand.

Mittlerweile sind sechs Jahre ins Land gegangen und es hat noch keinen Abgleich mit dem schleswig-holsteinischen Krebsregister stattgefunden. Dies ist mehr als bedauerlich. Denn der **Datenabgleich** ist erforderlich, damit Krankheitsursachen gezielt untersucht werden können. Hier muss die Landesregierung dringend nachhaken.

Der von der SPD kürzlich eingebrachte Vorschlag, zur Untersuchung der rätselhaften Häufung von Leukämiefällen in der Elbmarsch eine gemeinsame Anhörung der Sozialausschüsse des Niedersächsischen Landtages sowie der Hamburgischen Bürgerschaft durchzuführen, findet auch die Unterstützung

(Lars Harms)

des SSW. Denn es macht noch mal deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein mit dem Problem nicht allein dastehen.

Eine gemeinsame Anhörung insbesondere mit den Kollegen in Niedersachsen kann auch dazu beitragen, Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Vorgehensweisen und Untersuchungsmethoden aus dem Weg zu räumen. Schließlich handelt es sich hierbei um ein Problem, das länderübergreifend ist. Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, uns nicht streiten, können wir den Menschen in der Elbmarsch deutlich machen, dass das Problem vonseiten der Politik ernst genommen wird. Gegenseitige Kritik und Missverständnisse helfen hier nicht weiter. Wir müssen klären, wie wir künftig gemeinsam Bund-Länder-übergreifend das Problem angehen können, und dazu zählt selbstverständlich auch eine verpflichtende Meldung von Krebserkrankungen.

Für den SSW haben die Sorgen der Menschen in der Elbmarsch absoluten Vorrang wie, glaube ich, auch für alle anderen Kollegen hier im Hause. Wir müssen die Ängste und Bedenken der Leute vor Ort ernst nehmen. Darum dürfen wir mit den Untersuchungen zu den Leukämiefällen so lange nicht aufhören, bis wir einen schlüssigen Beweis für die Ursache der häufigen Leukämieerkrankungen haben. Nur so werden wir unserer Verantwortung denjenigen gegenüber gerecht, die sich um die Gesundheit ihrer Kinder und um die eigene Gesundheit besonders große Sorgen machen. Deshalb bin auch ich froh, dass wir hier in einer so vernünftigen und ordentlichen Art und Weise dieses Thema behandelt haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich gern noch einmal auf der Besuchertribüne, wie es Tradition ist, besonders unsere ehemalige Abgeordnete Frau Peters aus Dithmarschen begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem weiteren Beitrag für die SPD-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ergänzend zu den Ausführungen meines Kollegen Olaf Schulze, der insbesondere auf die Situation

vor Ort eingegangen ist, gestatten Sie mir noch einige kurze Anmerkungen aus gesundheitspolitischer Sicht. Die Ursachen von Krankheit sind sehr vielfältig. Neben den genetischen Voraussetzungen gibt es unterschiedliche Faktoren, die die Gesundheit beeinflussen, zum Beispiel die soziale Lage, Ernährung, Tabak- und Alkoholkonsum und so weiter. Wir wissen auch, dass die Gesundheit stark, sogar zunehmend sehr stark durch **Umwelteinflüsse** beeinträchtigt wird. Umweltfaktoren spielen auch eine sicherlich wichtige Rolle bei der Entstehung von Krebserkrankungen, die nach wie vor mit an der Spitze der Todesursachen stehen.

Die Häufigkeit von **Krebserkrankungen** steigt in den letzten Jahren weiter an und das trotz intensiver Ursachenforschung weltweit. Die Dachdokumentation Krebs im Robert-Koch-Institut weist allerdings auch aus, dass die **Sterblichkeit** an Krebs in den letzten Jahren Gott sei Dank zurückgegangen ist. Das ist ein Hinweis auf verbesserte **Früherkennungsuntersuchungen** und Methoden, aber auch auf verbesserte therapeutische Maßnahmen. Wenn es also um Erkrankungen geht, müssen wir uns zum einen einer intensiven Ursachenforschung, zum anderen aber auch einer ständig sich verbessernden frühzeitigen Diagnose und einer ebenso ständig zu verbessernden Therapie im Krankheitsfall widmen.

Das Thema Leukämiehäufigkeit in der Elbmarsch und im Großraum Geesthacht begleitet, ja belastet uns seit vielen, vielen Jahren. Sowohl die Länder Schleswig-Holstein als auch die Niedersachsen haben viele Jahre in unterschiedlichen Foren, Expertenanhörungen, mit Kommissionen jeder für sich, aber auch gemeinsam Ursachenforschung betrieben, leider mit einem nicht zufriedenstellenden Ergebnis für uns und natürlich insbesondere auch für die Menschen, für Familien mit Kindern in dem betroffenen Gebiet. Die Aussage von Professor Edmund Lengfelder, Strahlenbiologe und Mitglied der Leukämiekommission, ist bezeichnend für die Situation:

„Die Kommission hat zwölf Jahre lang nach Ursachen gesucht und alle erdenklichen Ursachen ausschließen können, chemische Ursachen, Pestizide, Düngemittel. Übrig geblieben ist die Vermutung, es ist von Strahlung ausgelöst.“

Diese Aussage macht deutlich, dass es nach wie vor keine verbindlichen kausalen Erklärungen für dieses weltweit größte Leukämiecluster gibt. Aber genau weil wir uns die Ursachen bisher nicht erklären können und uns möglicherweise zum jetzigen Zeitpunkt auch keine neuen Erklärungsansätze vorstellen können, bleibt es erforderlich, immer wieder zu

(Jutta Schümann)

versuchen, den Ursachen auf den Grund zu gehen, so wie die Ursachenforschung im Bereich der Krebserkrankungen nicht aufhören wird, bis es eindeutig klare **Erklärungsmuster** für die Entstehung geben wird. Deshalb möchten wir, die Mitglieder des Sozialausschusses, auch die Planung der niedersächsischen Kollegen für eine Expertenanhörung zu diesem Thema nutzen und gemeinsam hoffentlich auch mit unseren Hamburger Kolleginnen und Kollegen uns an dieser Expertenanhörung beteiligen. Möglicherweise erhalten wir neue Zusatzinformationen oder Erkenntnisse, über die wir bisher noch nicht verfügen.

Neben der verstärkten Ursachenforschung erscheint es aber ebenso erforderlich, noch einmal abzuprüfen, wie die entsprechenden **Krebsregister** geführt werden und wie die betreffenden Länder miteinander kooperieren. Es erscheint aus meiner Sicht problematisch, dass es zum Beispiel in Hamburg keine Verpflichtung gibt, Erkrankungsfälle an das Krebsregister zu melden. Auch da sollten wir länderübergreifend einheitliche Standards entwickeln. Das könnte auch für die Verbesserung in der Zusammenarbeit der niedergelassenen Ärzte vor Ort gelten, aber auch für die Zusammenarbeit der Fachärzte an den Kliniken und Universitätskliniken in Schleswig-Holstein und Hamburg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss uns gelingen, die Menschen vor Ort aus der Region Geesthacht mitzunehmen, und das gilt auch für die Bürgerinitiative vor Ort.

Die von der Ministerin angekündigte Teilnahme an dem geplanten Symposium des Mainzer Krebsregisters ist zu begrüßen und auch die Absicht, unterschiedliche Forschungsansätze zu koordinieren. Das gilt ebenso für die geplante Zusammenarbeit mit Herrn Professor Schrappe vom Universitätskinderklinikum hier in Kiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen nach meinem Eindruck ein mit den anderen Ländern abgestimmtes Unterstützungs-, Informations- und Hilfefkonzept für die gesamte Region mit bekannten Anlaufstellen und einer engen Kooperation zu denjenigen, die für den Bereich der verbesserten Therapie forschen und arbeiten. In welcher Weise dieses konkret durchgeführt wird, sollten wir gemeinsam in unserem Ausschuss, aber insbesondere gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Hamburg und Niedersachsen erörtern, um dann hoffentlich ein Stückchen weiterzukommen. Wenn wir nicht mit den Ursachen und den Erkenntnissen über die Ursachen so schnell weiterkommen, dann sollten wir zumindest alle Möglichkeiten nutzen,

die uns im Bereich einer verbesserten Diagnose und Therapie zur Verfügung stehen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Jutta Schümann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich gehe einmal davon aus, dass Ausschussüberweisung beantragt ist, und zwar an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung. Wer so beschließen will, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1165, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so gesehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1072

Ich erteile das Wort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Trauernicht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, einen, wie ich finde, sehr informativen Bericht zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule vorlegen zu können. Kein anderes Thema bestimmt die jugend- und bildungspolitische Debatte in den letzten Jahren so sehr wie die ganzheitliche Bildung von Kindern und jungen Menschen. Die Steigerung der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen wird als eine zentrale gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe definiert. Das ist auch nicht verblüffend, denn in einer wissensbasierten Gesellschaft sind nun einmal erfolgreiche Schulabschlüsse junger Menschen aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten ein Garant dafür, dass sie eine gute Zukunft haben, und darüber hinaus auch Garant für die Zukunftsfähigkeit unseres ganzen Landes. In der Verstärkung und Weiterentwicklung der **Kooperation von Jugendhilfe und Schule** wird ein Schlüssel zum Erreichen dieser Zielsetzung gesehen.

Wir bauen in Schleswig-Holstein seit Anfang des Jahres 2001 auf einer Rahmenkonzeption auf, die auf drei Säulen steht, der strukturellen Kooperation und der Weiterentwicklung dieser strukturellen Ko-

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

operation zweier an sich sehr unterschiedlicher Bereiche, nämlich Jugendhilfe und Schule, auf der Beratung und Fortbildung der in diesen Bereichen tätigen Fachkräfte und auf der praktischen Kooperation vor Ort. Wir haben diese Rahmenkonzeption, wie dargelegt, seit dem Jahr 2001 weiterentwickelt und neuen Anforderungen angepasst.

Wir haben darüber hinaus auf Landesebene und auch auf der kommunalen Ebene, die meines Erachtens ebenfalls sehr hohe Standards erreicht hat und die es möglich gemacht hat, dass es auch auf örtlicher Ebene zu zahlreichen Kooperationsprojekten gekommen ist, Kooperationsstrukturen aufgebaut.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Einen Moment, Frau Ministerin! Ich bitte darum, dass die Gespräche, die nicht zum Tagesordnungspunkt gehören, draußen geführt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Wir konnten vor kurzer Zeit eine **Serviceagentur „Ganztägig lernen“** einrichten. Ich denke, auch diese Serviceagentur hat geholfen, dazu beizutragen, dass sich die Kooperation von Jugendhilfe und Schule in unserem Land weiter verbessert. Der Bericht zur Entwicklung offener Ganztagsschulen in Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2004 ist Ihnen sicher allen noch in Erinnerung. Er nennt drei Perspektiven zur Weiterentwicklung in diesem Bereich. Die **Kooperation mit außerschulischen Partnern** ist ein Schlüsselthema. Darüber hinaus nennt er die offene Ganztagsschule, für die der Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schule als gemeinschaftliche Aufgabe auch von außerschulischen Partnern definiert ist. Hier ist vor allem die Jugendhilfe zu nennen. Die offene Ganztagsschule leistet einen Beitrag zur Familienfreundlichkeit unseres Landes. Der Bericht definiert für das Jahr 2007 eine Zielgruppe von offenen Ganztagsschulen, die inzwischen deutlich übertroffen wurde. Ich finde, das ist ein ganz großartiger Erfolg!

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Eine erfolgreiche Kooperation von Jugendhilfe und Schule setzt voraus, dass sie in verlässliche und tragfähige Strukturen eingebettet ist. Diese Strukturen zu pflegen und aufzubauen, ist eine zentrale Aufgabe vor Ort. Um diese Aufgabe vor Ort mög-

lich zu machen, hat das Land ein Programm aufgelegt, mit dem jeder **Landkreis** und jede **kreisfreie Stadt** jährlich mit Mitteln in Höhe von 26.000 € unterstützt wird.

Wenn man sich die Entwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten anguckt, was anhand dieses Berichtes möglich ist, dann sieht man, dass vor Ort sehr unterschiedliche **Schwerpunkte** und Akzente gesetzt worden sind. Das ist durchaus gewollt. Ich denke, dieser Bericht macht zunächst einmal transparent, dass die Unterschiede sehr differenziert zu bewerten sind und mit der jeweiligen Region zu tun haben. Ein Schwerpunkt ist das Ziel der Reintegration verhaltensauffälliger beziehungsweise gewaltbereiter Schülerinnen und Schüler. Weitere Schwerpunkte sind zum Beispiel gesundheitsfördernde Angebote, Bewegungsangebote und Angebote zur Gestaltung der Freizeit von Kindern und jungen Menschen, aber auch der Versuch, Suchtprävention zu betreiben oder sie in internationale Jugendprogramme einzubinden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Angebote wie die Hausaufgabenhilfe und die Konfliktbearbeitung wie vieles andere mehr. Ich finde, das ist ein beeindruckender Bericht.

Wenn man die Perspektiven betrachtet, dann kommt es in den nächsten Jahren im Wesentlichen darauf an, dass wir die Beispiele gelungener Zusammenarbeit transparent machen und weiterentwickeln.

(Beifall bei SPD und FDP)

Hier sind die Runden Tische der Landeshauptstadt Kiel und die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen ebenso wie das Prävention-im-Team-Programm und die Perspektive lokaler Bildungspartnerschaften zwischen Jugendhilfe und Schule auf den Weg zu bringen. Im Kern geht es darum, eine integrierte kommunale Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zu gestalten. Diese Aufgabe der Kommunen wird das Land auch in den nächsten Jahren nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache. - Frau Abgeordnete Angelika Birk hat das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade habe ich geklatscht, weil Sie wieder eine sehr überzeugende Rede gehalten ha-

(Angelika Birk)

ben, Frau Trauernicht. Wir werden den Bericht trotzdem kritisieren. Wir danken dafür, dass die Fakten da sind. Daran haben wir natürlich keine Kritik. Wir denken aber an den gestrigen Tag und an die verpasste Chance, Jugendhilfe und Schule systematischer zusammenzuführen. Trotz des Engagements vor Ort und der in der Tat beachtlichen Steigerungsraten beim Ausbau der **offenen Ganztagschule** sowie bei der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule steht das Gesamtprojekt finanziell und im Alltag häufig noch auf wackligen Füßen. Gestern forderten wir deshalb mit unserem Antrag zum Schulgesetz mehr Autonomie für die Schulen. Sie soll die **Zusammenarbeit** von **Jugendhilfe und Schule** organisieren. Vorbildlich geschieht dies zum Beispiel im Schulzentrum in Bargteheide, wo Grundschule, Gesamtschule und Jugend- und Sozialarbeit kooperieren. Ich kann alle Kolleginnen und Kollegen nur ermuntern: Gucken Sie sich das einmal an, das funktioniert dort seit Jahren! Grundlage ist natürlich, dass auch die Kommune ihren finanziellen und organisatorischen Anteil daran trägt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es braucht allerdings diese solide finanzielle Basis. Seit dem Jahr 2000 - immerhin seit sieben Jahren - ist es erklärter Wille des Landtags, dass Jugendhilfe und Schule systematisch zusammenarbeiten. Aus dem Jugendministerium und aus dem Bildungsministerium wurden spätestens seither verschiedene Förderprogramme aufgelegt sowie regionale und landesweite Fortbildungen und Fachtagungen veranstaltet, um die Kommunen bei diesem Auftrag zu unterstützen. Auf diese Weise haben sich Schulen Schritt für Schritt geöffnet und vielerorts die offene Ganztagschule vorbereitet und gestaltet.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass - wie es im Bericht steht - nur 50 % der Kinder an diesen offenen Ganztagschulen diese Angebote wahrnehmen. Hier wäre nachzufragen, aus welchem Grund es nicht mehr sind. Sind nicht mehr Angebote möglich? Sind die Angebote nicht attraktiv genug oder liegt es an anderen Sachen? Liegt es daran, dass eine Reihe dieser **Angebote** durchaus kostenträchtig sind? Nach meinen persönlichen Kenntnissen ist der im Bericht genannte Unkostenbeitrag von 72 € pro Monat für eine mindestens dreitägige Teilnahme in der Woche nicht unbedingt das höchste der Gefühle. Es gibt immer wieder - offizielle und inoffizielle - Fälle, in denen durchaus mehr Geld auf den Tisch gelegt werden muss.

Jetzt wäre mit dem Haushalt 2007/2008 und dem neuen **Schulgesetz** die Zeit gewesen, die verschiedenen und gemessen am Haushalt und an der Auf-

gabe nach wie vor kleinen Finanzprogramme des Jugendministeriums und des Bildungsministeriums zu entbürokratisieren, aufzustocken und noch besser aufeinander abzustimmen. Ich weiß, dass im Jugendministerium eine Neuordnung der Finanzierungsrichtlinien stattgefunden hat. Hier wurden schon erste Schritte gemacht. Trotzdem ist es nach wie vor so, dass zum Beispiel nicht die Kommunen Anträge auf solche Programme des Ganztagsangebots stellen. Vielmehr müssen Vereine gefunden werden, die entweder beim Jugendministerium oder beim Kultusministerium anfragen. Es müssen umfassende Abstimmungen stattfinden. Die zu erhaltenen Beträge und das Abrechnungswesen sind in den letzten Jahren verschiedentlich kritisch diskutiert worden. Einiges wurde verbessert. Gemessen an den relativ kleinen Beträgen, um die es geht, ist es nach wie vor ein mühsames Geschäft, bei dem immer sehr viele Leute miteinander kooperieren müssen, damit es klappt. Wir hätten uns dies mit unserer Vorstellung von Schulautonomie sehr viel einfacher und entbürokratisierter vorgestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben wir noch Folgendes zu beobachten: Der allgemeine **Jugendhilfeetat** wurde im **kommunalen Finanzausgleich**, der doch eine relativ große Finanzspritze des Landes an die Kommunen ausmacht, entwidmet. Im Klartext heißt dies, dass es nicht mehr sichergestellt ist, dass dieses Geld vor Ort tatsächlich Kindern und Jugendlichen zugute kommt. Das hatten wir auch in den vergangenen Sitzungen schon beklagt. Auch auf diese Weise gibt es in der Ganztagschule zunehmend Programme, für die die Eltern bezahlen müssen. Kinder aus armen Haushalten, die das Angebot am dringendsten brauchen, werden so ausgeschlossen. Dies ist nicht in unserem Sinne, das haben wir damals im Jahr 2000 mit diesem Beschluss so nicht gewollt. Das haben wir in unseren Debatten explizit ausgeschlossen. Ich denke, wir müssen in dieser Frage weiter wachsam sein. Es nützt nichts, jetzt nur zu sagen, was wir erreicht haben. Wir müssen mit den Kommunen zu Verabredungen darüber kommen, wie wir im Ganztagsschulprogramm in Zukunft eine soziale Spaltung ausschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass es immer leicht ist, mehr Mittel und mehr Ressourcen zu fordern, insbesondere wenn man weiß, dass diese Mittel überhaupt nicht da sind. Ich habe mehr Respekt vor den Menschen, die versuchen, mit dem, was da ist, etwas sinnvoll zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn Kritik von Menschen kommt, die selber einmal in verantwortlicher Position im Bereich Jugend waren, gerade dann kann man diese Kritik sehr wenig ernst nehmen. Sie hätten Ihre persönlichen Bemühungen hier in den Mittelpunkt stellen können, das haben Sie nicht getan. Ich kann mir denken, warum.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, vielleicht geht es Ihnen genauso, wenn Sie Berichte zum Thema Jugendhilfe und überhaupt zu dieser Thematik lesen, es kommt einem immer so vor - mir jedenfalls -, dass dies etwas sehr Technokratisches ist, obwohl Jugendhilfe und die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Menschen etwas sehr Konkretes sein sollte. Wahrscheinlich ist das zwangsläufig so, wenn es um Verwaltung geht, aber gerade auch deshalb möchte ich diesen Bericht loben und mich beim Ministerium dafür bedanken, dass es ein kurzer und knackiger Bericht ist,

(Beifall bei CDU und SPD)

der die ganz konkreten Beispiele der Verzahnung von Jugendhilfe und Schule aufzählt.

Dass das etwas ganz Konkretes ist, haben wir oft genug gesehen. Manchmal reden wir über spektakuläre Dinge, wie zuletzt über das Thema Killerspiele, das jetzt auch das Thema auf der Titelseite der Landtagszeitung ist. Wir reden über allgemeine Dinge, dass wir mehr Medienkompetenz brauchen, mehr Sozialarbeit in der Schule, psychosoziale Arbeit, aber es muss auch konkret werden. Deshalb ist es gut, dass wir diesen Bericht haben und sehen, wo es ganz konkrete Beispiele gibt, von denen man lernen kann.

Die Ministerin hat gezeigt, dass **Bildung** natürlich ein ganz wichtiger Teil von **Jugendarbeit** insgesamt ist. Dabei geht es nicht so sehr darum, dass man beispielsweise jugendliche Gewalttäter klüger macht - das ist dem Opfer relativ egal -, sondern es geht darum, dass Demütigungserfahrungen vermieden werden und junge Menschen **Zukunftschancen**

sehen. Wenn junge Menschen Zukunftschancen haben, ist das das wichtigste Ziel von Jugendarbeit. Das ist die allerwichtigste Jugendarbeit, die wir leisten können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auch von der Ministerin sind eine ganze Reihe von positiven Beispielen angesprochen worden. Sie finden sie alle in dem Bericht kurz und knackig aufgeführt. Ich kann ihn Ihnen nur empfehlen. Das **Projekt PIT**, Prävention im Team, ist ein Beispiel dafür. Da ist auch einmal ein Dank an die vielen Lehrerinnen und Lehrer und an die Polizeibeamtinnen und -beamten nötig, die sich daran beteiligen.

(Beifall)

Zum Thema **Gewaltprävention** möchte ich gar nicht so viel sagen, vielleicht tun das nachfolgende Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach, Ihr habt euch abgesprochen!)

Ich sage Ihnen auch, warum ich wichtig finde, dass wir über die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule reden. Sie ist wichtig, weil wir dort nämlich - das ist bisher nicht so deutlich geworden - alle Jugendlichen erreichen. Natürlich ist es gut und wichtig, sich mit sozial schwachen Jugendlichen und deren Problemen zu beschäftigen, die eine besondere Qualität haben. Aber wir müssen für alle Jugendlichen **Jugendhilfe** leisten können, wo es notwendig ist. Und wir erreichen in der Schule eben alle Jugendlichen.

Wenn Sie sich an die spektakuläre Bluttat in Tessin in Mecklenburg-Vorpommern erinnern, die inzwischen wieder ein bisschen aus den Medien raus ist - das dauert ja immer ein bis zwei Tage -, mindestens einer der Schüler ist auch in Schleswig-Holstein zur Schule gegangen: Das waren Jugendliche aus ganz normalen bürgerlichen Familien. Das zeigt, dass das Thema Gewalt nicht nur sozial Schwache betrifft, sondern alle. Deshalb ist diese Verzahnung sehr notwendig.

Wir haben Beispiele für eine positive Arbeit der Kommunen gehört. Man kann auch mit wenig Geld viel erreichen. Das Beispiel Bargtheide war ein sehr, sehr gutes Beispiel. Der Kollege Tobias Koch, in dessen Wahlkreis Bargtheide liegt, hat darauf hingewiesen, dass es dort eine absolute CDU-Mehrheit gibt, die diese positiven Entwicklungen in die Wege geleitet hat. Das ist an dieser Stelle auch ein Lob wert.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Niclas Herbst)

Sie sehen also, dass das relativ wenig mit der parteipolitischen Färbung zu tun hat.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit)

- Ich meine natürlich, dass man überhaupt dieses Thema aufgreift. Die Art und Weise, wie das umgesetzt wird, hat etwas mit Handwerkskunst zu tun. Das lernt man natürlich in gewissen Parteien auch eher als in kleineren Parteien, die kommunal nicht so verwurzelt sind.

(Heiterkeit)

Es ist sehr gut, dass auch die verschiedenen **Regionen** unterschiedliche Schwerpunkte setzen, in der Jungenarbeit, in der Mädchenarbeit, in der Suchtprävention oder in der Gewaltprävention. Da können die Regionen voneinander lernen. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Deshalb auch noch einmal ein Lob an den Bericht dafür, dass darin auch regional gestaffelt wird. Auf die Idee muss man erst einmal kommen.

Viele andere Dinge könnte ich noch nennen, zum Beispiel die Serviceagentur „Ganztägig lernen“. Besonders wichtig ist mir dabei, dass dort aus verschiedenen Richtungen Arbeit geleistet wird, dass nicht nur Lehrer und Sozialpädagogen, sondern alle gemeinsam das Thema aufgreifen. Das ist gut.

Auch ein Lob an die **Kinder- und Jugendstiftung** beziehungsweise an die Bundesregierung, die diese Stiftung weiter finanziert. Ich glaube, das ist an dieser Stelle wichtig.

Natürlich ist es richtig, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, dass wir, was diese Verzahnungsarbeit anbetrifft, noch am Anfang stehen. Aber es gibt gute, positive Beispiele. Von denen können wir alle lernen und sie zeigen, dass man auch in Zeiten knapper Kassen vernünftig Politik für und mit Jugendlichen machen kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordneter Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern das neue **Schulgesetz** verabschiedet, das die Einrichtung der **vorschulischen** und **schulischen Bildung** zur stärkeren Kooperation verpflichtet und die Förderung des einzelnen Kindes und des einzelnen Jugendlichen zum Grund-

prinzip macht. Mein Kollege Herbst hat es eben schon angedeutet: Ich möchte mich hier auf einen Punkt konzentrieren und habe das Thema Gewaltprävention gewählt, um es an dem Bericht einmal deutlich zu machen.

Ob es uns gefällt oder nicht, viele Familien sind heute nicht in der Lage oder auch nicht bereit, ihre Kinder zu betreuen und zu erziehen. Wenn wir diese Kinder nicht von vornherein aufgeben wollen, folgt daraus, dass die Gesellschaft, der Staat und seine Einrichtungen diese Aufgaben übernehmen müssen. Im schlimmsten Fall kann das bedeuten, dass die Öffentlichkeit die Kinder vor ihren eigenen Eltern schützen muss. Denn Defizite in der **Betreuung** oder gar körperliche oder seelische Misshandlungen bis hin zu sexuellem Missbrauch fallen am ehesten dort auf, wo Kinder einen großen Teil des Tages verbringen, nämlich in der Schule.

Wir alle wollen, dass sie künftig mehr Zeit in der Schule verbringen, weil wir den Weg von der Halbtagschule über die **offene Ganztagschule** bis hin zur gebundenen Ganztagschule für richtig halten. Es würde die Lehrerinnen und Lehrer jedoch überfordern, wenn wir ihnen zusätzlich zur Diagnose auch noch die gesamte Therapie aufdrücken wollten. Die muss von den Schulen und ihrem Umfeld, ganz besonders mit den verschiedenen Trägern und Formen der Jugendhilfe gemeinsam geleistet werden, und zwar - das ist mir besonders wichtig - als Partner mit gleichen Rechten und Pflichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Bericht der Landesregierung, für den ich mich bei beiden Ministerien ausdrücklich bedanke, legt einen seiner Schwerpunkte auf die Gewaltprävention. Das ist auch richtig so, weil zahlreiche Vorfälle in den letzten Jahren deutlich gemacht haben, wie schwerwiegend dieses Problem ist. Ich denke dabei an die monatelange Quälerei eines Schülers an einer Berufsschule in Hildesheim, wobei wir uns immer vor Augen halten müssen, dass diese spektakulären Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind. Viele gewalttätige Schülerinnen und Schüler haben ihr Verhalten in der eigenen Familie erfahren, erlebt und erlernt. Die „Welt“ titelte vorgestern: „Wer Opfer von Gewalt werden will, sollte eine Familie gründen.“ Die Schule muss vermitteln, dass Faust ein Drama von Goethe ist und kein Mittel zur Lebensbewältigung. Schule und Jugendarbeit müssen sich sowohl mit den Tätern als auch mit den **Opfern** auseinandersetzen, denn die Folgen von Misshandlungen gehen weit über die unmittelbaren körperlichen Folgen hinaus.

(Sandra Redmann)

Der Bericht gibt einen Überblick über zahlreiche Projekte in allen Teilen unseres Landes. Sowohl Frau Birk als auch Herr Herbst haben das eben dargestellt. Wir würdigen die gemeinsamen Anstrengungen der Schulen, der Träger der Jugendhilfe und der beteiligten Kommunen und Kreise. Aber ich muss dennoch darauf hinweisen - und da unterscheiden wir uns jetzt ein wenig -, dass noch nicht in allen Gemeinden erkannt worden ist, welche Bedeutung die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe hat.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich appelliere deshalb auch an die Kommunalpolitikerinnen und die Kommunalpolitiker, dieses Problemfeld stärker in den Mittelpunkt zu rücken und es auf keinen Fall zum Steinbruch für Einsparungen zu machen. Wer hier an jungen Menschen spart, wird später für Erwachsene sehr viel mehr ausgeben müssen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich zitiere hier einmal ganz ausdrücklich die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren in den Kreisen machen durften. Da ist man der Auffassung, wenn man **Kooperation** von **Schule und Jugendhilfe** hat, dass das unweigerlich bedeutet, dass man beispielsweise die offene Jugendarbeit nicht mehr braucht. Wer das macht, der begeht einen fatalen Fehler. Gerade hier müssen wir nach wie vor sehr viel investieren.

Das Land lässt es nicht bei Appellen bewenden, es stellt auch Geld und Stellen zur Verfügung, wie die **gemeinsame Richtlinie** der beteiligten Ministerien darlegt. Diese Kooperation reiht sich in einen bundesweiten und internationalen Prozess ein, ebenso wie unser Kinder- und Jugendaktionsplan nicht vom Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland und vom Europäischen Pakt für die Jugend zu trennen ist.

Die Bundesregierung hat 2005 den 12. Kinder- und Jugendbericht vorgelegt, dessen Forderung ein abgestimmtes System von **Bildung, Betreuung und Erziehung** ist. Der Bericht der Bundesregierung verlangt: „Mit dem Projekt Ganztagschule muss somit auch der Anspruch einer umfassenden Reform der Schule sowie der Kinder- und Jugendhilfe verbunden sein.“

Schleswig-Holstein ist von beiden Richtungen her auf einem guten und richtigen Weg. Wir beantragen

die Überweisung an den Ausschuss, dann können wir darüber noch einmal detailliert diskutieren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüße ich sehr herzlich Mitglieder des Ortsvereins Heikendorf, das Kollegium der Dörfergemeinschaftsschule Probsteierhagen und die Juso-Hochschulgruppe Kiel. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall - Zurufe: Welcher Ortsverein?)

- Entschuldigung, wir begrüßen den SPD-Ortsverein Heikendorf.

(Beifall bei der SPD)

Das schien mir selbstverständlich, weil auch schon gewinkt worden war.

Nunmehr erteile ich das Wort für die Fraktion der FDP dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im Dezember 2006 hat Bundespräsident Horst Köhler die Grundschule „Kleine Kielstraße“ in Dortmund als beste Schule ausgezeichnet. Die Schule des Jahres, die sich unter 481 Bewerbern und 18 Nominierten behauptete, arbeitet unter Bedingungen, die allgemein als ganz besonders schwierig bezeichnet werden. Diese staatliche Schule in einem sogenannten sozialen Brennpunkt, in diesem Fall der Dortmunder Nordstadt, besuchen Kinder aus mehr als 20 Nationen. Für 80 % dieser Schüler ist Deutsch nicht Muttersprache.

Was ist also bemerkenswert an dem Sieger? Da ist die Antwort vielschichtig: zum einen die enge **Zusammenarbeit** mit **Familien und Kindergärten**. Bereits Monate vor der Einschulung tauschen sich Lehrer mit Erzieherinnen aus. Eltern werden frühzeitig eingebunden. Es werden sogar sogenannte Erziehungsverträge mit ihnen geschlossen. Die **Entwicklung** jedes Kindes wird von den Lehrern ausführlich dokumentiert und die Schüler bekommen auf sie zugeschnittene Stundenpläne. Zum anderen sind aber nicht nur Eltern, Lehrer und Erzieher von vornherein mit eingebunden, auch mit dem nachbarlichen Umfeld steht die Schule in engem Kontakt.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass neben einem guten Unterrichtsangebot ergänzende soziale und pädagogische Leistungen an den Schulen immer wichtiger werden, wenn sie die Schüler auf das Le-

(Dr. Heiner Garg)

ben vorbereiten sollen. Denn **Bildungsdefizite** und Defizite im **erzieherischen Bereich** entstehen unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem deshalb, weil Kinder und Jugendliche in den Familien und ihrem sozialen Umfeld zu wenig Förderung und Unterstützung erhalten. Da hat der Kollege Niclas Herbst vollkommen recht, dass ist nicht ausschließlich ein Problem sogenannter sozial schwacher Schichten. Entsprechende Konzepte, wie sie zum Beispiel in einer offenen Ganztagschule angeboten werden, bieten hier einen erfolgreichen Ansatz, diese Schüler zu erreichen. Der vorgelegte Bericht der Landesregierung zeigt, dass solche ergänzenden Angebote nicht nur als notwendig anerkannt worden sind, sondern es gibt sie in vielen Bereichen in Schleswig-Holstein. Der Bericht nennt hier beispielhaft Lokale Bildungspartnerschaften, Runde Tische, wie es sie zum Beispiel in Kiel in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof gibt, verbesserte und vernetzte Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote sowie verschiedene Ganztagsangebote.

Das Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber, dass in Schleswig-Holstein die Schulen und ihre Träger noch immer zu sehr mit ihren Problemen allein gelassen werden. Lieber Niclas Herbst, das ist selbstverständlich auch eine finanzielle Frage, Kollegin Redmann hat es ganz deutlich angesprochen und sie hat sich sogar getraut, als Vertreterin einer Regierungsfraktion zu sagen, da muss an manchen Stellen mehr Geld hineingesteckt werden. Dies kann ich an dieser Stelle nur unterstützen und ich will auch sagen, warum.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es genügt nicht, im Landeshaushalt jährlich jedem **Landkreis** und jeder **kreisfreien Stadt** Mittel in Höhe von 26.000 € zur Verfügung zu stellen, wie es seit 2001 geschieht. Das reicht vor allem dann nicht, wenn erst seit 2006 Angaben vonseiten des Ministeriums verlangt werden, zu welchen Ergebnissen die verschiedenen **Kooperationskonzepte** überhaupt gekommen sind. Die Landespolitik macht es sich in diesem Fall zu einfach, wenn sie bei der Frage, wie eine integrierte Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zu gestalten ist, auf die besondere Verantwortung der Kommunen verweist, wie beispielsweise im Bericht geschehen. Wenn wir den Kommunen Unterstützung über Hilfestellung durch **Regionalkonferenzen** und eine **Informations- und Servicestelle** hinaus geben wollen, sollten die landesweit existierenden Projekte nicht nur umfassend evaluiert, sondern deren Ergebnisse gemeinsam mit den Kommunen analysiert werden.

Die Betonung liegt hier auf: gemeinsam mit den Kommunen. Die Chance hierzu wurde bisher leider verpasst. Andernfalls hätten wir wesentlich konkreter darüber diskutieren können, wie einzelne Schulen an sozialen Brennpunkten noch besser unterstützt werden können.

Stichwort Geld. Wer vor diesem Hintergrund die Forderung der FDP-Fraktion ablehnt, **Schulsozialarbeit** als Förderaufgabe des Landes im **Schulgesetz** zu verankern und ein entsprechendes Förderprogramm für Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten aufzulegen, der muss sich dann eben fragen lassen: Wie tief soll denn eine Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe künftig erfolgen? Diese Frage, Kollege Herbst, haben Sie in Ihrem charmannten Beitrag nicht beantwortet.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Fazit aus dem Bericht kann deshalb nur lauten: Die Probleme wurden erkannt. Viele positive Beispiele zeigen, dass die Kooperation von Schule und Jugendhilfe verbessert worden ist. Wenn es aber darum geht, durch konkrete Maßnahmen die Schulen in ihrer Arbeit zu unterstützen, werden sie immer noch zu oft auch vom Land allein gelassen. Genau hieran müssen wir in Zukunft arbeiten, vielleicht über die Fraktionsgrenzen hinaus, zumindest die Jugendpolitiker.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich das Wort dem Kollegen Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 2001 haben die Oppositionsparteien den Datenschutzbeauftragten gefragt, wie es mit dem **Datenschutz** aussieht, wenn sich die Schule mit dem Jugendamt in Verbindung setzt, um gegen Verwahrlosung oder andere Probleme vorzugehen. Der Landtag hat sich damals intensiv mit der Frage beschäftigt, ob ein Lehrer sich einfach ans Jugendamt wenden kann, um weiteres Leid vom Schüler abzuwenden. Unisono wurde die **Einbindung der Eltern** befürwortet. Ihre Einwilligung muss vor einer Datenweitergabe vorliegen, lautete eine zentrale Forderung des Datenschutzbeauftragten. Die **Jugendhilfe** wurde zu dieser Zeit - das ist noch nicht sehr lange her - weniger als eine Serviceeinrichtung, sondern vor allem als eine Art ho-

(Lars Harms)

heitliche Eingriffsbehörde verstanden. Das war sicherlich zu einseitig, aber kein Grund, diesen wichtigen Bereich ganz zu vernachlässigen. Sechs Jahre später ist nämlich dieses Problemfeld komplett aus der ministeriellen Wahrnehmung verschwunden. Jetzt geht es bei der Kooperation Jugendhilfe und Schule ausschließlich um eine Leistungsbilanz zum Ausbau des Ganztagsschulangebotes.

Die Bilanz ist beeindruckend, Schleswig-Holstein hat in den Ausbau der Ganztagsbetreuung viel investiert. Das ist aber beileibe kein Grund, sich darauf zu beschränken. Das Ministerium nahm die vom Antragssteller geforderte Schwerpunktsetzung zum Thema **Ganztagschule** zum Anlass, andere Kooperationsbereiche von Jugendhilfe und Schule weitgehend zu ignorieren. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei der FDP)

Ausdrückliche Anforderungen des Berichtsantrages werden sogar völlig außer Acht gelassen: So fehlen die geforderten Zahlen zum Mittelabfluss in den Kreisen und kreisfreien Städten vollständig und die wären wirklich interessant gewesen. Stattdessen heißt es auf Seite 7 des Berichtes unter anderem:

„Der Kreis hat die Fördermittel im Jahr 2004 nicht voll ausgeschöpft.“

In welcher Höhe, bleibt offen. Wir haben uns ja inzwischen daran gewöhnt, dass man der Opposition nicht gerne alles offenlegt, aber das rechtfertigt nicht die Außerachtlassung des Berichtsantrages, insbesondere dann nicht, wenn gebeten wird, ein vorhandenes Konzept fortzuschreiben. Ohne konkrete **Daten** ist dies jedenfalls nicht möglich und damit ist auch kein zielgerichtetes Handeln seitens der Landesregierung möglich. Der Antragsteller hat bereits seine Unzufriedenheit mit dem Bericht deutlich gemacht; das konnten wir hören. Ich möchte darum vorwiegend auf die Bereiche eingehen, wo nach meiner Erfahrung Koordinierungsdefizite zwischen Jugendhilfe und Schule bestehen, Bereiche, die der Bericht übrigens mit keiner Silbe erwähnt. Vorausschicken möchte ich, dass vielerorts ein kurzer Draht zwischen Jugendhilfe und Schulen besteht. Das möchte ich bei aller Kritik am Bericht nicht unerwähnt lassen.

Es sind im Wesentlichen drei Kritikpunkte: Erstens. Die Schule kann nicht für alle möglichen Angelegenheiten eingespannt werden. Wir muten bereits jetzt den Pädagogen einiges zu. In einer Ganztagschule kann man Belastungen entzerren und auf mehrere Schultern verteilen. Deshalb gilt es, diese weiter zu unterstützen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu möchte ich ein Beispiel unter vielen bemühen: Wenn der richtige Umgang mit Geld - in Zeiten enormer Handy-Schulden vieler Jugendlicher ist dies sehr wichtig - nicht im Unterricht untergebracht werden kann, kann das am Nachmittag gut nachgeholt werden, eine entsprechende sachkundige pädagogische Betreuung vorausgesetzt. Die Experten der Jugendhilfe sind hier gefragt, nicht die Lehrer. Das sieht die Landesregierung glücklicherweise genauso. Die Serviceagentur „Ganztägig lernen“ soll genau in diesen Bereichen ansetzen und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Nachmittagsbereich entsprechend fortbilden. Ich bezweifle allerdings, ob das mit einer einzigen Personalstelle im ganzen Land zu bewerkstelligen ist. Denn die Fortbildungsveranstaltungen sind schließlich nur eine von insgesamt vier Arbeitsbereichen der **Serviceagentur**, von denen jeder für sich bereits eine Stelle verdient hätte. Das nenne ich ein ministeriell geschaffenes Paradoxon: Lehrer vor Überforderung schützen, indem man Servicestellen überfordert.

Der zweite Kritikpunkt am Bericht betrifft eine besondere Form der Ausgrenzung. Zunehmend beklagen sich Eltern, dass ihre Kinder von der Schule gewiesen oder beurlaubt werden, weil sich die Lehrer von deren Verhalten überfordert fühlen. Dieses zeitweise Aussortieren all derjenigen, die nicht ins Raster passen, hinterlässt bei den Betroffenen Ohnmachtsgefühle, Scham und führt zur Stigmatisierung. Klärende Gespräche, gerade auch mit Experten aus der Jugendhilfe, könnten sicherlich helfen, dass sich diese Praxis nicht verfestigt. Schüler und Lehrer können sich schon einmal in eine ausweglose Situation hineinmanövrieren. Sachkundiges **Coaching** von außen kann hier helfen und die Situation entspannen. Der SSW fordert darum das Ministerium auf, entsprechende Verfahren zu koordinieren und hier einen Arbeitsschwerpunkt zu setzen und dann auch Geld zu investieren.

Drittens gibt es ohne Zweifel Probleme bei der **Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung** an sogenannten Normalschulen. Ich denke, dass hier nicht nur ein Qualifikationsdefizit der Pädagogen vorliegt, sondern sich der Selektionsgedanke des dreigliedrigen Schulsystems auf eine besonders traurige Art manifestiert. Auch hier sehe ich ein Einsatzgebiet für die Jugendhilfe. Es darf nicht sein, dass Eltern für Integrationsleistungen, die ihren Kindern zustehen, kämpfen müssen und viel irgendwann am Wust von Zuständigkeiten und am Spardrang der kommunalen Ebene schei-

(Lars Harms)

tern. Dies schadet den Kindern und hilft auch den betroffenen Schulen nicht weiter. Deshalb muss auch hier das Sozialministerium steuernd eingreifen, damit die Kinder zu ihrem Recht kommen.

Der SSW wird die weitere Verzahnung von Jugendhilfe und Schulen in allen Bereichen weiterhin kritisch beobachten und dabei betone ich ausdrücklich, in allen Bereichen, auch in denen, die nicht im Bericht angesprochen wurden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1072, federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 36 auf:

Landesfamilienbüro

Es ist ein mündlicher Bericht der Landesregierung für die heutige Tagung erbeten worden. Ich erteile nunmehr der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem 1. Januar 2007 gibt es das neue **Elterngeld**. Das sichert Vätern und Müttern für das erste Lebensjahr ihres Kindes eine finanzielle Unabhängigkeit.

Ganz unabhängig davon, wie man zum Elterngeld steht - wir hatten dazu im Parlament schon Debatten -, ist es ohne Zweifel eine Leistung, die jetzt intensiv nachgefragt wird.

Das **Landesamt für soziale Dienste** hat in Schleswig-Holstein die Aufgabe, dieses Gesetz umzusetzen. Das bedeutet für dieses Amt eine große Herausforderung. Wir wollten eine reibungslose Abwicklung garantieren. Deshalb haben wir das Landesfamilienbüro Schleswig-Holstein in Neumünster mit seinen Außenstellen in Kiel, Lübeck, Schleswig und Heide gegründet. Diese Büros beraten und informieren über alle Fragen des neuen Elterngeldes und der Elternzeit. Sie vermitteln Kontakte und leisten kompetente Hilfe. Es sind insgesamt knapp 50

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieses **Landesfamilienbüro** bilden. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden seit Mitte letzten Jahres fortgebildet und auf diese Aufgabe vorbereitet, es gibt also eine gute Ausstattung, die wir durch Prioritätensetzung innerhalb des Landesamtes vorgenommen haben.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Bisher gibt es nur Positives von der Arbeit des Landesfamilienbüros zu berichten und ich hoffe, dass das auch so bleibt. Die Hilfe wird gut angenommen.

Wir haben Anfang Dezember letzten Jahres eine Hotline eingerichtet, damit sich Eltern schon im Vorfeld des Elterngeldes informieren können. Die Zahl der Anrufer bei dieser Hotline beläuft sich inzwischen auf über 650 Eltern. Wir können anhand der Fragen sehen, dass wir es mit einem komplexen Gesetz zu tun haben, auch wenn wir bemüht waren, die Umsetzungsverordnung und die Anträge möglichst einfach zu strukturieren. Es haben weitere circa 250 Eltern die Außenstellen besucht und inzwischen wurden 100 Anträge eingereicht. Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten Tagen die ersten zehn Anträge werden bewilligen können.

Diese Anfragen kommen insgesamt übrigens nicht nur von Privatpersonen. Es rufen auch Krankenkassen und Steuerberater an. Auch unser **Informationsmaterial** wird eifrig mitgenommen, Informationsmaterial, das wir zeitgerecht auf den Weg gebracht haben.

Dass das Landesfamilienbüro so gut angenommen wird, hat nicht zuletzt mit der intensiven Öffentlichkeitsarbeit zu tun, die uns wichtig war, damit Eltern wissen, an welche Stelle sie sich wenden können, wenn sie Fragen rund ums Elterngeld haben. Wir haben Vordrucke und Infoblätter, die über den Internetauftritt des Landesfamilienbüros heruntergeladen werden können, und wir haben darüber hinaus Plakate, Flyer und Broschüren auf den Weg gebracht. Ich habe Ihnen die Broschüre des Landesfamilienbüros in Ihre Fächer legen lassen, damit Sie sie auch vor Ort publik machen können, sofern das nicht ohnehin schon geschehen ist, denn diese Broschüre wird gewaltig nachgefragt.

Seit letzter Woche haben wir ein **Infomobil**, das im Auftrag des Landesfamilienbüros bis März im Land unterwegs ist. In drei Monaten werden 36 Orte besucht. Drei Tage die Woche ist das Infomobil unterwegs und stellt sicher, dass keine Lücken in der Information entstehen. Wir wollen, dass alles weiter so gut läuft wie bisher.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Weil das Familienbüro auf so positive Resonanz gestoßen ist, könnte es im Rahmen der Neuordnung des **Familienleistungsausgleichs** auch noch ausgebaut werden. Wir haben einen Knotenpunkt für die Familienpolitik im Land geschaffen. Naheliegender wäre dies, da die derzeitige Situation - wie wir sie hier schon öfter debattiert haben - von einer starken Aufsplitterung und Unübersichtlichkeit der Förderung der familienpolitischen Leistungen gekennzeichnet ist.

Die gesetzliche Harmonisierung aller familienpolitischen Leistungen und die organisatorische Bündelung ihrer Arbeit muss politisch vorangetrieben werden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Da ist in erster Linie die Bundesregierung gefragt, die sich dieser Aufgabe auch stellt. Aber wir hier im Land bereiten uns auf der organisatorischen Ebene schon vor und können erste Erfahrungen, die wir mit dem Familienbüro in Niebüll oder mit dem Landesfamilienbüro machen, in die Entscheidungen auf Bundesebene einspeisen.

Eins ist jedenfalls klar: Ein bürokratischer Dschungel für Familien ist nicht zumutbar, besonders in der ersten Phase der Kindererziehung.

(Beifall)

Gerade in einer solchen Phase gibt es kaum Zeit für Behördengänge und da braucht es Unterstützung. Schauen Sie in die Zukunft, dann sehe ich ein Landesfamilienbüro, das für viele familienpolitische Leistungen einen umfassenden **Service** bieten kann. Transparente, zielsichere, gerechte, schnelle und unbürokratische Familienbüros müssen unser aller Ziel sein. Dazu dient das Landesfamilienbüro.

Wir wollen hier in Schleswig-Holstein unsere jüngsten Erdenbürger von Anfang an fördern und begleiten. Deshalb haben wir einen Willkommensbrief für Eltern und eine Erstinformationsbroschüre „Stark mit Kindern“ auf den Weg gebracht, die wir den Eltern jetzt über das Landesfamilienbüro und seine Außenstellen gleichzeitig mit den Bescheiden für das Elterngeld zukommen lassen.

Wenn unsere landespolitischen Aktivitäten mit einer guten Infrastruktur vor Ort verknüpft werden, bin ich zuversichtlich, dass wir es schaffen, eine höhere Familienfreundlichkeit in unserem Land auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der
CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Ministerin, ich danke Ihnen für den Bericht. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Frauke Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. Januar gibt es das Elterngeld. Wir erinnern uns an eine bizarre, in Teilen skurrile Berichterstattung aus Gynäkologenpraxen und Expertenbefragungen zum Thema: Errechneter Geburtstermin vor dem 1. Januar, erwünschter Geburtstermin mindestens kurz nach 0 Uhr am 1. Januar 2007. Dieser Umstand beweist, wie positiv die Einführung des Elterngeldes aufgenommen worden ist. Jeder will es haben.

Die aktuelle **Shell-Jugendstudie** hat unterstrichen, dass Familie nach wie vor zeitgemäß ist, aber die Rahmenbedingungen, die wir als Gesellschaft **Familien** im 21. Jahrhundert zumuten, sind nicht mehr zeitgemäß. Zwei von drei jungen Frauen wollen heute Familie und Beruf, und zwar in ganz unterschiedlichen Ausprägungen, von Teilzeit bis Vollzeit. Sie möchten, dass Familienwerte und berufliches Fortkommen Hand in Hand gehen. Die Wirklichkeit sieht oft anders aus. Zwei von drei jungen Männern wollen mehr Erzieher als nur Ernährere ihrer Kinder sein. Sie wünschen sich Zeit mit ihren Kindern. Auch hier sieht die Wirklichkeit oft anders aus. Diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit haben die jungen Menschen mit Verzicht beantwortet, entweder Verzicht auf Kinder oder Verzicht auf Entfaltung des Erlernen im Beruf.

Im Siebten Bundesfamilienbericht werden drei Forderungen aufgestellt: ein Neuzuschnitt der **Geldleistungen** an Familien, eine Verbesserung der **Chancen** im Arbeitsalltag und mehr Zeit, eine flexible und vielfältige **Kinderbetreuung**. Die erste und ein Teil der zweiten Forderung sind durch die **Einführung des Elterngeldes** erfüllt worden. Eltern wünschen sich in der ersten Zeit nach der Geburt nichts mehr als gemeinsame Zeit mit ihrem Neugeborenen. Diese Zeit wird den Eltern durch das Elterngeld gegeben, und dies, ohne in ein finanzielles Loch zu fallen. Nach dieser ersten Phase mit dem Neugeborenen rückt dann die Frage der **Kinderbetreuung** in den Fokus der jungen Eltern und da muss noch unendlich viel getan werden.

Aber das Elterngeld ist ein erster wichtiger positiver Schritt einer Familienpolitik, die sich am Lebenslauf orientiert, einer Familienpolitik, die den realen Problemen und Wünschen junger Familien

(Frauke Tengler)

Rechnung trägt und jungen Familien die Chance gibt, Erziehung und Einkommen in Einklang zu bringen.

Den Fraktionen von CDU und SPD war es wichtig, ganz am Anfang des Elterngeldes zu erfahren - Frau Ministerin, das haben Sie uns berichtet -, wie die **Umsetzung auf Landesebene** funktioniert. Sie funktioniert gut. Zu genau waren uns die Schwierigkeiten und zum Teil langen Wartezeiten bis zur Auszahlung des Kindergeldes bei der Zusammenlegung der Kindergeldkassen im Lande in Erinnerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in nur zehn Monaten ist es gelungen, ein völlig neues Leistungsge-
setz auf die Beine zu stellen, um die Situation von jungen Familien zu verbessern. Der Verantwortliche für das **Landesfamilienbüro** im Landesamt für soziale Dienste Schleswig-Holstein in Neumünster spricht von einer absolut reibungslosen Einführung des Elterngeldes. Begründung: Von Beginn der Erstellung des Gesetzes und der Richtlinie an haben Bundesministerium und die zuständigen auszahlenden Behörden sehr eng zusammengearbeitet. Diese rechtzeitige Beteiligung wurde als besonders hilfreich gelobt. Bedauert, wie häufig, wurde der Umfang der Richtlinie für den Dienstgebrauch; 167 Seiten inklusive Gesetz. Das Gesetz umfasst nur circa 15 Seiten. Verschlinkung, meinte der Verantwortliche, nicht ausgeschlossen.

Aus der **Erziehungsgeldkasse** ist in Schleswig-Holstein das Landesfamilienbüro Neumünster mit vier Außenstellen geworden. Laut Stand 19. Januar 2007 - die Ministerin hat eine andere Zahl genannt - liegen 92 Anträge auf Elterngeld vor. Ab Februar - auch das hat die Ministerin gesagt - werden die ersten Anträge genehmigt sein.

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat Ihnen die Broschüre vorgestellt. Ich stelle Ihnen einen Antrag vor. So sieht er aus, falls einer von Ihnen darauf reflektiert.

Meine Fraktion ist froh über die, wie es sich darstellt, reibungslose Einführung des Elterngeldes. Wir gratulieren dem Landesfamilienbüro zu der gelungenen informativen Broschüre und dem Flyer zum Elterngeld und zur Elternzeit. Die Broschüre beantwortet alle Fragen und zeigt Beispiele für sehr flexible Inanspruchnahme.

Die weitere Umsetzung und die mögliche Vereinfachung der Richtlinie und des Antrages zum Elterngeld werden wir aufmerksam begleiten. Frau Ministerin, wir stehen an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die Landesfamilienbüros weiterzuentwickeln zur Bündelung für Familienleistungen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Ulrike Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat tut nichts für Familien - ein beliebter Satz, den jeder von uns aus Wahlkämpfen, aus Talkshows, von Stammtischen und aus der Presse kennt. Tatsache ist, dass die öffentlichen Hände inzwischen mehr als 100 Milliarden € pro Jahr für die Unterstützung der Familien ausgeben. Dahinter steht ein Mix aus **Fördermaßnahmen**, die zum Teil, wie das Kindergeld, nach dem Gießkannenprinzip ausgezahlt werden, das allein mit 36 Milliarden € zu Buche schlägt. Hinzu kommen zahlreiche bedarfsabhängige Unterstützungsmaßnahmen sowie **steuerliche Entlastungen** und seit dem Januar 2007 anstelle des bisherigen Erziehungsgeldes auch das neue **Elterngeld**.

Das Problem ist nur, dass eine solche Vielzahl von Maßnahmen selbst für die Spezialisten schwer zu überschauen ist, erst recht für Bürgerinnen und Bürger, denen es oft schwerfällt, ihren Anspruch geltend zu machen, weil sie von der Rechtslage nichts wissen, und denen es oftmals nicht leichtfällt, an die Informationen über die verschiedenen Töpfe zu kommen, die ihnen offenstehen.

Das Ziel des Elterngeldes ist es, die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** zu fördern, und zwar durch Unterstützung beider Partner. Ich will es mir ersparen, hier sämtliche Bestimmungen des Bundeselterngeldes zu wiederholen, will aber doch die Gelegenheit nutzen, um auf einige wichtige Punkte nochmals hinzuweisen.

Das Elterngeld wird abhängig vom bisherigen Nettoeinkommen in einer Bandbreite zwischen 300 und 1.800 € gezahlt. Es wird nicht gegen andere soziale **Transferleistungen** wie ALG II angerechnet. Seine Laufzeit ist kürzer als die des bisherigen Erziehungsgeldes, was für Geringverdienende zu einer Schlechterstellung führen könnte, wie Kritiker befürchten, die mit einer Klagewelle gegen das Gesetz rechnen. Es wäre überhaupt nicht im Sinne der Sozialdemokraten, die im Bund und im Land Verantwortung tragen, wenn die Konsequenz des Elterngeldes eine Entlastung der öffentlichen Hände zulasten der finanziell Schwächsten wäre. Jedes neue Instrument muss also, wie es im Beipackzettel immer so schön heißt, auf Risiken und Nebenwirkungen hin evaluiert werden.

(Ulrike Rodust)

Angesichts mancher Unklarheiten und Befürchtungen ist eine kompetente Beratung aus einer Hand entscheidend. Wir begrüßen deshalb die Einrichtung des Landesfamilienbüros beim **Landesamt für soziale Dienste** mit vier Außenstellen, deren Schwerpunkt die Information zum Elterngeld ist. Wir müssen auswerten, ob dieses Angebot ausreichend ist. Wenn zum Beispiel die Außenstelle in Heide den kompletten Einzugsbereich von der dänischen Grenze bis zum Hamburger Rand zu bedienen hat, sind die Wege für eine persönliche Vorsprache für viele Bürgerinnen und Bürger sehr lang. Und wer fünfmal das Besetzzeichen am Telefon hört, ruft vielleicht kein sechstes Mal mehr an. Auf jeden Fall ist eine räumlich und inhaltlich bürgernahe Beratung der richtige Weg.

Wir unterstützen die Sozialministerin bei diesem wichtigen Projekt, über das wir uns regelmäßig im Sozialausschuss berichten lassen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber neu hinzugekommener Kollege Arp! Kürzlich hat das **Landesfamilienbüro** in Schleswig-Holstein eine über 70-seitige Broschüre zum **Elterngeld** und zur **Elternzeit** verteilen lassen. Gleichzeitig wurde den Eltern angeboten, sich an einem mobilen Informationsstand an verschiedenen Stellen im Lande beraten zu lassen. Ob Broschüre oder Info-Bus, Informationen zum Thema Elterngeld und Elternzeit sind dringend notwendig. Dazu gehören vor allem pragmatische und unkonventionelle Ansätze, Eltern zu erreichen.

Die Maßnahmen machen deutlich, dass ein **Informationsangebot** für Eltern aus einer Hand dringend notwendig ist. Denn Familienförderung ist in Deutschland viel zu unübersichtlich und leider meistens viel zu bürokratisch.

(Beifall bei FDP und SSW)

In einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft wurden gut 100 verschiedene familienpolitische Leistungen mit einem Gesamtvolumen von 240 Milliarden € aufgelistet, die es in der Steuergesetzgebung, in der Sozialversicherung sowie durch Transferzahlungen des Bundes, der Länder und Gemeinden und anderer Institutionen gibt. Hinzu kommt, wer was und wo beantragen muss, und das auch

noch rechtzeitig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das erschließt sich den meisten jungen Eltern gerade nicht.

Somit sehen sich Eltern neben der Vorfreude auf ihr Kind bereits sehr früh den Mühen der Verwaltung ausgesetzt. Da muss dem Arbeitgeber rechtzeitig und möglichst weit vorausblickend mitgeteilt werden, in welchem Umfang Elternzeit in Anspruch genommen werden soll. Gegenüber der Krankenkasse muss Mutterschaftsgeld beantragt und gleichzeitig erklärt werden, wie das Kind künftig krankenversichert werden soll. Damit aber noch nicht genug. Kindergeld und Kinderzuschlag müssen bei der **Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit** beantragt werden. Das bisher gewährte Erziehungsgeld wird durch das Landesamt für soziale Dienste und der womöglich notwendige Unterhaltsvorschuss durch die Jugendämter gezahlt.

Ob Familienlastenausgleich, Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder, Kindergeld oder Schülerbeförderung, nicht nur die Anzahl der **Leistungen für Familien** ist unübersichtlich, auch die Behörden sind verschieden, bei denen diese Leistungen beantragt werden können. Wenn sich Eltern bereits mit der Frage überfordert sehen, welche Vorsorgeuntersuchung sie ihrem Kind angedeihen lassen sollen oder müssen, spätestens bei diesen bürokratischen Anforderungen, die ich eben geschildert habe, fühlen sie sich mit Sicherheit nur noch überrollt. Wenn dann auch noch landesweit rund 18.000 Anträge auf Kindergeld und Kinderzuschlag von den zuständigen Familienkassen nicht bearbeitet werden konnten, weil nicht nur die Rechtsgrundlage kompliziert ist, sondern auch die eingereichten Unterlagen teilweise unvollständig sind, wird deutlich, dass es bei der jetzigen **Familienförderung**, vor allem bei ihrer praktischen Ausführung, mächtig hakt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau das werden die Eltern auch bei der Beantragung des neuen Elterngeldes erfahren.

Familien mit einem Jahreseinkommen von übrigens unter 30.000 € werden durch das Elterngeld schlechter gestellt als beim bisher gewährten Erziehungsgeld. Dies sei nur am Rande bemerkt. Allein dieses Beispiel zeigt, dass es noch eine ganze Menge Probleme geben wird, auch in der Kommunikation, die zumindest ansatzweise in der Beratung durch eine zentrale Anlaufstelle aufgefangen werden können.

Statt Mundpropaganda aus der Krabbelgruppe, wie man die Anträge zu stellen hat und wo Leistungen

(Dr. Heiner Garg)

gewährt werden, kann Eltern durch die Einrichtung eines zentralen Familienbüros praktische Hilfe aus einer Hand gewährt werden. Die Einrichtung eines **Familienbüros** kann deshalb ein erster richtiger Schritt sein, wenn wir eine Familienpolitik aus einem Guss haben wollen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch: Am Ende muss eigentlich stehen, dass wir zumindest theoretisch eine solche zentrale Anlaufstelle gar nicht bräuchten, weil wir familienpolitische Leistungen aus einer Hand gewähren und genau diese Leistungen bündeln.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen also die Konzentration der verschiedenen unübersichtlichen Leistungen und damit auch mehr **Transparenz** im bisherigen Förderdschungel. Genau dieses Plus an Transparenz kommt letztlich jenen zugute, für die diese Leistungen gedacht sind. Denn die meisten, die darauf angewiesen sind, wissen gar nicht, dass sie einen Anspruch darauf haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich werden wir uns im Sozialausschuss über die Arbeit dieses Familienbüros berichten lassen, dem ich im Übrigen sehr viel Erfolg bei seiner Arbeit wünsche. Aber vor allem müssen wir, sofern dies unsere Möglichkeiten als **Landesgesetzgeber** zulassen, darauf achten, dass familienpolitische Leistungen in Zukunft gebündelt, konzentriert und transparent sind, damit die Leistungen bei denjenigen ankommen, für die sie gedacht sind, und nicht bei anderen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Garg, der letzte Teil Ihrer Rede ist Schwerpunkt meiner Rede.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Wir haben es in Deutschland wieder einmal geschafft: Es gibt eine neue Leistung. Diese Leistung gibt es nicht alternativ, sondern zusätzlich. Was folgt daraus? Alleine in Schleswig-Holstein müssen, wenn ich das richtig verstanden habe, 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachgeschult werden. Es gibt jetzt Familienbüros, es gibt einen Bus, der

herumfährt. Das bedeutet, kurz gesagt: Neue öffentliche Gelder, Steuergelder, werden gebraucht, um in diesen bürokratischen - -

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht: Nein!)

- Ein Bus, der herumfährt, kostet Geld, Frau Ministerin, zumindest das Benzin. Vielleicht sind wir uns darüber wenigstens einig.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es also wieder einmal geschafft, **Bürokratie** aufzubauen und nicht abzubauen. Dieser Weg kann nicht richtig sein.

Wir liegen in den Diskussionen immer relativ nah beisammen. Deshalb appelliere ich noch einmal: Lassen Sie uns gemeinsam dafür streiten, dass wir die **Familienförderung** in Deutschland konzentrieren, dass wir sie bündeln, dass wir sie gerecht, einfach und transparent gestalten.

Ich nehme einmal den Bierdeckel von Herrn Merz.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer ist das denn?)

Ich finde, eine Steuererklärung muss nicht auf einen Bierdeckel passen, aber eine Familienförderung kann auf einen Bierdeckel passen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim SSW)

Wir stellen uns das, grob gesagt, so vor: Es gibt eine **Kindergrundsicherung**, für alle Kinder in der Höhe gleich, und es gibt eine gute Betreuung für Kinder in Familien und in Schulen. Das ist im Prinzip das Raster, das Familien brauchen. Darüber hinaus brauchen sie **individuelle Hilfen**, wenn sie individuelle Probleme haben. Hierzu haben wir mit unserem Antrag „Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen“ einen ersten Beitrag geleistet. Über diese Richtung wollen und müssen wir nachdenken.

Der Förderdschungel ist größer geworden. Dennoch freuen sich natürlich viele Familien über die Leistung. Wenn wir als Staat, die Bundesregierung, wer auch immer neue Leistungen schafft, so muss im Umkehrschluss - da hilft es nichts; insofern kann man gar nicht gegen diese Familienbüros sein - den Familien natürlich geholfen werden, ihre Anträge zu stellen, sie möglichst auch vor Ort zu stellen.

Was ich nicht ganz verstehe, ist die Auswahl der Außenstellen. Oder vielmehr: Dort sind sie nun einmal. Aber das als bürgernah zu bezeichnen - -

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht: Das habe ich nicht getan!)

(Monika Heinold)

- Nein, Sie nicht, aber einer meiner Mitdiskutanten.
 - Wenn wir in Heide, Kiel, Lübeck und Schleswig **Familienbüros** haben, so muss ich darauf hinweisen: Der Hamburger Rand gehört auch zu Schleswig-Holstein. Insofern fährt dann der Bus.

Noch ein letzter kritischer Punkt, damit es heute Abend nicht allzu harmonisch wird. Ich verstehe nicht, dass wir bei einer Bundesleistung eine Sonderbroschüre des Landes mit 75 Seiten auflegen und drucken. Der Unterschied zu Hamburg mag darin bestehen, dass Ihr Foto, Frau Ministerin, darin enthalten ist und dass hinten noch vier Adressen abgedruckt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Nein, das ist nicht platt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist zwar Hochdeutsch geschrieben, aber dennoch ist es platt!)

Sie diskutieren ständig darüber, dass man neue Aufgaben nicht finanzieren kann. Ich sage immer „alternativ statt additiv“ und zeige an Stellen, wo es additiv ist, dies auch auf. Dies ist mein Recht und es ist meine Pflicht, Alternativen zu haben.

Ich fasse kurz zusammen.

Erstens. Wenn es ein neues Elterngeld gibt, und es ist Gesetz, dann müssen die Familien Hilfe bekommen, damit sie die Anträge ausfüllen können, damit sie ihren Leistungsanspruch kennen.

Zweitens. Die Familienförderung in Deutschland ist zu kompliziert. Sie muss deutlich vereinfacht werden. Das ist gar keine parteipolitische Kritik. Wir haben es als Rot-Grün in Berlin auch nicht geschafft. Ich bin immer sehr offen und sage das selbstkritisch. Das soll mich aber nicht davon abhalten, immer wieder zu versuchen, nachzubessern und zu einer einheitlichen, gerechten und transparenten Familienförderung in Deutschland zu kommen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Bundesregierung antreiben! Die Sozialministerin hat ja gesagt, dass das auch ihr Weg ist. Insofern sind wir diesbezüglich gar nicht auseinander. Wir müssen nur gemeinsam initiativ werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Präsident Martin Kayenburg:

Für den SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Projekt, das Zuständigkeiten bündelt und dem Prinzip „Alles aus einer Hand“ entspricht, kann eigentlich nur den Beifall aller finden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Eigentlich. Ich denke, dass sich ein genauere Blick durchaus lohnt.

Die Landesregierung hat im Landesamt für soziale Dienste ein **Landesfamilienbüro** mit Außenstellen eingerichtet, das vor allem über das neue Elterngeld informieren soll und bei dessen Antragstellung berät.

Dass den Parteien der Großen Koalition daran gelegen ist, das Elterngeld zum Erfolg zu führen, versteht sich von selbst, wurde es doch als der familienpolitische Meilenstein schlechthin verkauft, obwohl es eine **arbeitsmarktpolitische Maßnahme** ist. Ähnliche Anstrengungen der Ministerin zur Unterstützung der Antragstellerinnen und Antragsteller hätte ich mir allerdings bereits beim Elterngeld gewünscht, bei dem die Antragsbearbeitung große Geduld und Beharrlichkeit erforderte und die damals ja allen Familien zugute kam und nicht nur einigen wenigen.

Das Familienbüro soll nun neben dem Elterngeld auch Fragen zum **Mutterschaftsgeld** und zum **Unterhaltsvorschuss** zentral beantworten und bearbeiten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass bereits die neue Struktur der Familienkasse und die Bündelung der Auszahlung zum Beispiel bei uns in Flensburg alles für die Familien einfacher machen sollte. Wie ich hörte, sind die Anlaufprobleme immer noch nicht gänzlich beseitigt. Die Folge: Immer noch warten viele Antragsteller auf ihr Geld. Gerade wenn sich etwas ändert, ein Kind zum Beispiel mit einer Berufsausbildung beginnt, kommt es zu Verzögerungen. Das ist nach wie vor ein Skandal, den wir nicht aus den Augen verlieren sollten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich hoffe nun, dass es beim Familienbüro erfolgreicher verlaufen wird. Allerdings war dessen Probe-

(Lars Harms)

lauf nicht unbedingt perfekt, wie das Beispiel Niebüll zeigt.

(Frauke Tengler [CDU]: Wie bitte?)

Im dortigen Sozialzentrum arbeitete letzten Herbst jeden Mittwoch zwischen 13 und 17 Uhr eine Art Mini-Familienbüro, um Anfragen zu Kindergeld und Elterngeld zu bearbeiten. Durchschnittlich zehn Besucherinnen nahmen die Beratung pro Woche in Anspruch. Prognostiziert waren weit mehr. 30 bis 40 Anfragen pro Woche sollten es mindestens sein.

Die kurze Öffnungszeiten ist sicherlich ein Grund für die geringe Nachfrage. Ein weiterer Grund ist wohl der geringe Bekanntheitsgrad. Der Leiter des Niebüller Sozialzentrums mutmaßt allerdings, dass die Frauen vielleicht doch besser informiert sind als vermutet.

Das war alles in der Presse nachzulesen und wirft die Frage auf, ob hier möglicherweise sogar an den Bedarfen der Familien vorbei geplant worden ist, zumal wir nun hören, dass bisher landesweit nur rund 100 Menschen einen Antrag gestellt haben.

Kennen wir eigentlich den wirklichen **Beratungsbedarf** der Familien? Liegt er tatsächlich beim hoch gelobten Elterngeld oder ganz woanders? Wenn wir schon einmal beim Nachfragen sind: Was sagt eigentlich der Innenminister dazu, dass meiner Ansicht nach eindeutig kommunale Aufgaben hin- und hergeschoben werden?

Der Ministerpräsident hat am 10. Januar gesagt - ich zitiere -:

„Aufgaben, die von den Kreisen und den kreisfreien Städten, den kreisangehörigen Städten und amtsfreien Gemeinden, von Ämtern und Gemeinden wahrgenommen werden können, sollten auch auf diese übertragen werden.“

Tatsächlich werden mittels des Familienbüros wieder einmal neue Strukturen eingezogen, ohne bestehende kommunale Angebote zu berücksichtigen.

Die neuen Strukturen widersprechen höchstwahrscheinlich einer weiteren Anforderung unseres Ministerpräsidenten, nämlich der, dass neue **Strukturen** für die nächsten 20 Jahre Bestand haben sollen. Schließlich ist gerade in der Familienförderung in den letzten Jahren kein Stein auf dem anderen geblieben. Ein zentrales Familienbüro erscheint mir viel zu unflexibel, um künftig angemessen reagieren zu können.

Greifen wir doch lieber auf Bewährtes zurück. Wir haben nämlich in den Kommunen durchaus funktionierende Strukturen. Zuvorderst sind es die kom-

munal organisierten **Gesundheitsämter** und die **Jugendämter**, die besonders geeignet scheinen, Beratungsleistungen für Familien gebündelt aus einer Hand anzubieten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das meint die Ministerin übrigens auch selbst. Im November stand in der Antwort zur Anfrage „Familienpolitik als Querschnittsaufgabe“ auf Seite 24:

„Erziehungs- und Familienberatung wird wohnortnah in Zuständigkeit der Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte über die Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen bereitgestellt.“

Auf die Idee, die **bestehenden Strukturen** auch fürs Elterngeld zu nutzen, kommt sie allerdings nicht. Da muss dann eine neue Struktur her, die auch Geld kostet.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei geht es den Familien nicht nur um das **Elterngeld**, dessen Antragsverfahren sogar von der Sozialministerin selbst als kompliziert kritisiert wird, sondern auch um andere familienrelevante Leistungen. Das Elterngeld ist eben nur eine von mehreren Leistungen.

Eine andere familienpolitische Förderung ist der **Unterhaltsvorschuss**. Ohne ihn müssen einige Familien im wahrsten Sinne des Wortes Konkurs anmelden: Sie stehen vor dem Nichts. Diese Familien - meistens Frauen mit einem oder mehreren Kindern - sind durch den Ausfall des Unterhaltspflichtigen auf staatliche Hilfe angewiesen. Beschleunigte Verfahren sind hier dringend geboten, stehen aber nicht auf der Agenda der Landesregierung. Und das ist ein ganz großes Problem, weil wir diese Leistung dezentral anbieten müssen. Diese Menschen sind nämlich nicht so beweglich wie andere Leute, die sich schön bequem ins Auto setzen können.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen sehr wohl, dass die **Familienbüros** funktionieren, und sind den Mitarbeitern dort für ihren Einsatz dankbar. Aber aus den eben genannten Gründen warne ich davor, das Familienbüro in der geplanten Art und Weise dauerhaft zu installieren. Der SSW befürwortet einen Perspektivenwechsel in der Familienpolitik: quasi zurück zu den Wurzeln und Beratung aus einer Hand durch die Kommunen.

(Lars Harms)

Denn diese kennen sich vor Ort aus, die Wege sind kurz und die Schwelle ist niedrig. So sieht vernünftige Familienpolitik aus. Und dies würde auch dem entsprechen, was die Landesregierung gegenüber den Kommunen immer wieder ankündigt, nämlich dass die Kommunen endlich die Aufgaben erhalten, die sie selbstständig ausführen können. Hierzu hat die Landesregierung nun endlich die Chance und diese muss sie nun ergreifen.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung des mündlichen Berichts an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung beantragt worden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 16 auf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz - GKV-WSG) im Bundesrat ablehnen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1183

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der dritte Kompromiss eines Kompromisses zur Gesundheitsreform ist in seinen Auswirkungen auf den **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** verheerend. Auch mit der Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme und den Änderungsanträgen des Bundesrates wird eigentlich nur eines deutlich: Sowohl die Anträge Schleswig-Holsteins als auch die von der Landesregierung mitgetragenen Änderungswünsche wurden so gut wie nicht berücksichtigt. Wie sieht es mit der Abschaffung des dreiprozentigen Abschlages auf die Kosten der Rettungsfahrten aus? - Vielleicht.

Wie sieht es mit der Abschaffung des einprozentigen **Sanierungsbeitrages der Krankenhäuser**, der nach offizieller Begründung der Landesregierung „medizinisch nicht begründbar und wirtschaftlich nicht verantwortbar“ ist, aus? - Keineswegs. Der

Einsparbeitrag des Krankenhaussektors wird von der Bundesregierung als „politisch unverzichtbar“ eingestuft.

Es wird lediglich angeboten, die Höhe des Sanierungsbeitrages neu zu verhandeln. Bedenken Sie bitte, dass wir über den dritten Kompromiss eines Kompromisses reden.

Ob sich die Große Koalition auf einen zusätzlichen Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser in Höhe von 500, 300 oder 250 Millionen € einigen sollte - der vorgeschlagene Kompromiss endet weder etwas an der Begründung noch daran, dass die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein keine Mehrbelastungen mehr verkraften.

Wie sieht es mit einer transparenten Berechnung über die Auswirkungen des **Gesundheitsfonds** auf die Bundesländer aus, wie sie auch von der Landesregierung eingefordert wurde? - Diese erfolgt erst nach Inkrafttreten des Gesetzes im August 2008, also dann, wenn alles zu spät ist und Sie brav alles abgenickt haben sollen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Für Gesundheitsministerin Trauernicht, die von Anfang an mit am Verhandlungstisch saß, kann dies kein erfreuliches Ergebnis sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Kompromiss ist aus landespolitischer Sicht Grund genug, dem Entwurf im **Bundesrat** nicht zuzustimmen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich befinde mich dabei doch in guter Gesellschaft: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rix aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde erzählt uns, dass die Große Koalition nichts zu Wege bringe. Der Kollege Lauterbach, der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist mit mir einer Meinung, dass man diesen Gesetzentwurf ablehnen solle, und er wolle deshalb die Abstimmung im Gesundheitsausschuss boykottieren. Nur Mut, liebe Sozialdemokraten, tun Sie heute etwas Vernünftiges!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich gebe Ministerpräsidenten Carstensen Recht, dass es sich bei diesem Gesetz um ein Gesetzesmonster handelt. Nur, lieber Herr Ministerpräsident, als Monsterflüsterer werden Sie auch nicht viel zu Wege bringen.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Heiner Garg)

Sie dürfen erst gar nicht versuchen, Beschwichtigungsakte vorzunehmen. Sie müssen dieses Monster vielmehr von Anfang an bekämpfen. Wenn eine vernünftige **Reform** jemals gewollt war, dann darf man diesem Kompromiss, der nur um eines Kompromisses wegen getroffen wurde, nicht zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Unabhängig von den gravierenden **verfassungsrechtlichen Bedenken**, die der Berichterstatter des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz - er ist übrigens nicht von der SPD, sondern war einmal Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag -, bisher zu Protokoll gegeben hat, ist dieser Entwurf mit den Grundpositionen der Union überhaupt nicht vereinbar.

Dem maßlosen Staat, der dem Bürger ungeniert immer tiefer in die Tasche greift, sollte Einhalt geboten werden, so die amtierende Kanzlerin Angela Merkel, die das Projekt Gesundheitsreform zur Herzenssache hochstilisiert. Mit der Gesundheitsreform sollte genau dieser Trend umgekehrt werden. Hätte die Große Koalition jemals den Wunsch gehabt, diesen Trend umzukehren, hätte sie zu allererst den Mut aufbringen müssen, für mehr Transparenz im Gesundheitssystem zu sorgen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Stattdessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, marschieren Union und Sozialdemokraten jetzt gemeinsam Seite an Seite in die Staatsmedizin. Die Freiberuflichkeit des Arztberufes als eine der tragenden Säulen unseres Gesundheitssystems wird dabei sukzessive beseitigt. Private Krankenversicherer werden qua staatlichen Diktats früher oder später zu gesetzlichen Kassen umgebaut, um diese **gesetzlichen Kassen** zur staatlichen Einheitskasse künftig gleichzuschalten. Auch da, Frau Kollegin Heinold, haben wir wieder eine neue Behörde, nämlich irgendein staatliches monströses Konstrukt, das diesen Gesundheitsfonds, den auch niemand braucht, neu verwalten soll.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer jetzt argumentiert, dass eine wie auch immer geartete **Gesundheitsreform** aus Verantwortung vor dem Land notwendig sei und daher auf Biegen und Brechen über die parlamentarischen Hürden gehieft werden müsse, der irrt. Verantwortung würden jene Ent-

scheidungsträger zeigen, die dem vorliegenden Entwurf mit dem irreführenden Namen **Wettbewerbsstärkungsgesetz** ihre Zustimmung verweigerten. Und dies gilt unabhängig davon, aus welcher Richtung des Gesundheitswesens sie kommen. Das sage ich ganz klar.

Wer wirklich Verantwortung trägt, der muss Nein sagen. Dies gilt sowohl für diejenigen, die eine Bürgerversicherung präferieren, als auch für diejenigen, die ein anderes, nämlich ein **wettbewerbliches System** präferieren. Nur diejenigen politischen Entscheidungsträger dürfen diesem Gesetz zustimmen, die ausdrücklich wollen, dass die Versorgung der Bevölkerung teurer und schlechter wird, und nur diejenigen politischen Entscheidungsträger dürfen diesem Gesetzentwurf zustimmen, die ausdrücklich auf Beschäftigungsmöglichkeiten, Innovationskraft und Wachstumspotenzial des Gesundheitssektors verzichten wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder verantwortungsvolle Volksvertreter hingegen zieht jetzt die Notbremse und sorgt dafür, dass dieser Entwurf zurückgezogen und ein Neuanfang in der Gesundheitsreformpolitik möglich wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

- Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz. Ich gehe davon aus, dass gerade Sie persönlich ein hohes Interesse daran haben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn nicht die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag diese Kraft aufbringen, dann müssen es eben die Landesparlamente schaffen. Ich appelliere an beide Seiten dieses Hauses, diesem faulen Kompromiss die Zustimmung zu versagen und der Landesregierung ganz klar mit auf den Weg zu geben, diesem Gesetzentwurf im Bundesrat ihre Zustimmung zu verweigern.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Garg, auch der Weg in die Staatsmedizin rechtfertigt keine Zeitüberschreitung von 25 %. - Ich erteile nunmehr für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gesundheitsreform, das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, ist der Versuch der Großen Koalition in Berlin, die **Finanzierung des Gesundheitswesens** in Deutschland langfristig auf eine sichere Basis zu stellen, demografiefest zu machen und Kosten zu sparen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das ist Wunsch und Forderung aller Akteure im Gesundheitswesen und wird auch nicht infrage gestellt.

Der jetzt von der Bundesregierung aufgezeigte Weg dorthin ist allerdings - das gebe ich zu - schwer nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Ziel muss es sein, auch in Zukunft alle **Versicherten** am medizinischen Fortschritt teilhaben zu lassen und eine medizinische und pharmazeutische Versorgung sicherzustellen. Die Versicherten, die Kranken müssen im Mittelpunkt stehen, was das Gesundheitswesen betrifft. Anreize für gesundheitsförderndes Verhalten können wesentlich dazu beitragen, Gesundheit zu stärken und Kosten zu senken. Ich begrüße daher, dass **Prävention** einen hohen Stellenwert im Gesetzentwurf hat.

Als CDU-Politikerin habe ich natürlich Vorstellungen und Wünsche an eine Reform des Gesundheitswesens, die sich in Reinkultur - so wird es vielen gehen auch auf der anderen Seite - in einer Großen Koalition leider nicht verwirklichen lassen. So darf aus meiner Sicht die **PKV** als unliebsame Konkurrenz zur GKV nicht weiter geschwächt werden. Die Eigenständigkeit der PKV ist zu wahren. Regulierungen im Gesundheitswesen allein auf der Einnahmenseite senken den Kostendruck nicht, also muss man die Ausgabenseite in Angriff nehmen, entweder in Form administrativ gesteuerter Staatsmedizin oder durch weniger Staat und mehr freie Marktwirtschaft. Ich mache keinen Hehl daraus, dass auch mir die nicht zu übersehenden staatsmedizinischen Tendenzen der Gesundheitsreform Sorge bereiten.

Ich könnte an dieser Stelle eine Fülle von Aussagen verschiedener Gesundheitsexperten - auch oben sitzen einige - und CDU-politischer Forderungen einbringen, aber wir sind hier leider nicht bei „Wünsch dir was“, sondern mitten im Gesetzgebungsverfahren zur Gesundheitsreform einer Großen Koalition.

Lieber Herr Kollege Dr. Garg, was soll Ihr heutiger Antrag? Nachdem wir bereits am 13. Dezember 2006 den gemeinsamen Antrag von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW, das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz zurückzuziehen, abgelehnt haben, können Sie doch nicht ernsthaft heute erwarten, dass wir der Variante „im Bundesrat ablehnen“ zustimmen. Das wäre unrealistisch. Meine Fraktion steht in vielen Punkten der Gesundheitsreform sehr kritisch gegenüber und nimmt Bedenken aus der Fachwelt ernst. Wir haben nach unserer Anhörung am 15. November wesentliche Kritikpunkte der gesundheitspolitischen Akteure in Schleswig-Holstein in die entscheidenden Gremien eingebracht, wie erfolgreich zum Beispiel an der Diskussion oder der Bewegung um die Themen Insolvenzfähigkeit von Krankenkassen und der Reduzierung der Belastung der Krankenhäuser zu verzeichnen ist. Wir werden den Dialog mit den Gesundheitsexperten fortsetzen. Ich vertraue im Übrigen darauf, dass die Aussage der Ministerin, keiner Reform zuzustimmen, die Schleswig-Holstein nicht zuzumuten ist, und ich vertraue auch darauf, Frau Ministerin

(Zurufe)

- dem Ministerpräsidenten vertraue ich ziemlich blind -, dass Sie die Interessen des Gesundheitslandes Schleswig-Holstein mitnehmen und auch die Forderungen des Koalitionspartners CDU berücksichtigen. Im Übrigen verweise ich auf die vorausgegangenen Debatten zu diesem Thema. Herr Kollege Garg, Sie können gerne noch einmal wirksam in einem Dreiminutenbeitrag alles das sagen, was Sie sonst auch schon gesagt haben.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

- Sie hören, vielleicht ersparen Sie es uns.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Abgeordneten Jutta Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube nicht, dass ein Dreiminutenbeitrag von Herrn Kollegen Garg uns in der Sache sehr viel

(Jutta Schümann)

weiterbringen wird. Er hat sehr eindrucksvoll, sehr lautstark, fast ein bisschen kabarettistisch seine Position zum x-ten Male wiederholt. Ich finde, wir müssen aufpassen, dass die Diskussion nicht in eine Ecke driftet, die der Ernsthaftigkeit der Sache so langsam nicht mehr gerecht wird.

Zum erneuten Male diskutieren wir das **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz** im Landtag. Es ist durchaus plausibel, dass die FDP uns nun zum Abschluss der Beratungsphase auf Bundestags- und Bundesebene auffordert, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich finde das sehr bedauerlich, schließlich hat es doch im Beratungsverfahren einige Veränderungen und durchaus auch Verbesserungen im Sinne des Landes Schleswig-Holstein gegeben. Wir haben von Anfang an gesagt, dass die Ausgangspositionen von CDU und SPD vor Beginn der Verhandlungen zur Reform unterschiedlicher nicht hätten sein können. Ich wiederhole mich hier: auf der einen Seite **Kopfprämie**, auf der anderen Seite **Bürgerversicherung**. Somit ist dieses Ergebnis, auch das, was uns jetzt vorliegt, nach wie vor auf der Grundlage eines politischen Kompromisses entwickelt worden und auch so zu bewerten. Wer glaubt, dass es in absehbarer Zeit möglich sein wird, eins zu eins die CDU-Position mit ihrer zentralen Forderung nach einer Kopfprämie oder die SPD-Position nach einer hundertprozentigen Bürgerversicherung umsetzen zu können, der träumt.

Meine Fraktion und ich vertreten deshalb die Auffassung, pragmatisch an Lösungen weiterzuarbeiten und aus landespolitischer Sicht insbesondere dafür zu sorgen, dass für Schleswig-Holstein im Bereich des Gesundheitswesens keine gravierenden Nachteile entstehen und dass sich insbesondere keine Nachteile Schleswig-Holstein-spezifisch herausbilden. Da erwähne ich als ein besonderes Stichwort immer wieder die zukünftige Finanzierung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser.

Wir haben darauf hingewiesen, dass die geplante einprozentige **Budgetabsenkung** für unsere **Krankenhäuser** ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil sein wird. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass gerade an diesem Punkt Veränderungen erfolgt sind. Wir werden weiterhin fordern und uns dafür einsetzen, dass unsere Krankenhäuser mit ihrer finanziellen Ausstattung nicht benachteiligt werden im Verhältnis zu den Krankenhäusern der anderen Bundesländer. Es ist ebenso zu begrüßen, dass die Idee, im Bereich der Rettungsdienste die vorgesehene pauschale dreiprozentige Kürzung der **Leistungsentgelte** wahrscheinlich entfallen wird. Das bedeutet, dass wir auch zukünftig auf der kommunalen

Ebene eine Dienstleistung in der bisherigen Form und Qualität gewährleisten können.

Zu dem Zwischenresümee, das wir derzeit vor dem Abstimmungsverfahren im **Bundesrat** ziehen, gehört auch das Ergebnis des vor kurzem vorgelegten Gutachtens der Sachverständigen Rürup und Eberhard Wille, die gerade für Schleswig-Holstein deutlich machen, dass Schleswig-Holstein aller Voraussicht nach nicht finanziell benachteiligt wird, dass aber insbesondere für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg die Zuzahlung ins System nicht in der Größenordnung erfolgen wird, wie von dort immer signalisiert, und dass deshalb die Begründung der süddeutschen Bundesländer, sich an einem solidarischen Finanzierungssystem nicht zu beteiligen, entfällt.

Ich habe in meiner letzten Rede darauf hingewiesen, dass es in dem Kompromissergebnis Möglichkeiten einer weiteren **Strukturveränderung** geben kann. Aus unserer sozialdemokratischen Sicht sehen wir nach wie vor die Notwendigkeit, die **Finanzierung** zukünftig auf eine noch breitere Basis zu stellen, Stichwort Bürgerversicherung. Gleichzeitig erscheint es uns notwendig, und auch das ist hinlänglich bekannt, mehr Steuern ins System zu geben, mindestens in der Größenordnung der Tabaksteuer wie bisher, um zusätzliche Leistungen oder beitragsstabilisierende Möglichkeiten für die **gesetzliche Krankenversicherung** zu haben. Natürlich - und auch das ist kein Geheimnis - zählt zu unserem Konzept nach wie vor ein stärkeres Einbeziehen der privaten Versicherungen. Wir werden uns politisch weiterhin für solche zusätzlichen Veränderungen einsetzen. Gleichmaßen sind wir aber auch bereit, den bisher ausgehandelten Kompromiss mitzutragen.

Ich möchte zum Abschluss noch einmal deutlich machen, dass es viele positive Auswirkungen der neuen Reform geben wird. Neben zusätzlichen Angeboten, die der demografischen Entwicklung Rechnung tragen, zum Beispiel eine bessere palliative oder geriatrische Versorgung, ist es sicherlich auch ein Verdienst, dass zukünftig in Deutschland kein Mensch mehr ohne eine Krankenversicherung leben wird, und das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche, die jetzt zum Teil nicht angemessen versorgt sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir unser **Gesundheitssystem** weiterentwickeln werden. Wer ernsthaft glaubt, dass ein derart komplexes System gleich auf Anhieb mit seinen komplizierten Verästelungen reibungslos und bis in Detail zufriedenstellend funktioniert, der träumt. Wir werden sicherlich die gesundheitspolitische Debatte weiter fortsetzen. Wir werden sehen!

(Jutta Schümann)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon vor der Gesundheitsreform hat die Große Koalition Milliardenlöcher in die gesetzliche Krankenversicherung gerissen. Wenigstens 7 Milliarden € werden der GKV im nächsten Jahr fehlen, daran möchte ich nur erinnern! Durch die Anhebung der Mehrwertsteuer steigen bekanntlich die **Arzneimittelpreise** und damit auch die Krankenkassenausgaben. Gleichzeitig streicht die Bundesregierung den Bundeszuschuss, den die Krankenkassen bisher zur Finanzierung des **Mutterschaftsgeldes** und anderer **Familienleistungen** erhalten haben. Ich rufe dies nur noch einmal in Erinnerung, damit wir uns klarmachen, mit welcher wirren Gemengelage wir es hier beim Thema Steuern zu tun haben.

Die Gesundheitsreform leistet eben keinen Beitrag dazu, diese **Belastungen** rückgängig zu machen oder auszugleichen, es sei denn, Frau Trauernicht, Sie hätten hier eine brandneue Nachricht, die besagt, dass das alles ganz anders ist. Aus den Zeitungen erschließt sich das zumindest nicht. Beitragserhöhungen um 0,5 % hat Angela Merkel schon vor einiger Zeit vorausgesagt. Das Bundesversicherungsamt erwartet 0,7 Prozentpunkte. Die Krankenkassen selber haben in zum Teil noch höherer Größenordnung Beitragserhöhungen angekündigt. Die Gesundheitsreform erweist sich also nach wie vor trotz aller Anstrengungen, sie zu etwas Rundem zu formen, als eine Reformatrappe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzierung der Krankenversicherung mit dem **Gesundheitsfonds** als Geldsammelstelle trägt nicht dazu bei, diese Attrappe standfester zu machen. Tatsächlich wird das Hin-und-her-Überweisen von monatlich über 10 Milliarden € zu völlig überflüssigen Bürokratiekosten führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Die gezielte Unterfinanzierung durch den ab 2010 gesetzlich fixierten Gleichheitsbeitrag wird die Krankenkassen dazu zwingen, von den Patienten einen Zusatzbeitrag zu erheben. Diese sogenannte kleine Kopfpauschale ist der Hebel, mit dem die

Union auf mittlere Sicht doch noch ihre **Kopfprämie** durchsetzen will. In den letzten Tagen kommt noch hinzu, dass die privaten Kassen immer wieder Nachforderungen stellen. So verschiebt sich die Balance umso mehr zugunsten der Forderungen der Union je länger die Verhandlungen laufen. Die leidvollen Beiträge aus Bayern sind jetzt vielleicht gestoppt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach wie vor muss man aber Sorge haben, dass die Gesundheitsreform immer ungerechter wird. In dieser Hinsicht möchte ich noch einmal an den Zusatzbeitrag von 8 € erinnern. Er belastet die Geringverdiener vergleichsweise höher als die Durchschnittsverdiener oder die Besserverdienenden. Das könnte man begründen und ausführen, aber dazu fehlt die Zeit. Es leuchtet aber ein, dass ein gleicher Beitrag nicht für alle Menschen das Gleiche bedeutet.

Die Kassen werden sich also vor allem einen Wettbewerb um einkommensstarke Mitglieder liefern. Diese Ungerechtigkeiten, Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen werden in der Koalition auch nicht durch die neuen Änderungen gestoppt. Auch diese Änderungen werden eben nicht schwache Schultern stärken, sondern die starken Schultern belohnen. Die **privaten Krankenkassen** koppeln sich weiterhin ab und haben trotz der Einschränkungen, die jetzt beschlossen wurden, und der höheren Beitragssätze immer noch die guten Risiken für sich.

Die Anhebung der **Zuzahlungen** für chronisch Kranke und Krebskranke, die nicht an Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen haben, setzt auf das Prinzip Rohrstock. Die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen ist jedoch nicht nur eine Frage der materiellen Anreize. Es geht auch um die direkte Ansprache sozial Benachteiligter. Sie nehmen nämlich deshalb nicht an Vorsorgeuntersuchungen teil, weil sie oft nichts davon wissen oder Hemmschwellen haben. Das ist dann aufgrund der höheren Zuzahlungen eine **Umverteilung** zuungunsten der sozial Schwachen. Wir brauchen uns in diesem Zusammenhang nur das Thema des Rauchverhaltens zwischen Gymnasiasten und Hauptschülern anschauen, dann wissen wir, wovon wir reden. Insofern kommen wir mit einem finanziellen Rohrstock an dieser Stelle nicht weiter.

Wir haben schon lange und häufig über die Belastung der schleswig-holsteinischen **Krankenhäuser** und der **Rettungsdienste** gesprochen. Ich brauche hierzu nicht alles zu wiederholen. Sie alle können inzwischen schon vorsingen, dass wir als Bundesland hier besonders benachteiligt sind. Zwar gibt es noch Bewegung in dieser Frage, jedoch ist noch

(Angelika Birk)

nichts entschieden. Ich glaube nicht, dass wir dieses Thema völlig vom Tisch bekommen. Das wäre aber notwendig, um das Kriterium zu erfüllen, das wir seitens der Opposition schon in der letzten Sitzung im Zusammenhang mit dieser Debatte aufgestellt haben, nämlich dass unser Land nicht doppelt belastet werden darf. Die Bayern schreien wegen höherer Belastungen ohne Grund. Wir, die wir tatsächlich betroffen sind, sollten unsere Interessen wahrnehmen und schon allein aus diesem Grund der Gesundheitsreform nicht zustimmen. Es gibt aber auch übergeordnete bundesgesetzliche Gründe, weshalb meine Fraktion die Gesundheitsreform ablehnt. Sie füllt keine Gerechtigkeitslücken, sie reißt neue auf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wird den Faktor Arbeit weiterhin belasten. Genau dies zu verändern, war aber doch Grund, die Reform zu fordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb werden wir trotz der Verbesserungen, für die sich auch unsere Ministerin beispielsweise im palliativmedizinischen und im geriatrischen Bereich oder auch in anderen kleineren fachlichen Teilbereichen starkgemacht hat, ablehnen. Wir können der Landesregierung nur nachdrücklich raten: Sagen Sie Nein!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Landtagstagung lehnte die Mehrheit dieses Hohen Hauses den gemeinsamen Vorschlag der Opposition ab, das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuziehen. Trotz der weit verbreiteten Kritik an diesem Gesetz hält die Große Koalition wider besseren Wissens unbeirrbar an dieser **Gesundheitsreform** fest. Bereits zum dritten Mal innerhalb von zehn Monaten haben sich CDU und SPD auf einen neuen Gesundheitskompromiss einigen müssen. Allerdings hat die erneute Einigung das Gesetz nicht verbessert. Im Gegenteil, die sogenannte Gesundheitsreform - und mehr ist es nicht - wird immer mehr verwässert, undurchsichtiger und bürokratischer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Details des Gesetzes versteht - abgesehen von der Tatsache, dass die Versicherten in Zukunft auf jeden Fall mehr zahlen müssen - kaum noch einer. Aus Sicht des SSW werden die Folgen des sogenannten Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Beitragszahler und Patienten Schleswig-Holsteins und insbesondere auch für die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser fatal sein. Auch die Ersatzkassenverbände in Schleswig-Holstein warnen weiterhin vor einer Zweiklassenmedizin, denn nach heutigem Stand bleibt es dabei, dass man sich - wenn man ein bestimmtes Einkommen erreicht - aus der **Solidarität** mit anderen Versicherten verabschieden und in eine private Versicherung gehen kann. Diese Wahlmöglichkeit der Gutverdienenden schwächt die Gesundheitsversorgung um jährlich mehrere Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK.

In einem **Versicherungssystem** mit Beteiligung aller Bürger an der solidarischen Gesundheitsversorgung, wie es der SSW fordert, würden dem Gesundheitswesen laut dieser Studie einige Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen, obwohl die höheren Vergütungen der Privatkassen im ambulanten Bereich schon gegengerechnet würden. Auf dieses Geld darf man nicht verzichten. Der Verzicht auf dieses Geld führt dazu, dass wir die Versicherten mehr belasten. Das ist - auf gut Deutsch gesagt - eine Sauerei!

Der SSW bleibt darüber hinaus bei seinen drei grundsätzlichen Punkten, die ebenfalls dazu führen, dass wir dieses Gesetz weiterhin ablehnen: Erstens. Es kann einfach nicht angehen, dass wir knapp drei Jahre nach der letzten Jahrhundertgesundheitsreform - so lange ist das noch nicht her -, die zu einer Praxisgebühr von 10 € und zu mehr nicht geführt hat, entgegen der Versprechungen von SPD und CDU jetzt doch wieder eine Erhöhung der **Krankenkassenbeiträge** bekommen, ohne dass die Krankenkassen etwas dafür können. Damit wird diese Reform auf dem Rücken der Beitragszahler finanziert und belastet wieder einmal Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentner über Gebühr. Dazu kommt noch, dass mit diesen Beitragserhöhungen auch die Lohnnebenkosten erhöht werden, was - isoliert gesehen - zu einem Arbeitsplatzabbau führen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die Pläne für die Einführung des sogenannten **Gesundheitsfonds** sind überhaupt nicht durchdacht und führen nur zu mehr Bürokratie und zu einer weiteren Intransparenz im Gesundheitswe-

(Lars Harms)

sen. Der geplante Gesundheitsfonds ist überflüssig und darf nicht in Kraft treten!

Drittens. Der SSW sieht den **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** durch die Pläne der Großen Koalition akut gefährdet. Auch wenn die pauschale Kürzung von bis zu 1 % in den Budgets der Krankenhäuser vielleicht durch den Bundesrat reduziert wird, sehen wir dies als Bestrafung für die ohnehin schon gebeutelten leistungsfähigen Krankenhäuser Schleswig-Holsteins an.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen ganz deutlich sagen: Unsere Krankenhäuser sind im System jetzt schon benachteiligt und werden darüber hinaus noch mehr benachteiligt. Dem kann eine schleswig-holsteinische Landesregierung nicht zustimmen. Hinzu kommt, dass auch die Ausgabenabschläge bei den Fahrkosten des Rettungsdienstes für das Flächenland Schleswig-Holstein immer noch nicht vom Tisch sind. Gerade in unserem Land würde dies zu **Mehrbelastungen** der Patientinnen und Patienten führen. Insgesamt führen diese beiden Faktoren - also die Probleme mit den Krankenhäusern und den Fahrten - gemeinsam mit anderen Rahmenbedingungen dazu, dass es gerade hier in Schleswig-Holstein zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung kommen wird.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden daher - was man erwarten konnte - den Antrag der FDP unterstützen, in dem die Landesregierung dazu aufgefordert wird, das Gesetz im Bundesrat abzulehnen. Das ist unsere letzte Chance! Wir wollen ein gesundes Gesundheitswesen und keinen kranken Kompromiss!

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Lieber Kollege Harms, auch in dieser Debatte ist der Begriff „Sauerei“ unparlamentarisch.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber das musste einmal gesagt werden!)

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 Satz 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind gefragt worden - unter anderem von der sehr verehrten und geschätzten Kollegin Schümann -, warum die FDP diesen Antrag einbringt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war Frau Sassen!)

- Oder es war Frau Kollegin Sassen, das ist egal, sie sind ja beide sehr charmant und auch in der Materie drin.

Wir nehmen einfach Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus ernst. Frau Kollegin Sassen, ich habe vor wenigen Tagen an einer Veranstaltung von Haus & Grund in Kiel teilgenommen und habe die große Ehre gehabt, den Landtagspräsidenten dort zu hören, der dort unter anderem erklärt hat, dass er sich zur Gesundheitsreform nicht weiter äußern wolle, die sei Murks und gehöre in den Papierkorb.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und SPD)

- Der Landtagspräsident kann sich selbstverständlich wehren, er kann auch einen Redebeitrag leisten.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich empfehle der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, wenn sie dem Landtagspräsidenten, dem Kollegen Dr. Garg - wofür ich ein gewisses Verständnis habe - oder anderen, insbesondere den Sachverständigen, die sich dazu weitreichend geäußert haben, den Verbänden und Organisationen, nicht traut, doch einmal den sehr geehrten ehemaligen Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein Günther Jansen zu diesem Thema zu hören. Das empfehle ich wirklich.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und SPD)

- Ich denke, das ist ein Experte, der sich dazu äußern kann, weil er sozusagen von Amts wegen, berufen durch die ehemalige Regierung als „One-Dollar-Man“ für das UKSH, von der Sache etwas versteht. Der hat gestern in epischer Breite anlässlich einer Veranstaltung der Deutschen Angestellten Krankenkasse erklärt, was er von diesem Gesetzesvorhaben hält, nämlich nichts. Er empfiehlt den Sozialdemokraten, wie der Großen Koalition auch, alles daranzusetzen, dass dieses Gesetzesvorhaben nicht umgesetzt wird,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Wolfgang Kubicki)

weil es all die hehren Ziele, die damit verbunden sind, nicht erfüllen kann und nicht erfüllen wird.

Frau Kollegin Schümann, nun haben Sie uns ja gesagt, die deutsche Öffentlichkeit und wir sollten doch endlich zur Kenntnis nehmen, dass ein großes Werk deshalb vollbracht worden sei, weil die Partner CDU und SPD mit komplett unterschiedlichen Standpunkten sich endlich auf einen Kompromiss geeinigt hätten - so, als sei das ein Wert an sich. Ich kann Ihnen sicher sagen, dass - wenn die einen Flugbenzin verwenden wollen, die anderen Dieselmotorkraftstoff - das Gemisch daraus keinen Motor antreiben wird. Es ist kein Wert an sich, dass man sich auf etwas geeinigt hat, was in sich nicht konsistent ist.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schlicht und ergreifend eine mathematische Tatsache, dass wir das Gesundheitssystem auf Dauer nicht auf eine finanziell tragfähige Grundlage stellen können, wenn wir das System nicht grundlegend ändern. Wir kommen anhand der demografischen Entwicklung entweder dazu, dass wir es komplett steuerfinanzieren müssen, oder aber wir müssen das komplett kapitaldecken oder aber wir müssen es so lassen, wie es ist und dann dauernd weitere Subventionen in das System einführen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist ein bisschen zu einfach!)

- Ach, Herr Kollege Baasch.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Also, bei einer geringer werdenden aktiv tätigen Bevölkerung und einer größer werdenden nicht aktiv tätigen Bevölkerung leuchtet das eigentlich jedem ein.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Es gibt auch ein Mix aus Steuer- und Beitragsversicherung!)

- Herr Kollege Baasch, Sie können das System auf diese Art und Weise nicht aufrechterhalten. Ich sehe ein, dass Sie mir das nicht abnehmen, aber vielleicht fragen Sie dann wirklich einmal sämtliche Sachverständige, die sich zu dieser Frage geäußert haben. Bei der Rentenversicherung sind wir auf dem richtigen Weg, bei der Krankenversicherung müssen wir das auch sein. Nach Vorstellung der FDP müssen wir zu einer Kapitalbeteiligung übergehen, so wie es bei den privaten Krankenversicherungen der Fall ist.

Frau Kollegin Sassen, in diesem Fall muss ich Ihnen leider widersprechen. Es gab bisher keine Kon-

kurrenz, keinen Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Versicherungen. Es gibt keinen Wettbewerb. Den konnte es auch gar nicht geben, weil die, die gesetzlich versichert sind, sich privat nicht haben versichern dürfen.

Herr Präsident, mein letzter Satz: Es wäre der richtige Weg, dazu überzugehen, dass sich jeder in Deutschland versichern muss, dass wir es aber jedem überlassen, wo er sich versichert. Das wäre nach unserer Auffassung der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP - Ursula Sassen [CDU]: Sie hätten ja mitregieren können!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Garg, bleibt Ihre Wortmeldung bestehen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, klar!)

- Dann erteile ich Ihnen das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte, Frau Kollegin Sassen. Sie haben nicht nur gefragt: warum, Sie haben auch gefragt: warum heute. Das will ich Ihnen gern beantworten, warum heute.

(Ursula Sassen [CDU]: Warum heute schon wieder?)

- Warum heute schon wieder. Frau Kollegin Sassen, am 16. Februar 2007 soll dieses Wettbewerbsstärkungsgesetz, von dem Sie wissen, dass es ein Wettbewerbsbeseitigungsgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung ist, im Bundesrat verabschiedet werden. Sie glauben doch nicht im Ernst - nachdem wir hier sehr oft versucht haben, mit den Abgeordneten der Großen Koalition ernsthaft die Inhalte dieses Gesetzentwurfs zu diskutieren, und alle gemeinsam herausgefunden haben, auch wenn das nicht offiziell Ihre Zustimmung findet, dass dieser Gesetzentwurf Schleswig-Holstein nicht nutzt, sondern dass es dem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein schadet -, dass wir dann einfach still, leise und heimlich zugucken werden, wie die Landesregierung im Zweifel diesem Gesetzentwurf im Deutschen Bundesrat zustimmt, sondern es ist geradezu unsere Pflicht als Opposition, dafür zu sorgen, dass hier noch einmal an Ihr Gewissen appelliert wird, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Heiner Garg)

Liebe Kollegin Schümann, ich teile die Aussage, dass es gut ist, dass man daran denkt, im Bereich Palliativmedizin, im Bereich geriatrische Versorgung in Zukunft etwas zu tun. Dann muss man aber so ehrlich sein und gleichzeitig auch die Finanzierung dieser zusätzlichen Leistungen sichern. Genau das ist nicht passiert. Trotz zusätzlicher Beiträge, die erhoben werden, trotz der Beitragssteigerung sind all die additiv hinzugekommenen Leistungen noch nicht einmal finanziell abgesichert. Meine Damen und Herren, das ist eine Frechheit. Es ist eine Frechheit denjenigen gegenüber, die auf solche Leistungen hoffen, zu erklären oder weismachen zu wollen, es verbessert sich etwas, obwohl man genau weiß, dass die Finanzierung genau dafür noch nicht gewährleistet ist.

Das ist der Hintergrund. Ich weiß, dass Sie das weder mir noch dem Kollegen Kubicki noch dem Kollegen Harms oder der Kollegin Heinold glauben wollen. Wenn Sie es uns nicht glauben, dann glauben Sie Ihren eigenen Politikern, Friedrich Merz, Herrn Lauterbach, Herrn Rix oder wie sie auch alle heißen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Günther Jansen!)

- Oder Günther Jansen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann glauben Sie es Ihren eigenen Leuten und nehmen Ihre Verantwortung in dem Fall wirklich wahr und sorgen dafür, dass Ihre Landesregierung, die Sie mittragen, diesen Gesetzentwurf im Bundesrat ablehnt. Es geht nicht um die Gesichtswahrung einer Kanzlerin,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

es geht um 82 Millionen potenzieller Patientinnen und Patienten. An die müssen Sie als Erstes denken und an die müssen Sie als Zweites und als Drittes denken. Irgendwann kann die Union dann meinetwegen auch an Angela Merkel denken und noch einmal von vorn anfangen, eine richtige Reform - gern auch mit den Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode - auf die Beine zu bringen.

Aber das, was hier ausschließlich um des Kompromisses willen, damit Sie 500 Seiten Papier neu bedrucken können, vorgelegt wurde, das darf keine Zustimmung - jedenfalls nicht im Bundesrat - finden, vor allen Dingen nicht mit den Stimmen Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmischen und mitmischen, Kompromisse aushandeln das ist der Kern politischen Handelns. Das gilt jedenfalls für die verantwortliche Regierungspolitik, für die Opposition mag das anders sein. Das gilt natürlich auch für die Gesundheitsreform. Dass man dazu einen langen Atem braucht, das ist keine Frage. Ich kann Ihnen versichern, diesen langen Atem hat die schleswig-holsteinische Landesregierung, wenn es um die Gesundheitspolitik und um die Interessen der Bevölkerung unseres Landes geht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Es war in der Tat gut so, dass ich als Landesministerin die Gelegenheit hatte, dicht dran an diesem Geschehen zu sein. Denn nur dadurch war es möglich, in bestimmte Themen den nötigen Drive hineinzubekommen. Das gilt zum Beispiel für die Steuerfinanzierung, das gilt für das Thema der Budgetabsenkung der Krankenhäuser und das gilt auch für andere Themen. Das werde ich im Verlauf dieses Beitrages noch deutlich machen.

Zunächst einmal: Die Landesregierung hat ganz klar erklärt, sie wird ihre Zustimmung davon abhängig machen, dass sie nach der Gesundheitsreform nicht schlechter dasteht als zuvor. Wenn denn richtig war, was Fachleute vor einigen Monaten hinsichtlich der Finanzströme in die Debatte gebracht haben, dann kann ich einen ersten Erfolg vermelden. Das Gutachten von Rürup hat nach bisherigen Erkenntnissen zur Folge, dass wir mit einer schwarzen beziehungsweise einer roten Null rechnen können. Das ist eine eindeutige Sachlage.

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir müssen weiter achtsam sein. Denn die Südländer, allen voran Bayern, hören nicht auf, den Versuch zu unternehmen, sich aus der Verantwortung des **Solidarsystems** zu stellen. Sie verlangen noch heute, dass sie ihre Ärzte besser bezahlen können, und sie arbeiten darauf hin, dass es speziell für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern keine Zusatzbeiträge geben soll. Das heißt, sie haben ihren länderspezifischen Egoismus immer noch nicht zurückgestellt, deshalb gilt es an dieser Stelle, den Kopf nicht in den Sand zu

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

stecken, sondern weiterzukämpfen und aufzupassen, dass das nicht passiert. Wir befinden uns noch im Gesetzgebungsverfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hartnäckig das Thema der **Budgetabsenkung** für unsere **Krankenhäuser** problematisiert. Die Gesundheitspolitiker des Bundestages wollen, so jedenfalls ist die Absicht, die Belastung auf 250 Millionen € senken. Sie erinnern sich, wir sprachen schon einmal über 750 Millionen € insgesamt. Ich denke, dass es gut war, dass wir von Schleswig-Holstein aus dieses Thema so hartnäckig vertreten haben, denn in der Tat macht es einen bemerkenswerten Unterschied, ob man mit 500 Millionen €, 750 Millionen € oder 250 Millionen € dabei ist. Um es deutlich zu machen: 250 Millionen € würden, wenn es denn so beschlossen würde, für Schleswig-Holstein 8 Millionen € bedeuten - nicht 80 Millionen €, wie Herr Garg immer in die Diskussion bringt -, bei einem Gesamtbudget von 1,6 Milliarden €.

Wir haben dieses Thema vorangetrieben und wir haben für weitere Verhandlungen zur gerechten Finanzierung unserer Krankenhäuser den Fuß in der Tür. Wir werden auf der Sonderkonferenz zu dieser Thematik unsere Interessen noch weiter durchsetzen können. Auch der Widerstand gegen die dreiprozentige Kürzung der **Rettungsdienstkosten**, auf die vermutlich verzichtet wird, ist von uns mit besonderer Verve vertreten worden. Auch das würden und werden die Menschen im Land spüren, denn wenn es zu dieser Kürzung gekommen wäre, dann wären sie mit großer Wahrscheinlichkeit selbst zur Kasse gebeten worden und das wollten wir verhindern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schauen wir mal!)

Ein anderes Thema war die langfristige Finanzierung. Hier haben wir deutlich gemacht, dass Nachhaltigkeit nur dadurch gesichert werden kann, dass die Steuerfinanzierung verbindlich gemacht wird. Wir sind das einzige Land, das einen solchen Antrag im **Bundesratsverfahren** auf den Weg gebracht hat, und nicht zur Freude aller haben wir dieses Thema ständig aufrechterhalten. Es gibt Bewegung in unsere Richtung. In der Tat kann ich eine neuere Information zur Kenntnis geben, denn heute Mittag war Staatssekretär Schröder aus dem Bundesgesundheitsministerium in Schleswig-Holstein und hat uns über die letzten Entwicklungen informiert. Nach den vorliegenden Informationen wird es einen Gesetzentwurf geben, in dem die Steuerfinanzierung, und zwar die Aufstockung um jährlich 1,5 Milliarden € bis zu einer Gesamthöhe von 14 Milliarden €, enthalten ist. Wenn das so weit

käme, dann würden wir mit unseren Forderungen ein ganzes Stück vorwärtsgekommen sein. Das wäre wirklich ein Erfolg und dafür hat sich das Kämpfen gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben es schon deutlich gemacht, nicht zu vernachlässigen ist die Tatsache, dass mit diesem Gesetz die Versorgungsstruktur verbessert werden soll. Die integrierte Versorgung, die Palliativmedizin, die Mutter-Kind-Kuren - all dies haben wir ausführlich debattiert. Es gibt eine weitere Neuerung, die ich sehr spannend finde. Der Anspruch auf geriatrische Rehabilitation ist erweitert worden um den gesetzlichen Anspruch auf Rehabilitation insgesamt. Das bedeutet für unser Gesundheitsland Schleswig-Holstein auch einiges. Denn auch hier geht es um Arbeitsplätze und die Versorgung der Menschen.

Die jüngst vereinbarte **Versicherungspflicht** ist ein Meilenstein, der noch unterschätzt wird. Ich denke, dass wir in einem Land leben wollen, in dem jeder Mensch gesetzlich krankenversichert ist oder privat, mir wäre es lieber, alle würden in ein Gesamtsystem einzahlen. Auf jeden Fall ist die Versicherung jedes Menschen ein Meilenstein für einen verlässlichen Sozialstaat. Keinen zurücklassen, jeden mitnehmen, das ist das Prinzip moderner Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Der von der Bundesregierung jüngst als Durchbruch bezeichnete Sachstand - von mir übrigens als Kompromiss des Kompromisses bezeichnet; das hat Herrn Garg offensichtlich gut gefallen - ist natürlich kein Anlass zum Jubeln. Es handelt sich um einen äußerst komplexen Kompromiss mit Vor- und Nachteilen für die beiden politischen Verhandlungspartner. Nichtsdestotrotz, wir haben mit dieser Gesetzesgrundlage einen Schritt nach vorn geschafft, die Versorgungsstrukturen zu verbessern, die Finanzierung in den Blick zu nehmen und darüber hinaus die **Organisationsstrukturen** insgesamt zu verändern, um handlungsfähiger zu sein. Handlungsfähigkeit war ebenfalls ein Stichwort, das ich in den Verhandlungen mit Verve vertreten habe. Ich will die Handlungsfähigkeit auf Landesebene. Hier gibt es neue Entwicklungen mit Blick auf die Aufrechterhaltung regionaler Strukturen beim VdAK oder auch der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holsteins. Hier ging es darum, dass die Handlungsfähigkeit der Akteure in unserem Land jedenfalls weitgehend erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit einer platten Ablehnung nimmt man keine konstruktive

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Position ein. Man lässt die Menschen im Land allein. Die sind existenziell auf eine funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen. Wir können uns keine Fundamentalopposition leisten. Wir übernehmen Regierungsverantwortung. Wir werden diese Verantwortung wahrnehmen. Wir machen unseren Einfluss gelten, und zwar bis zum letzten Atemzug.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bis zum bitteren Ende!)

Wir werden auf der Basis des Gesetzentwurfs, der mit vielen Änderungen, die jetzt noch im Gespräch sind, voraussichtlich am 2. Februar vom Bundestag verabschiedet wird, unsere Position für den zweiten Durchgang im Bundesratsverfahren am 16. Februar festlegen. Wir werden dies auf der Basis dieses Gesetzentwurfs in der notwendigen Solidität tun. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei SPD und CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie hat gekämpft bis zum letzten Atemzug!)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich gehe davon aus, dass in der Sache abgestimmt werden soll. - Dann bitte ich um das Handzeichen, wer dem Antrag Drucksache 16/1183 seine Zustimmung geben will. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, dass wir heute keinen weiteren Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:46 Uhr